

DStGB

DOKUMENTATION N° 42



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de



Vorwort

zur Neuauflage



Dr. Gerd Landsberg

Wir brauchen eine Bildungsreform

Spätestens seit der PISA- und der OECD-Studie ist bekannt, dass Deutschland nicht mehr zu den führenden Bildungsnationen gehört. Die internationalen Bildungsvergleiche verweisen Deutschland in das Mittelfeld. Bei den öffentlichen Bildungsausgaben nimmt Deutschland verglichen mit den europäischen Nachbarländern sogar einen hinteren Platz ein. Es geht aber nicht nur um die Ressourcenausstattung. Es geht auch um die Strukturen, in denen in Deutschland Bildung vermittelt wird. Was wir dringend brauchen, ist eine mutige Bildungsreform, wie sie zum Beispiel von Finnland schon vor mehr als zehn Jahren durchgeführt wurde:

Flächendeckende Einführung der Ganztagschule, Abbau bürokratischer Hemmnisse, Führung der Einzelschule über Vereinbarung von Kompetenzziele, regelmäßige Evaluierung und nicht zuletzt eine vereinheitlichte Grundausbildung von Lehrern und Erziehern sind die Grundlage für die finnischen Erfolge im Bildungswesen. Wir sollten von diesem Vorgehen lernen, um den Bildungsstandort Deutschland zu verbessern.

Lernen können wir insbesondere, dass die Förderung von Kindern und Jugendlichen ohne intensive Zusammenarbeit der Akteure vor Ort nicht gelingen kann. Damit kommen auch auf Städte und Gemeinden in Deutschland neue Aufgaben zu. Unabhängig von den Vorgaben der Landes- und Bundespolitik haben reformorientierte Kommunen in Deutschland diese neuen Herausforderungen angenommen.

Dass dabei alle gewinnen, zeigen die von der Bertelsmann Stiftung für die Publikation »Stadt macht Schule« zusammengestellten Praxisbeispiele aus einem Projekt mit sechs Städten aus Nordrhein-Westfalen. Sie machen deutlich, dass der Mut zu neuen Wegen, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und die Vereinbarung gemeinsamer Ziele am Anfang einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft für Bildung stehen.

Um andere Städte und Gemeinden auf diesem Weg zu unterstützen, legt der Deutsche Städte- und Gemeindebund diese Publikation erneut auf und stellt sie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Dr. Gerd Landsberg

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des

Deutschen Städte- und Gemeindebundes





4 Vorworte

6 Das Projekt

- Ziel 1 **10** **Zukunftsgerechte Bildungsinfrastruktur bereitstellen**
- 12 »Betrieb Schule«, *Herten*
 - 14 Moderne Schulen, *Arnsberg*
 - 15 »Didaktisches Zentrum«, *Minden*
 - 16 Neue Medien an Schulen, *Arnsberg*
 - 18 Finanzressourcen sinnvoll nutzen, *Castrop-Rauxel*
- Ziel 2 **20** **Bildungsbenachteiligungen abbauen und Zugang zu Bildung ermöglichen**
- 22 Interkulturelle Sprachförderung, *Herford*
 - 24 »Mama muss auch Deutsch lernen!«, *Arnsberg*
 - 25 Sprachkompetenz entwickeln, *Herten*
 - 27 Abenteuer »Lesen«, *Arnsberg*
 - 28 Unterstützung von besonders begabten Schülern, *Arnsberg*
 - 30 Kultur – Ein Baustein der Bildung, *Minden*
- Ziel 3 **32** **Förder-, Beratungs- und Betreuungsangebote entwickeln und ausbauen**
- 34 Das Internet-Café, *Unna*
 - 35 »Besser miteinander«, *Castrop-Rauxel*
 - 36 Sozialarbeit an Schulen, *Herten*
 - 37 Mit Motivation zum Erfolg, *Castrop-Rauxel*
 - 39 »Früh übt sich«, *Herford*
 - 40 Reformpädagogik in der Grundschule, *Minden*



Entwicklungsperspektiven für die kommunale Schullandschaft

H e r f o r d

H e r t e n

M i n d e n

U n n a

- Ziel 4 **42** **Übergang in den Beruf unterstützen**
- 44 Fördern, betreuen und qualifizieren, *Herten*
 - 46 Initiative Berufsvorbereitung, *Unna*
 - 47 Projekt Berufsstart, *Herten*
 - 48 »Fit für den Job«, *Arnsberg*
 - 50 Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben, *Minden*
-
- Ziel 5 **52** **Information und Kooperation stärken – Engagement fördern**
- 54 »Soziales Forum online«, *Castrop-Rauxel*
 - 55 Kooperation im Stadtteil, *Herford*
 - 57 Umbau der Verwaltung, *Arnsberg*
 - 58 Geschichte lebendig machen, *Arnsberg*
 - 59 Schüler als Meinungsforscher, *Minden*
-
- 60** Voneinander lernen, *Interview*
- 65 Good Local Governance, *Kriterienkatalog*
 - 66 Kommunen-Porträts

Impressum

Bertelsmann Stiftung
Themenfeld Bildung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Neuaufgabe 2004

Verantwortlich
Sigrid Meinhold-Henschel

Redaktion
Andrea Konschake,
Sigrid Meinhold-Henschel

Gestaltung
werkzwei, Bielefeld

Lektorat
Dr. Arno Kappler, Soest

Fotos
Veit Mette, Bielefeld

Produktion
Druckerei Tiemann, Bielefeld

Diese Publikation verwendet vorwiegend die männliche Sprachform. Bei allen Funktionsbezeichnungen sind stets auch Frauen gemeint.

Inhalt



Prof. Dr. Marga Pröhl



Sigrid Meinhold-Henschel

Vor

Die Reform des Bildungswesens ist zu einem übergeordneten Thema im öffentlichen Bewusstsein geworden. Umfassende Reformanstrengungen werden von vielen innovativen Schulen unternommen. Aber auch für die Kommunen wird immer deutlicher: Lokale Zukunftsicherung erfordert eine umfassende Übernahme von Verantwortung für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Das fordert auch verstärkte Anstrengungen seitens der Kommunen.

Vor diesem Hintergrund startete 1998 auf Initiative der Bertelsmann Stiftung das Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« mit der Zielsetzung, Transparenz über Handlungsnotwendigkeiten herzustellen, gemeinsame Ziele zu entwickeln und durch den Aufbau tragfähiger Kommunikations- und Kooperationsstrukturen Lösungen zu den drängenden Fragen der Schul- und Bildungspolitik vor Ort zu erarbeiten.

Viele Fragen waren bei Projektbeginn offen: Kann es gelingen, in einem bürgerschaftlichen Prozess verbindliche Entwicklungsziele für die Schullandschaft zu vereinbaren und diese Ziele durch ein Berichtswesen überprüfbar zu machen? Stellen sich Verwaltung, Politik und Schulen diesem Anspruch auf Transparenz auch dann, wenn Schwächen sichtbar werden? Finden sich ausreichend Partner, die die Schulen und damit die Kinder und Jugendlichen der Stadt unterstützen? Wird sich der Anspruch, Bildung und Erziehung zu einem übergeordneten Thema der Stadtentwicklung zu machen, auch in der politischen Prioritätensetzung niederschlagen?

Die in dieser Publikation dargestellten Praxisbeispiele machen deutlich: In den beteiligten Kommunen wird systematisch am Aufbau einer vernetzten Schul- und Bildungslandschaft gearbeitet. Vieles ist auf den Weg gebracht, Verbesserungsmaßnahmen wurden im Zusammenspiel der Akteure auf der Grundlage einer fundierten Analyse der Stärken und Schwächen der jeweiligen Schullandschaften entwickelt und umgesetzt. Verwaltung, Politik, Schulen und Bürgerschaft wirken zusammen, um notwendige Verbesserungsmaßnahmen auch in Zeiten knapper Finanzmittel

umsetzen zu können, und vergrößern so den kommunalen Handlungsspielraum.

In dem Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« hat die Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit den beteiligten Projektkommunen erstmalig für Deutschland einen kommunalen Bildungsreport entwickelt und damit den Entscheidungsträgern vor Ort ein strategisches Steuerungsinstrument zur Verfügung gestellt. Die Projektstädte haben alle erhobenen Daten veröffentlicht und damit in vorbildlicher Weise Transparenz über ihre Schul- und Bildungslandschaft hergestellt. Mittlerweile arbeiten sie als Städtetzwerk unabhängig von der Unterstützung und Förderung der Bertelsmann Stiftung.

Die positiven Erfahrungen, die wir im Rahmen von »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« machen konnten, haben uns dazu motiviert, nach der gleichen Herangehensweise die Politikfelder Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu bearbeiten. Im Rahmen des Projektes »Kompass« der Bertelsmann Stiftung konnte so ein Gesamtsteuerungssystem zur Verbesserung der Lebensqualität entwickelt werden. Dieses umfasst auch den Bereich Bildung. Der Bildungsreport findet mittlerweile in 14 Städten und vier Kreisen Anwendung. Auch der gelungene Transfer ist ein Beleg für den Erfolg dieses Projektes.

Zum Schluss sei allen Beteiligten, insbesondere in den Projektstädten, gedankt. Ihr hohes Engagement, ihre Kreativität und ihre Bereitschaft, neue Wege zu beschreiten, waren und sind Voraussetzungen für die »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt«.

Prof. Dr. Marga Pröhl

Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin des Themenfeldes Demokratie und Bürgergesellschaft, Bertelsmann Stiftung

Sigrid Meinhold-Henschel

Projektmanagerin, Bertelsmann Stiftung



Dr. Elmar Schulz-Vanheyden

w o r t e

Es gibt in Deutschland wieder eine breite Diskussion über Bildung und Erziehung in unserer Gesellschaft und über notwendige Veränderungen. Allen Beteiligten muss deutlich sein, dass es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung bedarf, um die Arbeit in unseren Schulen und die Chancen für unsere Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung von Erziehung und Bildung ist, dass alle am Bildungsprozess Beteiligten – Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler selbst, ihre Eltern, aber genauso die Kommunen, die Verbände und die Wirtschaft – ihre gemeinsame Verantwortung erkennen und übernehmen.

Das 1998 von der Bertelsmann Stiftung initiierte Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« ist ein gutes Beispiel dafür, wie vor Ort die gemeinsame Verantwortung für Bildung und Erziehung gestärkt und mit der Entwicklung des Berichtswesens »Kommunale Schullandschaft« die Grundlagen für eine dialog- und beteiligungsorientierte Schulentwicklungsplanung geschaffen werden können.

Die am Projekt beteiligten Städte Arnsberg, Castrop-Rauxel, Herford, Herten, Minden und Unna haben Bildung und Erziehung als bedeutendes Thema der zukünftigen Entwicklung von Kommunen erkannt und deshalb alle Beteiligten an einen Tisch gerufen.

Der Aufbau eines kommunalen Berichtswesens hat sich als wichtiges Instrument für die Analyse der lokalen Schullandschaft erwiesen. Auf dieser Grundlage konnten Verwaltung, Politik, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Verbände und Vereine sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Ziele für die Weiterentwicklung der lokalen Bildungslandschaft entwickeln und vereinbaren. Die Transparenz des Verfahrens und die Einbeziehung der relevanten Akteure auf den verschiedenen Ebenen sowie der interessierten Öffentlichkeit in neu entwickelte Dialogformen haben bedarfsgerechte und zukunftsweisende Entscheidungen ermöglicht und nebenbei die Kommunikation untereinander und die Kooperation miteinander deutlich verbessert. Transparenz und Partizipation, Rechenschaftslegung

und Zielformulierung sind in diesem Prozess zu wichtigen Instrumenten der Bürgergesellschaft geworden.

Die regelmäßige Fortschreibung der erhobenen Daten wird die Überprüfung der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen ermöglichen. So etwas nennt man heute Evaluation. Natürlich zeitigen nicht alle Maßnahmen innerhalb eines Jahres quantifizierbare Veränderungen, weil deren Erfolg sich erst langsamer einstellt – etwa bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund oder beim Übergang von der Schule in den Beruf. Deutlich quantifizierbare Erfolge konnten jedoch schon innerhalb des ersten Jahres z.B. bei den Ganztagsangeboten für Schulkinder oder bei der Ausstattung der Schulen mit neuen Medien erzielt werden.

Der mit dem Berichtswesen entwickelte Prozess der Beteiligung und der gemeinsamen Zielvereinbarung hat aus Sicht der Beteiligten aus Verwaltung, Politik, Schulen und Bürgerschaft die Handlungsmöglichkeiten verbessert: Aufgaben im Bildungsbereich konnten verstärkt aufgegriffen werden, die erweiterte Beteiligung der Betroffenen hat zu besseren Problemlösungen geführt.

Die Qualität der schulischen Arbeit nicht nur zu sichern, sondern laufend weiterzuentwickeln hat in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert. Deswegen bleibt zu wünschen, dass die positiven Erfahrungen, die in Arnsberg, Castrop-Rauxel, Herford, Herten, Minden und Unna mit dem Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« gemacht wurden, auch in anderen Städten ihren Niederschlag finden. Ganz sicher werden sie in das Modellvorhaben »Selbstständige Schule« eingehen, in dem es seit September 2002 nicht zuletzt darum geht, Schule als eigenverantwortliche Handlungseinheit und als Teil einer regionalen Bildungslandschaft zu entwickeln.

Ich wünsche mir, dass dieses gute Beispiel Schule macht!

Dr. Elmar Schulz-Vanheyden

Staatssekretär im Ministerium für Schule, Jugend
und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen

Stadt macht Schule

Seit einigen Jahren erlebt das Thema »Bildung und Erziehung« in der Öffentlichkeit eine Renaissance. Fehlentwicklungen werden allenthalben beklagt und wirksame Reformen angemahnt. Eine Vielzahl von Forderungen und Lösungsvorschlägen bestimmen im Augenblick den Diskurs, ohne dass sich ein Konsens über den einzuschlagenden Weg abzeichnet. Die Herausforderungen im Schul- und Bildungswesen können nur durch ganzheitliche Konzepte bewältigt werden, die die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen und nicht tradierten Zuständigkeitsregelungen folgen. Dies wirkt sich auch auf die Rolle der Kommunen aus.

Spätestens seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse ist die Bildungsdebatte in Deutschland mit der Frage der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Vergleich verbunden und werden Handlungsnotwendigkeiten in der Bildungspolitik mit den Anforderungen des Wirtschaftsstandortes Deutschlands begründet. So engagiert diese Diskussionen auch geführt werden, so unterschiedlich werden Reformforderungen von den verschiedenen Akteuren – von Lehrer- und Elternverbänden, Parteien, Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Ministerien in Bund und Ländern – beschrieben und gewichtet. Im Widerstreit der Meinungen lassen die Bestimmung des grundlegenden Reformkurses und die Initiierung der notwendigen Umsetzungsschritte weiter auf sich warten.

Den akuten Handlungsbedarf vor Augen, haben sich im Jahr 1998 sechs Kommunen auf Initiative der Bertelsmann Stiftung im Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« auf die Suche nach neuen, praxisorientierten Wegen gemacht, um die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern und damit gleichzeitig gewinnbringend in die kommunale Zukunft zu investieren.

Denn die künftige Lebensqualität in den Städten wird maßgeblich von der jetzt heranwachsenden Generation bestimmt. Probleme im Bildungsbereich setzen sich in der gesellschaftlichen Entwicklung der Städte fort. So führen wachsende Anforderungen an die berufliche Bildung dazu, dass Qualifikationsdefizite Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug zur Folge haben. Andererseits sind gute Schul- und Bildungsangebote ein entscheidender Standortvorteil im Wettbewerb der Kommunen: Familien machen hiervon die Wahl ihres Wohnortes abhängig, und für Unternehmen sind qualifizierte junge Arbeitskräfte ein wichtiges Kriterium für die Ansiedlung. Und wenn die vielfach eingeforderte Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zur Bürgergesellschaft tatsächlich stattfinden soll, brauchen wir dafür auch engagierte junge Menschen, die diese Vision gestalten.

Bildung und Erziehung sind strategische Handlungsfelder der Stadtpolitik, und die Förderung von Kindern und Jugendlichen soll-

te die Richtschnur gemeinsamen Handelns sein. Angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderung bedarf es mehr denn je eines Konzeptes öffentlich verantworteter Bildung. Die Förderung junger Menschen muss gleichermaßen Anliegen des Elternhauses, der vorschulischen Einrichtungen, der Schulen und des gesamten Gemeinwesens sein.

Ein Blick in die Realität jedoch zeigte auch den Projektkommunen: Zu oft wird das Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen aus der Perspektive einzelner Zuständigkeiten gesehen, wird unterschieden, ob es sich um Lern-, Betreuungs- oder Freizeitangebote handelt. Die Folge ist, dass diejenigen, die Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützen wollen, sich nicht kennen, neben- oder sogar gegeneinander arbeiten. Es fehlen gemeinsame Zielsetzungen und Transparenz über Handlungsnotwendigkeiten bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen vor Ort. Mit dem Erkennen dieses Defizits haben die Projektpartner den Schlüssel für ihre künftige Vorgehensweise gefunden.

Die Schullandschaft gemeinsam gestalten

»Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« – der Projektname wurde für die teilnehmenden Städte Arnshagen, Castrop-Rauxel, Herford, Herten, Minden und Unna zum Leitmotiv ihrer Arbeit. Das Ziel: Die unterschiedlichen Akteure für den Aufbau einer vernetzten Schul- und Bildungslandschaft gewinnen und zu Allianzen motivieren, die im Interesse der Kinder und Jugendlichen Unterstützungsangebote systematisch weiterentwickeln.

Alle Phasen der Projektarbeit sind durch eine beteiligungsorientierte Vorgehensweise geprägt, die Veränderungsprozesse im Dialog der Akteure ermöglicht.

D a s



Vereinbarte Ziele – Grundlage gemeinsamen Handelns

Am Anfang dieses Prozesses stand das Erarbeiten einer gemeinsamen Zielorientierung. In kommunalen Bildungsforen haben an Schule Beteiligte und von Schule Betroffene die Fragen diskutiert:

- ▶ Wo liegen die zukünftigen Herausforderungen für die kommunale Bildungspolitik?
- ▶ Welche gemeinsamen Zielstellungen folgen daraus?

Jede der teilnehmenden Projektstädte hat in einem bürgerschaftlichen Prozess ein Leitbild zu den Entwicklungsperspektiven der kommunalen Schul- und Bildungspolitik erarbeitet. Dieses Leitbild wurde durch Ratsbeschluss politisch legitimiert und für die weitere Arbeit verbindlich.

Das Erarbeiten einer gemeinsamen Zielorientierung bildete die Grundlage aller weiteren Projektschritte. Der beteiligungsorientiert angelegte und stringent durchgeführte Leitbildprozess schaffte Akzeptanz und Glaubwürdigkeit. Multiplikatoren wurden gewonnen, die heute die Initiativen vor Ort maßgeblich mitgestalten.

Im Rahmen dieses Prozesses wurde auch die Frage diskutiert, anhand welcher Kennzahlen die Stärken und Schwächen der eigenen Kommune erkannt werden können. Denn Ziele drohen Absichtserklärungen zu bleiben, wenn nicht beurteilt werden kann, ob sie erreicht oder verfehlt werden.

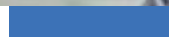
Der Bildungsreport als Kompass

Die Projektkommunen haben deshalb erstmalig für Deutschland einen Bildungsreport erarbeitet, der zielorientiert Informationen über die kommunale Schul- und Bildungslandschaft im Vergleich der Städte zur Verfügung stellt.

Der Bildungsreport ist nach fünf Zielsetzungen strukturiert, die auf der Grundlage der Zielfindungsprozesse von den Städten als übergeordnete Herausforderungen künftiger kommunaler Schul- und Bildungspolitik angesehen werden:

- ▶ Zukunftsgerechte Bildungsinfrastruktur bereitstellen
- ▶ Zugang zu Bildung ermöglichen und Bildungsbenachteiligungen abbauen
- ▶ Betreuungs-, Beratungs- und Förderangebote entwickeln und ausbauen
- ▶ Übergang in den Beruf unterstützen
- ▶ Information und Kooperation stärken, Engagement fördern

Zu diesen Zielen bietet der Bildungsreport einen umfassenden Überblick über Stärken und Schwächen der kommunalen Schul- und Bildungslandschaft: Quantifizierbare Daten (z.B. Ausstattungssituation der Schulen, Schulabschlussquoten, Jugendarbeitslosigkeit) werden ergänzt durch Ergebnisse zur Zufriedenheit von Schülern, Eltern, Schulleitungen und Lehrern. Durch die →



- regelmäßige Fortschreibung der Daten können Entwicklungstrends erkannt und die Wirksamkeit der initiierten Handlungskonzepte überprüft werden.

Der Bildungsreport hat mehrere Funktionen: Er dient der Information einer breiten Öffentlichkeit, denn die Kommunen haben sich darauf verständigt, alle vorhandenen Daten frei zugänglich zu machen. Sie werden in Bildungsforen und politischen Gremien diskutiert und ausgewertet. So unterstützt der Bildungsreport den Dialog zwischen den Akteuren über Handlungsnotwendigkeiten und ermöglicht gleichzeitig der Kommunalpolitik, Prioritäten zu setzen.

Von der Analyse zur Umsetzung

Der Bildungsreport ist kein Selbstzweck, sondern Kompass auf dem Weg zur Verbesserung der kommunalen Schul- und Bildungslandschaft. Die in den Städten erarbeiteten Stärken- und Schwächenanalysen bilden die Grundlage für die Entwicklung kommunaler Handlungskonzepte. Diese Konzepte werden im Zusammenspiel von Verwaltung, Politik, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und engagierten Bürgern entwickelt. Konsequenterweise wird dabei darauf gesetzt, dass die Betroffenen ausgewiesene Experten in ihren eigenen Angelegenheiten sind, deren Rat für Verwaltung und Politik eine wichtige Unterstützung bei der Entscheidungsfindung darstellt.

Mit viel Phantasie, Kreativität und Engagement wurden in den Städten Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Schulen entwickelt, um identifizierte Handlungsnotwendigkeiten aufzugreifen. Einige Projekte werden in dieser Broschüre beispielhaft dargestellt. Sie zeigen ein neues Verständnis der Schulträgerschaft in den beteiligten Kommunen und veranschaulichen die erweiterte Verantwortungsübernahme für die Schul- und Bildungslandschaft. Unter den von der Landes- und Bundespolitik vorgegebenen Rahmenbedingungen haben sich die Projektkommunen auf den Weg gemacht, vorhandene Handlungsspielräume zu nutzen und sich neue Optionen der wirksamen Förderung von Kindern und Jugendlichen zu erschließen.

Ergebnis dieser vorausschauenden Vorgehensweise ist es, dass z. B. in Arnshagen, Herford und Herten aufgrund der alarmierenden Ergebnisse der ersten Datenerhebung bereits Anfang des Jahres 2000 mit der Erarbeitung von Konzepten zur Verbesserung der Bildungssituation ausländischer Schüler begonnen wurde (Siehe Artikel: Seiten 22, 24, 25). Investitionen im Bereich Bildung und Erziehung fallen angesichts leerer Haushaltskassen schwer. Doch das Eingehen von Kooperationen und der sinnvolle Einsatz von Ressourcen haben Mittel freigesetzt, mit denen zahlreiche Projekte ermöglicht wurden (Siehe Artikel: Seiten 15, 16, 18). Die Projektstädte haben erkannt, dass Investitionen in die nachwachsende

Generation aktive Standortpolitik ist, denn »Wissen ist der Rohstoff der Zukunft«. Finanzmittel mit Vorrang in diesem Bereich einzusetzen ist deshalb ein konsequenter Schritt. In Arnshagen beispielsweise hat diese Prioritätensetzung dazu geführt, dass der Etat des Fachbereiches »Schule und Jugend« im Jahr 2002 ausdrücklich von den Haushaltsplankürzungen ausgenommen wurde.

Durch den Bildungsreport ist es in den Projektstädten gelungen, frühzeitiger Problembewusstsein zu schaffen und wichtige Themen auf die politische Agenda zu setzen.

Wirkungen überprüfen – aus Erfahrung lernen

Die regelmäßige Fortschreibung des Bildungsreportes macht die Wirksamkeit der initiierten Maßnahmen überprüfbar: Ist es gelungen, Bildungsbenachteiligungen abzubauen? Sind Eltern zufriedener mit den für ihre Kinder vorhandenen Förder- und Betreuungsangeboten? Ist es gelungen, Schüler wirksamer beim Übergang in das Berufsleben zu unterstützen? Gerade angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen der öffentlichen Hand muss das Handeln kontinuierlich daraufhin überprüft werden, ob die angestrebten Ziele mit den eingesetzten Konzepten erreicht werden. Die beteiligten Kommunen verstehen sich dabei als lernende Institutionen, die gezielt ihre Erfahrungen auswerten, um Bewährtes fortzuführen oder auch Vorgehensweisen zu modifizieren, wenn die erhoffte Wirkung ausbleibt.

Allerdings ist gerade im Bereich gravierender gesellschaftspolitischer Problemlagen mit schnellen Erfolgen nicht zu rechnen. Bildungsbenachteiligungen beispielsweise können nachhaltig nur verbessert werden, wenn im Bereich der frühkindlichen Förderung neue Konzepte entwickelt werden. Die Wirksamkeit dieses Vorgehens anhand des schulischen Erfolgs wird frühestens in zehn oder gar 15 Jahren festzustellen sein. In den Projektstädten werden deshalb Meilensteine vereinbart, die anzeigen, ob der eingeschlagene Weg zum angestrebten Ziel führt. Der Erfolg der Sprachförderprogramme im vorschulischen Bereich wird z. B. mit Sprachstandstests bei den Schuleingangsuntersuchungen überprüft. Das langfristige Ziel, mehr Schüler mit Migrationshintergrund zur Hochschulreife zu führen, bleibt die Messlatte für die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Gemeinsam Handeln – neue Formen der Zusammenarbeit

Die in dieser Broschüre dargestellten Beispiele zeigen, dass sich in den Projektstädten vieles bewegt hat. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor hierbei ist, dass für die Akteure Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Denn eine Umsetzung von Maßnahmen erfordert die Mitwirkung von Verwaltung, Politik, Schulen und Bürgerschaft gleichermaßen. Zur Förderung einer breiten Beteiligung haben die Projektpartner erfolgreiche Arbeitsformen entwickelt.



- ▶ **Kommunale Bildungsforen:** Die Projektstädte laden eine breite Öffentlichkeit zu kommunalen Bildungsforen ein. Im Dialog mit allen relevanten Akteuren wird der Bildungsreport ausgewertet und werden gemeinsame Ziele definiert, um die Bearbeitung zukünftiger Handlungsfelder vorzubereiten.
- ▶ **Themenkonferenzen:** Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit werden in thematischen Arbeitskreisen entwickelt. Fachleute diskutieren hier mit den Betroffenen über wirksame Strategien, z. B. zur Verbesserung der Beratungsangebote für Schüler.
- ▶ **Expertenhearings:** Zu speziellen Themen holen die Städte wissenschaftlichen Rat ein und veranstalten Vortragsreihen. In Arnsberg hat z. B. das Programm zur Förderung besonders begabter Schüler wesentliche Impulse aus dem Diskurs mit namhaften Experten gezogen.

Fachaustausch zwischen den Städten

Die Bertelsmann Stiftung unterstützt die Arbeit in den Städten, indem sie den Fachaustausch zwischen den Städten organisiert. Auf regelmäßigen Treffen der Projektteams werden Problemlösungen erarbeitet und ausgetauscht sowie Raum für stadtübergreifendes Lernen geschaffen. So ist z. B. das Modell der niederschweligen Beratung geringqualifizierter Schulabgänger, das in der Stadt Herten entwickelt wurde, von den Städten Castrop-Rauxel und Arnsberg übernommen worden. Interkommunale Fachtagungen zu einzelnen Themen, wie zum Beispiel zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, geben Impulse für das Vorgehen in den Städten.

Strukturen aufbauen – Nachhaltigkeit sichern

Besonders erfolgreich konnte die Projektarbeit dort gestaltet werden, wo entsprechende Arbeitsstrukturen in der Verwaltung verankert wurden. Bewährt haben sich dabei folgende Elemente:

- ▶ **Aufbau eines Fachbereiches Schule und Jugend:** Die Verwaltung orientiert sich dabei konsequent an der Lebenslage der Zielgruppe »Kinder und Jugendliche«, und nicht an der Handlungslogik traditioneller Organisationslehre.

Meilensteine der Projektarbeit

- August 1998 ● Auftaktveranstaltung zum Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt«
- Herbst 1998 ● Politische Beschlussfassung in den Städten zur Teilnahme an dem Projekt
- Frühjahr 1999 ● Erarbeitung gemeinsamer Ziele für die Schul- und Bildungslandschaft in partizipativen Leitbildprozessen, Verabschiedung der Leitbilder durch die politischen Gremien (einstimmige Beschlüsse in allen Projektstädten)
- Sommer 1999 ● Entwicklung und Vereinbarung von Struktur und Inhalten des kommunalen Bildungsreportes
- Herbst 1999 ● Erhebung der quantifizierbaren Daten des Bildungsreportes
- Frühjahr 2000 ● Analyse und öffentliche Diskussion der Ergebnisse der ersten Datenerhebung, Parallel dazu: Befragung von insgesamt 5000 Schülern, Eltern, Lehrern, Schulleitungen und Verwaltungsmitarbeitern, Veröffentlichung der Ergebnisse
- Ab Sommer 2000 ● Entwicklung von schulpolitischen Handlungskonzepten in den Projektstädten und Einspeisung in den Haushalt 2001
- Ab Winter 2000/01 ● Umsetzung der Maßnahmen
- Frühjahr jeden Jahres ● Fortschreibung des Bildungsreportes, mittlerweile liegen vier Zeitreihen vor
- Ab Sommer 2001 ● Fortführung der Arbeit in den Projektstädten unabhängig von der Förderung und Unterstützung der Bertelsmann Stiftung
- Winter 2001 ● Evaluation des Projektes durch eine Zielgruppen-Befragung

Hier wird der Bildungsreport z. Zt. angewendet:

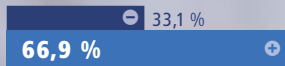
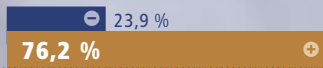
Städte | Arnsberg, Castrop-Rauxel, Coesfeld, Celle, Dortmund, Herten, Mannheim, Münster, Minden, Paderborn, Soest, Solingen, Unna, Vlotho
Kreise | Diepholz, Osnabrück, Pinneberg, Soest

- ▶ **Bildung eines politischen Fachausschusses »Schule und Jugend«:** Parallel zur Verwaltungsorganisation wird unter Nutzung der Experimentierklausel der Gemeindeordnung der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss zusammengelegt, sodass sich die Strukturen von Verwaltung und Politik entsprechen.
- ▶ **Einrichtung einer Steuerungsgruppe:** Zur Begleitung und Strukturierung der Reformprozesse hat sich die Einrichtung einer Steuerungsgruppe bewährt, in der Vertreter der Verwaltung, der Politik, der Schulen und der Schulaufsicht gleichberechtigt vertreten sind.
- ▶ **Schaffung eines kommunalen Bildungsbüros:** Um die ambitionierte Projektarbeit zu koordinieren, müssen Personalressourcen verlässlich bereitgestellt werden. Erfolgreich arbeiten kommunale Bildungsbüros, die als wahrnehmbare Ansprechpartner fungieren.

Insbesondere in den Städten Arnsberg und Herten wurden im Rahmen des Projektes nachhaltige Arbeitsstrukturen entwickelt, die wesentlich zu dem Projekterfolg in diesen Städten beigetragen haben (Siehe Artikel: Seiten 12, 57, 60). ■

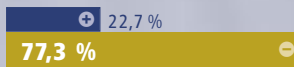
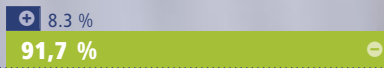
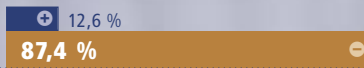
Ziel 1

Zukunftsgerechte Bildungsinfrastruktur bereitstellen



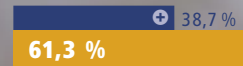
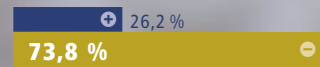
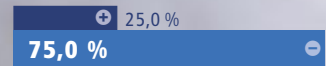
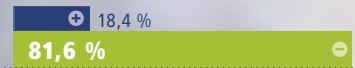
Zufriedenheit der Eltern mit dem Schulangebot in der Stadt

Zufrieden + | Nicht zufrieden -



Zufriedenheit der Schüler mit der Attraktivität der Schulgebäude

Zufrieden + | Nicht zufrieden -



Zufriedenheit der Lehrer mit der Ausstattung an Lehr- und Lernmitteln

Zufrieden + | Nicht zufrieden -

Damit das Lernen Spaß macht

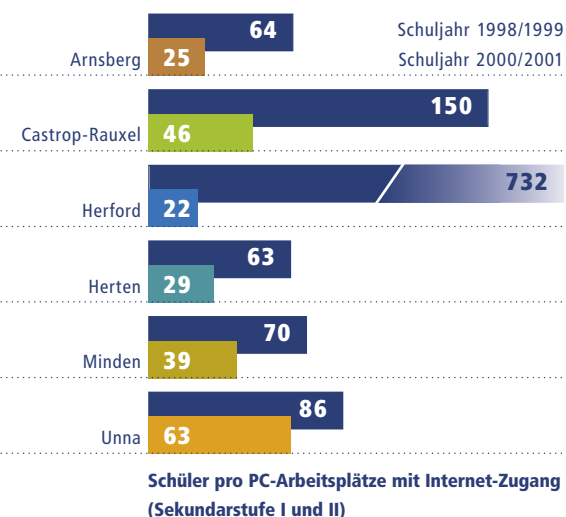
Wer geht schon gerne in eine Schule, für deren Renovierung schon lange kein Geld mehr da ist? Wie kann Lernen Spaß machen, wenn veraltete Schulbücher und zu wenige PC-Arbeitsplätze vorhanden sind und langweilige und unattraktive Schulhöfe keine Abwechslung bieten? Dabei ist die Freude am Lernen ein wesentlicher Faktor für den schulischen Erfolg.

Die Anforderungen an Bildung – und damit vorrangig an unsere Schulen – sind in der Wissensgesellschaft gewachsen. Wir brauchen eine vielfältige Bildungslandschaft und zeitgemäße Rahmenbedingungen für das Lernen und Lehren. Denn nur dann können wir den unterschiedlichen Lern- und Lebenssituationen der Schüler gerecht werden.

Moderne Lehr- und Lernmittel, gut ausgestattete Fachräume und der Einsatz neuer Medien sind an der einzelnen Schule unverzichtbare Voraussetzungen für ein wirkungsvolles und nachhaltiges Lernen. Eine attraktive Umgebung fördert darüber hinaus die Lern- und Leistungsbereitschaft; Persönlichkeitsentwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit gelingen besser in einem Umfeld, in dem Schüler sich wohl fühlen.

Der Handlungsbedarf auf diesem Gebiet ist groß – das zeigen nicht nur die Befragungsergebnisse des Bildungsreports, sondern auch ein Blick in so manches Klassenzimmer. Viele Kommunen haben aufgrund der knappen finanziellen Mittel in den vergangenen Jahren nicht mehr in ausreichendem Umfang in die Instandhaltung und Modernisierung ihrer Schulen investiert. Eine andere Prioritätensetzung im kommunalen Haushalt ist erforderlich. Es müssen aber auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulverwaltung entwickelt werden. Erst dann kann sich der Einsatz von Ressourcen zielgerichtet an den pädagogischen Anforderungen der einzelnen Schulen orientieren. Im Dialog miteinander arbeiten Schule und Schulverwaltung an der Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur, und zwar zu beiderseitigem Vorteil. Dies zeigen unsere ersten Beispiele aus Herten, Arnsberg und Castrop-Rauxel.

Hier wurden verschiedene Modelle entwickelt, um die Schulen von den bürokratischen, finanztechnischen Vorgaben und Zwängen des kommunalen Schuletats zu lösen und ihnen größere Selbstständigkeit zu geben. Ganz besonders beim Einsatz von Computer und Internet sind neue Konzepte in Zusammenarbeit von Schule und Verwaltung erfolgreich. Wie schließlich neue Lernformen in einer besonders geeigneten Umgebung ermöglicht werden können, stellt das Beispiel aus Minden unter Beweis. ■



»Betrieb Schule«

Um die Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu verbessern, hat die Stadt Herten tiefgreifende Veränderungen in ihrer Verwaltungsstruktur vorgenommen. In einem neuen Fachbereich »Schule und Jugend« wurden das frühere Schulverwaltungsamt und das Jugendamt zusammengefügt. Ein wesentlicher Baustein der organisatorischen Neuordnung war dabei die Einrichtung der Arbeitsgruppe »Betrieb Schule«. So wurden die Rahmenbedingungen im Zusammenwirken zwischen Schulen, Schulträger und Schulaufsicht grundlegend verbessert.

Zukunftsgerechte Bildungsinfrastruktur durch mehr wirtschaftliche Selbstständigkeit

Eine neue Kultur der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist nötig, um sich den Reformerfordernissen im System »Schule« zu stellen und diese zu bewältigen. Deshalb nehmen an der AG »Betrieb Schule« je ein Schulleiter oder Lehrer pro Schulform, die Schulverwaltung, gewählte Vertreter der städtischen Mitarbeiter wie Hausmeister oder Schulsekretärinnen, der Personalrat und Gäste, z. B. Vertreter der Schulaufsicht, teil.

Gemeinsam und absolut gleichberechtigt arbeiten die Teilnehmer der AG »Betrieb Schule« daran, die Rahmenbedingungen schulischer Arbeit zu verbessern. Alle waren von Anfang an davon überzeugt, dass Qualitätsverbesserungen nur unter zwei Bedingungen möglich sind: einer größeren Autonomie der Schulen und der Loslösung von bürokratischen und finanztechnischen Vorgaben und Zwängen. Also galt es für die Stadt Herten, als Schulträger dafür zu sorgen, dass Schule als Organisation soweit wie möglich selbstständig handeln kann.

Um einen zielorientierten Mitteleinsatz zu ermöglichen, wurde die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise gestärkt und ermittelt, was Schule tatsächlich kostet, z. B. durch Betriebsvergleiche. Ziel war es, bei gleichbleibenden und sich real damit verringernenden Haushaltsmitteln die Qualität zu erhalten oder zu verbessern.

In Herten wurden deshalb verschiedene Maßnahmen entwickelt, um die finanziellen Gestaltungsspielräume zu erhalten.

Flexible Schulbudgets

In der AG »Betrieb Schule« wurde ausgehandelt, über welche Finanzmittel Schulen eigenständig verfügen sollen. Die entsprechenden Haushaltsstellen wurden so weit wie möglich zusammengefasst. Jede Schule erhielt ein eigenes Girokonto, auf das die Mittel überwiesen werden. Der Schulleiter verfügt über dieses Budget eigenverantwortlich und entscheidet über Neuanschaffungen. Gleichzeitig wurde ein Berichtswesen, das notwendiger Bestandteil dezentraler Ressourcenverantwortung ist, aufgebaut. Die Schulen haben den Vorteil, dass sie mit ihren Schulkonten von der engen Bindung an die Jährlichkeit des Haushaltes befreit werden. So können sie auf ihren Konten Beträge ansparen und zu Beginn des neuen Jahres Umbuchungen zwischen den Etatpositionen vornehmen.

Bereinigte Schuletats und Kostenerstattung für Fremdnutzung

Ein Beispiel, wie gleichbleibende Haushaltsmittel besser verteilt werden können, zeigt sich im Bereich der Gebäudenutzung. Hier fand in Herten, wie vermutlich in anderen Kommunen auch, eine versteckte Quersub-

ventionierung etwa der Sportvereine oder der VHS statt. Rund 53 Prozent der Nutzungszeiten in Turnhallen entfallen auf nichtschulische Nutzungen, nur 47 Prozent auf Schulsport. Energieverbrauch, Hausmeisterstunden und Abnutzung des Inventars sind nur einige Beispiele für Kosten, die fälschlicherweise dem Schulbudget zugeschlagen wurden. Diese Erkenntnis führte in Herten zu einer für die Schulen positiven Umschichtung: Rund 600.000 Euro werden künftig nicht mehr im Schul-, sondern im Sportetat veranschlagt. Dies schafft Transparenz über die tatsächliche Kostenverursachung – und damit die Basis für fundierte Etatberatungen.

Konkreten finanziellen Nutzen erzielen die Schulen aus einer weiteren neuen betriebswirtschaftlichen Verfahrensweise: Sie erhalten 10 Prozent der Einnahmen, wenn eine gebührenpflichtige Fremdnutzung außerhalb der Schulzeit stattfindet – als Ausgleich für die erhöhte Abnutzung der Ausstattung.





Klare Verantwortlichkeiten

Gerade auf dem Gebiet der Gebäudenutzung und -unterhaltung ist es notwendig, eindeutige Zuständigkeiten festzulegen: Wer ist für Energie- und Wasserverbrauch, wer für den Gebäudezustand und wer für die Fremdnutzung verantwortlich? Alle städtischen Immobilien, und damit auch die Schulen, sind an das Gebäudemanagement Herten als Teil eines städtischen Eigenbetriebs übertragen worden. Hier liegt die Verantwortung für alle Angelegenheiten rund um das Schulgebäude. Durch die Bündelung der Verantwortung haben sich neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. So wurden die Hertener Schulgebäude mit einem Investitionsprogramm in Höhe von fünf Millionen Euro umfangreich saniert. Gleichzeitig wurden die elektrotechnischen Voraussetzungen für eine zukunftsgerechte EDV-Ausstattung der Schulen geschaffen.

Ein Engagement der Hertener Stadtwerke ermöglichte die Erneuerung der Heizungsanlagen in allen Schulen. Dies wiederum führte zu einer erheblichen Energieeinsparung und damit zu einer Reduzierung der Betriebskosten. Um die Schulen für die intensive Ausschöpfung dieser neuen Möglichkeiten zu motivieren, läuft mit Unterstützung der Hertener Stadtwerke seit Anfang 2002 ein großer Energiesparwettbewerb.

Schule muss davon profitieren, wenn sie in der Lage ist, die Zyklen der Anstriche zu verlängern, die laufenden Reparaturen wegen abnehmendem Vandalismus zu verringern, die Reinigungsbedarfe zu senken oder die Grünflächenpflege selbst zu übernehmen. Wenn die Sanierungsmaßnahmen endgültig abgeschlossen sind, werden in einem nächsten Schritt hierzu Kontrakte mit den Schulen geschlossen.

Durch die von der AG »Betrieb Schule« entwickelten Reformbausteine wurde es möglich, den Einsatz vorhandener Finanzmittel stärker auf die Bedürfnisse von Schulen auszurichten. Gleichzeitig wurden zusätzliche Mittel akquiriert. Eine verzahnte Nutzung der verschiedenen öffentlichen Fördertöpfe machte es z. B. möglich, Beschäftigungsmaßnahmen in verschiedene Schulhofumgestaltungen einzubinden. Durch die Einwerbung von Sponsoringmitteln durch die Fördervereine der Schulen wurden zusätzliche Ressourcen erschlossen. Fast alle Schulen in Herten haben davon profitiert:

Schulhöfe wurden verschönert, Spielgeräte angeschafft oder eine Cafeteria eingerichtet, die auch für öffentliche Veranstaltungen genutzt wird. In der Ludgerusschule

können Kinder jetzt in einem »Snoezelen-Raum« zur Ruhe kommen oder ihre Sinne schärfen, und die Goetheschule hat einen Teil ihres Schulhofes in eine Meerlandschaft verwandelt – hier steht sogar ein Piratenschiff mit Mastkorb zum Klettern. An anderen Schulen wurden »Grüne Klassenzimmer« und Teiche angelegt, Fassaden natürlich gestaltet und Baumhausprojekte gestartet. Nur einige Beispiele dafür, wie sehr die Hertener Schulen im Laufe des Projektes an Attraktivität gewonnen haben.

Der Erfolg des Modells AG »Betrieb Schule« zeigt sich aber nicht nur in dem geänderten Gesicht der Schulen, sondern schlägt sich auch in dem auffallend positiven Verhältnis zwischen Schulen und Schulträger nieder. Dies spiegeln die Ergebnisse der im Rahmen des Projektes durchgeführten Befragung wider. In Herten melden über 90 Prozent der Schulleitungen zurück, die Zusammenarbeit mit dem Schulträger sei gut oder sehr gut – ein Ergebnis, das die anderen Projektstädte mit Erstaunen zur Kenntnis genommen haben. Hier zeigt Herten, wie die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulträger deutlich verbessert werden kann. ■

Ziele

- Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen durch Zusammenwirken von Schulen, Schulträger und Schulaufsicht

Vorgehensweise

- Bildung der AG »Betrieb Schule«
- Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsverständnisses
- Einrichtung flexibler Schulbudgets
- Bereinigung der Schuletats um Quersubventionierungen anderer Bereiche
- Aufbau klarer Verantwortungsstrukturen
- Erschließung zusätzlicher Finanzmittel durch Vernetzung unterschiedlicher Fördermöglichkeiten und Ausbau von Sponsoring-Aktivitäten
- Umsetzung von Maßnahmen der Gebäudesanierung und der Schulhofumgestaltung

Partner von Schulen und Verwaltung

- Personalrat, schulfachliche Dezentern der Bezirksregierung, Mitarbeiter des Landesinstituts für Schule in Soest, Beschäftigungsförderung, Arbeitsverwaltung

Perspektiven

- Weitere Reduzierung vermeidbarer Kosten bei der Gebäudeunterhaltung

Kontakt

Jörg Kersten

Leiter Fachdienst Schule

☎ 0 23 66 . 3 03-5 72

✉ j.kersten@herten.de

Moderne Schulen

In der Stadt Arnsberg wurde in den vergangenen Jahren nur in dringende Neubau- und Instandhaltungsmaßnahmen investiert, oder aber um Energie zu sparen. Für die Ausstattung von Fachräumen oder das optische Erscheinungsbild der Schulen wurde kaum Geld aufgewendet. Entsprechend unzufrieden waren die Eltern und Schüler in Arnsberg wie in allen anderen Projektstädten mit der Attraktivität der Schulgebäude.

Erfolgreich lernen in attraktiver Umgebung

Der Sanierungsstau an den städtischen Schulgebäuden in Arnsberg wird auf knapp 19 Millionen Euro beziffert.

Schon in den vergangenen Jahren haben die politischen Gremien auf die Unzufriedenheit von Schülern, Eltern und Lehrern reagiert und für die Haushaltsjahre 2000/2001 rund eine Million Euro zusätzlich für die Erneuerung von Schulgebäuden bereitgestellt. Geld, das dringend für die Reparatur von Dächern, Heizungen und Fassaden gebraucht wurde. Die Durchführung dieser notwendigen Maßnahmen wird jedoch von allen Beteiligten als nicht ausreichend erachtet.

Aus diesem Grund hat der Rat der Stadt beschlossen, die Sanierung der städtischen Schulgebäude auf eine konzeptionelle Grundlage zu stellen. Bei der Schulbauerneuerung geht es in Arnsberg nicht länger nur um eine rein bauliche Instandsetzung der Gebäude, sondern es werden die Voraussetzungen für einen modernen und effektiven Unterricht geschaffen. So richten sich alle Renovierungsarbeiten fortan an den pädagogischen Erfordernissen aus. Für die Jahre 2002 bis 2004 wurde ein Schulbau-Erneuerungsprogramm in Gesamthöhe von 15 Millionen Euro beschlossen, denn neue Unterrichtsformen stellen auch neue Anforderungen an die Schulgebäude. Je flexibler sie gestaltet sind, desto kreativer und effektiver kann der Unterricht darin sein.

Zudem gilt es, die notwendigen Voraussetzungen für mehr Ganztagsbetrieb und für die Öffnung von Schulen zu schaffen. Um diese als Stadtteilzentren zu etablieren und eine bürgerschaftliche Nutzung zu ermöglichen, müssen sie neben ihrer Funktion als

Lernort neue Bestimmungen wahrnehmen: von der Nutzung als Tagungsstätte, als Bibliothek, als Probenraum für Bands oder für Initiativen im Jugendfreizeitbereich bis hin zum kulturellen Zentrum eines Ortschafts. Schule wird somit von Kindern und Jugendlichen nicht nur als Unterrichtsstätte, sondern auch als Lebenswelt wahrgenommen. Wohnraumnahe Angebote greifen die Bedürfnisse von Kindern und Eltern auf und entlasten gleichzeitig den kommunalen Haushalt. Denn durch die Weiterentwicklung der Schulen zu Stadtteilzentren wird der Aufbau kostenträchtiger Parallelstrukturen im Jugendfreizeitbereich vermieden.

Das finanziell gut ausgestattete Schulbauprogramm ist für die Stadt Arnsberg gleichzeitig Ausdruck aktiver kommunaler Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Denn die wirtschaftliche Lage im sauerländischen Handwerk ist mehr als angespannt – öffentliche Aufträge blieben aufgrund der unzureichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in großen Teilen aus. Die Schulbauerneuerung in Arnsberg versteht sich

deshalb auch als nachhaltiges Investitionsprogramm für das heimische Handwerk und als Instrument der Arbeitsplatzsicherung.

Aufgrund der im Rahmen des Projektes »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« gewonnenen Erkenntnisse hat die Kommunalpolitik in Arnsberg das Thema Schule unter dem Oberbegriff »Kinder und Jugendliche stark machen« zum strategischen Handlungsschwerpunkt gemacht. Die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur durch das Schulbauprogramm zeigt erste Wirkungen und trägt dazu bei, Lernen und Leben in der Stadt erfolgreich und zukunftsorientiert gestalten zu können. ■

Ziele

- ▶ Bereitstellung moderner und attraktiver Schulgebäude

Vorgehensweise

- ▶ Erarbeitung eines Konzeptes in Kooperation von Verwaltung und Schulen und unter Einbindung von Fachberatern
- ▶ Politische Verabschiedung eines Investitionsprogramms
- ▶ Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die die Durchführung des Bauprogramms begleitet und insbesondere die Berücksichtigung pädagogischer Erfordernisse gewährleistet

Partner von Schulen und Verwaltung


- ▶ Heimisches Handwerk

Perspektiven

- ▶ Schulen sollen für einen Finanzierungszeitraum von ca. 20 Jahren von größeren Instandsetzungen und Erneuerungen befreit sein.

Kontakt

 **Bernhard Neuwöhner**
Fachdienstleiter Schule

 0 29 32 . 2 01 12 86

 b.neuwoehner@arnsberg.de



»Didaktisches Zentrum«

Mit Computern wird in der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule in Minden schon seit mehr als zehn Jahren gelernt und gearbeitet: mittlerweile in fast allen Unterrichtsfächern, in PC-Arbeitsgemeinschaften und in einem Internet-Café. Einige Klassen verfügen über »Medien-ecken«, in denen der Einsatz spezieller Lernsoftware mittels Notebook erprobt wird. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur war die Einrichtung des »Didaktischen Zentrums«.

Neue Lernformen für Schüler und Eltern

Kernstück des Projekts ist die alte Mediothek der Schule, die zu einem Selbstlernzentrum (»Open Learning Center«) umgestaltet wurde. In dem hellen, modern eingerichteten Raum herrscht eine ruhige Atmosphäre, die die kindliche und jugendliche Neugier, das Interesse, die Lern- und die Leistungsbereitschaft ihrer Nutzer optimal fördert. In dem Selbstlernzentrum werden neben den klassischen Medien (Bücher und Zeitschriften) vor allem die Möglichkeiten computerunterstützten Lernens angeboten. So kann zum einen das Lernen über auditive und das Lesen überschreitende visuelle Wahrnehmung unterstützt werden. Zum anderen ist der schnellere Zugriff auf aktuelle Informationen über elektronische Lexika und das Internet gegeben.

Ermöglicht hat dieses Projekt ein örtlicher industrieller Partner, der 15 besonders ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze eigens für dieses Projekt entwickelt und der Schule geschenkt hat – als »Prototyp im Schulbereich«. Die Aufrüstung mit den PCs für eine Gruppengröße bis zu 30 Schülern wurde mit Landesmitteln (e-nitiative.nrw) finanziert. Der Arbeitgeberverband spendete Laptop und Beamer, und die Stadt Minden sorgte für die notwendigen Elektroinstallationen. Vernetzung und Aufspielen der Programme schließlich übernahmen zwei ex-

terne Praktikanten einer Qualifizierungseinrichtung – eine Arbeit von vier Wochen, die die Schule nichts gekostet hat.

Bevor die Schüler das Selbstlernzentrum nutzen dürfen, bekommen sie eine Einweisung. Die Kenntnisse sind nachzuweisen, etwa in Form eines Internetführerscheins. Er beinhaltet eine eigene E-Mail-Adresse und die Zugangsberechtigung zum »world-wide-web«, die jedoch auch gesperrt werden kann – z. B. wenn der Schüler bestimmte Regeln nicht einhält. Die Qualifikation zur Nutzung des »Didaktischen Zentrums« kann auch im Rahmen eines Klassenprojektes erbracht werden. Das Zentrum steht Schülern aller Fächer unterrichtsbegleitend zur Verfügung und lässt auch die Einzelnutzung zu.

Nach der Aufnahme des Probebetriebes »testeten« die ersten Klassen und Lerngruppen die Stabilität des Netzes und die Möglichkeiten der curriculumbezogenen Software. Die ansprechende Einrichtung des Selbstlernzentrums ermöglicht ein sinnvolles und konzentriertes Arbeiten, das die Schüler eigenständig und gerne wahrnehmen. In einem nächsten Schritt werden interessierte Eltern und Großeltern einbezogen. Ältere Schüler werden Einführungskurse anbieten, die auch den Erziehungsberechtigten Einblicke in die Möglichkeiten der

neuen Technologien und der Lernsoftware geben. Das »Didaktische Zentrum« ist ein gutes Beispiel dafür, dass in Kooperation mit Wirtschaft und Verbänden die Voraussetzungen für neue Formen des Lernens geschaffen werden können. ■

Ziele

- ▶ Entwicklung einer neuen Lernkultur unter Nutzung moderner Medien

Vorgehensweise

- ▶ Errichtung eines »Selbstlernzentrums«
- ▶ Schulungen der Schüler und Lehrer
- ▶ »Internetführerschein«
- ▶ Einbeziehung der Eltern

Partner von Schulen und

Verwaltung

- ▶ RK Rose+Krieger, Arbeitgeberverband, Qualifizierungseinrichtung

Perspektiven

- ▶ Einrichtung separater Schulungsräume
- ▶ »Netz-Lern-Kultur« durch den Aufbau mehrerer Nebenzentren
- ▶ Vernetzung auch nach außen (Betriebe)

Erfolgsfaktoren

- ▶ Administration und Wartung müssen langfristig gesichert sein

Kontakt

Dieter Stuke

Schulleiter

05 71. 82 97 10

stu@ktg-minden.de

www.ktg-minden.de

Neue Medien an Schulen

Für die Beschaffung von Schuleinrichtungen sind in der Regel die Schulverwaltungsämter zuständig. Dies gilt auch für die neuen Medien. Erwerb, Installation und Wartung von Computern erfordern jedoch spezielle Kenntnisse über die pädagogischen Wünsche und die technischen Möglichkeiten, die in diesen Organisationseinheiten oft nicht oder nur bedingt vorhanden sind. Um die dafür notwendigen Fachkompetenzen zu bündeln, wurden in Arnberg zwei »Arbeitskreise Informatik« gebildet, je einer für die Primarstufe und die Sekundarstufen I und II. Hier fließen alle benötigten Informationen zusammen – eine Voraussetzung für sinnvolle Beschaffung, Einsatz und Wartung der neuen Medien.

Herausforderung für die Kommune

Beiden Arbeitskreisen gehören Pädagogen, IT-Spezialisten und Mitarbeiter des Fachdienstes Schule an. Bei Bedarf werden weitere Personen und Fachleute hinzugezogen wie der Verwaltungsvorstand, Politiker, Sponsoren, Fördervereine und andere Spezialisten. Zu bestimmten Sachfragen, wie z.B. der Mittelverteilung, tagen beide Arbeitskreise gemeinsam. Aufgabe sind die Entwicklung von verbindlichen pädagogischen Rahmzielvorstellungen und von Ausstattungsstandards auf dieser Grundlage. Darüber hinaus dienen die Arbeitskreise dem Informationsaustausch. Der sinnvolle Einsatz der finanziellen Ressourcen setzt eine mittelfristig konzipierte Planung voraus, die von allen Beteiligten mitgetragen wird. Der Schulträger kann den

Schulen keine Lösungen vorschreiben – vielmehr ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendig.

Zunächst wurde in Arnberg ein mehrjähriger Rahmenplan für die Medienbildung erstellt, der die Ziele und die zur Umsetzung dieser Ziele erforderlichen Maßnahmen festlegte.

Nach einer ersten Bestandsaufnahme stellte sich die Problematik für die Primarstufe und die Sekundarstufen I und II unterschiedlich dar.

In der Primarstufe war das Thema relativ neu. Zum Teil wurde die Hardware zur Verfügung gestellt, bevor pädagogische Konzepte an den Schulen vorlagen. Der Ausbildungsbedarf bei den Lehrkräften war hier besonders hoch.

In den Sekundarstufen I und II dagegen waren Konzepte und Grundausstattungen weitgehend vorhanden – hier hakte es in den Bereichen Halbwertzeit, Systempflege, Netzwerkinstallation und -administration. Zwar gab es Fachpädagogen, die als Multiplikatoren wirkten, doch weite Teile der Kollegien hatten einen hohen Fortbildungsbedarf.

Im nächsten Schritt wurden pädagogische Zielvorstellungen im Dialog zwischen der Lehrerschaft und dem Schulträger entwickelt: Geben wir Computerunterricht ab Klasse 1 oder Klasse 3? Brauchen wir Medienräume oder »Medieninseln«? Sind Vernetzung und Internetzugänge erforderlich? Aus den pädagogischen Vorgaben können Ausstattungsziele abgeleitet und erarbeitet





werden. Die Vorteile einer solchen Vorgehensweise: Verteilungskämpfe werden vermieden bzw. reduziert, da ein klares pädagogisches Entwicklungskonzept als Entscheidungsgrundlage für die Politik dient. Vom Grundsatz her gilt: Weg von der Reaktion auf isoliert vorgetragene Ausstattungswünsche («Wer zuerst kommt, mahlt zuerst») und pauschalen Mittelverteilungen («Alle bekommen das Gleiche») hin zu einer aus konkreten pädagogischen Konzepten der einzelnen Schulen abgeleiteten Ausstattung.

Auch die Stadt Arnberg verfügt seit vielen Jahren nicht mehr über einen ausgeglichenen Haushalt – eine Optimierung der Verhältnisse ist unter diesen Umständen schwierig. Grundsätzlich gilt: Die Finanzierung kann nicht allein Aufgabe des Schulträgers sein, sondern muss als Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommune, Wirtschaft und Schulen verstanden werden. Übergangsweise müssen auch Behelfslösungen in Kauf genommen werden – pragmatische Lösungsansätze sind gefragt. So werden in Arnberg z. B. gespendete gebrauchte Computer eingesetzt, die durch Senioren aufgearbeitet wurden. Die Netzwerkinstallation erfolgte weitgehend mit eigenen Kräften.

Nach Erwerb und Installation müssen Computersysteme auch gepflegt und Netzwerke verwaltet werden. Dieser Bedarf ist vom Schulträger zunächst erheblich unter-

schätzt worden, was zu einer Überforderung der Lehrer führte – Überstunden und »Wochenendeinsätze« waren an der Tagesordnung. Auf Anregung der »Arbeitskreise Informatik« für die Sekundarstufen I und II wurde dem Fachdienst Schule ein Informatiker zugeordnet, der die Medienausstattung stets auf dem neuesten Stand hält.

Die Stadt Arnberg hat ein eigenes Fortbildungsprogramm zur Vermittlung von Basiswissen für die Lehrkräfte aufgelegt – mit Unterstützung der VHS und privater Unternehmen unter Verwendung von Mitteln aus der e-initiative NRW. Bisher haben rund 300 Lehrer an den Fortbildungen teilgenommen.

Durch die Entwicklung eines konkreten Konzeptes wurde in Arnberg die Ausstattung der Schulen mit neuen Medien auf eine systematische Grundlage gestellt und deutlich verbessert. Dazu beigetragen hat auch die Aufstockung städtischer Finanz-

mittel: In den Haushaltsjahren 2000 und 2001 sind rund 160.000 Euro und im Jahr 2002 – trotz einer 50-prozentigen Haushaltsperre – 197.790 Euro zusätzlich zu den allgemeinen Haushaltsansätzen in die zukunftsgerichtete Medienausstattung der Schulen geflossen. Der Einsatz eines Informatikers für Systempflege und Netzwerkadministration und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für die Lehrkräfte sind wichtige Bausteine für die Schaffung einer modernen Infrastruktur. Computereinsatz und -ausstattung werden in Arnberg stark den pädagogischen Bedürfnissen und Erfordernissen der Schüler angepasst und fördern deren Medienkompetenz. ■

Ziele

- ▶ Ausrichtung der Medienbeschaffung an den pädagogischen Konzepten der Schulen
- ▶ Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Verwaltung bei der Beschaffung neuer Medien durch Bündelung der unterschiedlichen Fachkompetenzen

Vorgehensweise

- ▶ Einrichtung von zwei »Facharbeitskreisen Informatik«
- ▶ Erstellung eines mehrjährigen Rahmenplans
- ▶ Ausstattung der Schulen mit neuen Medien
- ▶ Permanente Fortschreibung des Ist-Zustandes
- ▶ Einsatz von gespendeten gebrauchten Computern, die durch Senioren aufgearbeitet werden

- ▶ Systempflege und Netzwerkadministration durch einen Informatiker
- ▶ Städtisch organisierte Fortbildungsprogramme für Lehrkräfte


Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ IT-Spezialisten, Sponsoren, Fördervereine, VHS, private Unternehmen, Senioreninitiative

Perspektiven

- ▶ Ausbau des Ausbildungsprogramms

Kontakt

 **Bernhard Neuwöhner**

Fachdienstleiter Schule

 0 29 32 . 2 01 12 86

 b.neuwoehner@arnsberg.de

Finanzressourcen sinnvoll nutzen

In Zeiten immer knapper werdender Kassen hat sich die Stadt Castrop-Rauxel genau angeschaut, wo an ihren Schulen eingespart werden kann. Ein Ergebnis des Kassensturzes: Jahr für Jahr wandern beträchtliche Summen »auf den Müll« – und das im wahrsten Wortsinne. Bei der Auswertung der Finanzdaten des Bildungsreportes wurde festgestellt, dass die Abfallbeseitigungsgebühren auch an Schulen gleicher Größe sehr unterschiedlich hoch waren. In der Analyse wurde eine große Spannweite deutlich: So lagen die Kosten pro Schüler pro Jahr zwischen sieben Euro und fast 42 Euro.

Beim Müll einsparen

Stadt und Schulen überlegten gemeinsam, wie das Abfallvolumen gesenkt werden könnte. Schnell war klar, dass diejenigen Schulen die höchsten Kosten verursachten, die bislang keine Mülltrennung praktizierten. Eine Bestandsaufnahme hatte ergeben, dass an etwa der Hälfte der Schulen der Müll getrennt und auch Verpackungsmüll (»Gelber Punkt«) extra gesammelt wurde. Lediglich fünf der insgesamt 23 Schulen hatten zusätzlich einen Papier-

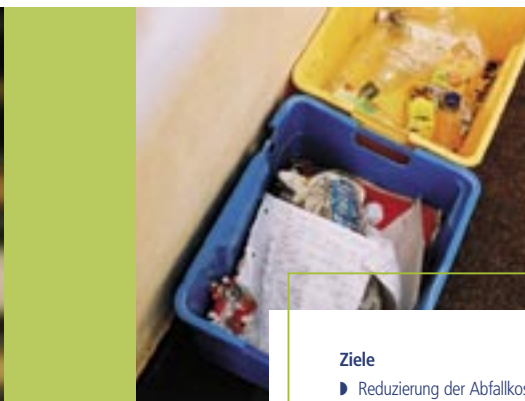
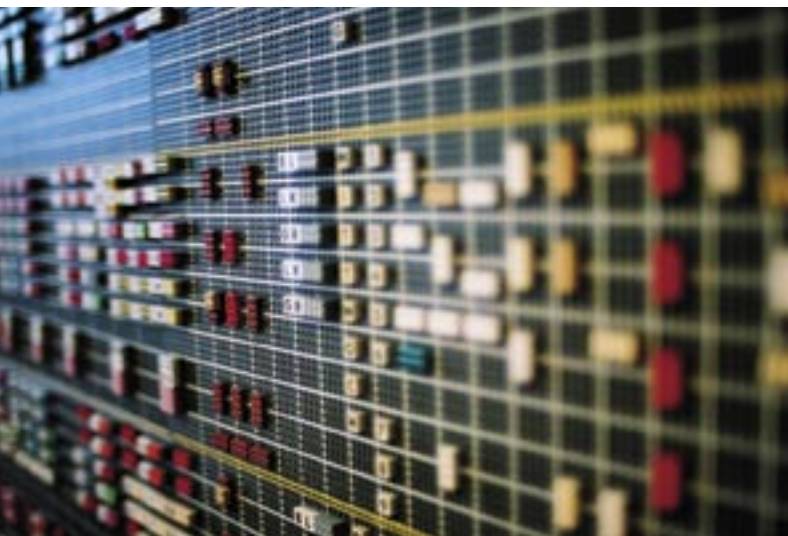
container, um auch Papier und Pappe separieren zu können – ein an großen Schulen nicht unerheblicher Mengen- und Gewichtungsfaktor im Müll. Teilweise standen an den Schulen nicht oder nur für »besondere Anlässe« (Schulfeste etc.) genutzte Restmüllbehälter teuer bezahlt, aber leer auf dem Hof oder waren sogar vom Hausmeister verschlossen.

Nun wurden die Schulen aktiv: Sie überprüften die Kapazität ihrer Müllbe-

hälter, meldeten überflüssige Gefäße ab und führten, falls noch nicht geschehen, die Mülltrennung ein oder optimierten sie. Dazu wurden finanzielle Anreize geschaffen: Die Schulen sollten direkt von den Einsparungen profitieren, denn Geld ist immer eine nicht zu unterschätzende Motivation, Verhaltensweisen zu ändern.

Das Thema »Müllentsorgung« wurde in den Unterricht eingebunden, und der Abfallberater der Stadt gab Hilfestellungen.





Er brachte Informationsmaterial und kleine Sammelbehälter mit in die Klassen und setzte Preise für Wettbewerbe (»Welche Klasse trennt am besten« o. ä.) aus. Die Vorstellung dieses »pädagogischen« Müllkonzeptes traf anfangs allerdings nicht nur auf offene Ohren: So mancher Schulleiter fürchtete eine erhebliche zeitliche Mehrbelastung. Doch die Idee setzte sich durch. Viele Schulen bemühten sich um die Einführung der gelben Tonnen bzw. um die Möglichkeit, ihr Papier separat und somit billiger zu entsorgen. Eine Schülergruppe der Janusz-Korczak-Gesamtschule engagierte sich ganz besonders in diesem Projekt. Sie informierte die anderen Klassen, verteilte Tonnen für Restmüll und Papier und kontrollierte in den Pausen die Anlieferung der vollen Behälter. Hier wie auch an anderen Schulen ist dieses Verfahren mittlerweile zur Routine geworden.

Für die Vergleichbarkeit der Kosten einigte man sich auf die Umrechnung pro Schüler. Die Schule mit den geringsten Müllgebühren hatte vor dem Projektstart Kosten in Höhe von knapp sieben Euro pro Schüler verursacht, diejenige mit den höchsten Kosten lag bei knapp 42 Euro. Im ersten Fall wurde der Müll bereits bestmöglich getrennt, im zweiten fand keine Trennung

statt. Nun sollten die Schulen in einem Zeitraum von drei Jahren ihre Müllgebühren auf rund 13 Euro pro Schüler, also etwa das Doppelte der »Musterschule«, reduzieren. Als Zielgrößen wurden festgelegt: für das Jahr

2002 – 17 Euro pro Schüler

2003 – 15 Euro pro Schüler

2004 – 13 Euro pro Schüler.

Die Schulen, die unter den angestrebten Wert kommen sollten, würden die Differenz als zusätzliche Mittel erhalten. Diejenigen, die über dem Wert liegen sollten, müssten die Differenz aus ihren Haushaltsmitteln selbst aufbringen. Doch schon im Jahr 2001, in dem ursprünglich nur die Bestandaufnahme und die Beratung durch den stadt eigenen Entsorgungsbetrieb vorgesehen waren, hatten 14 Schulen bereits das »Endziel« von 13 Euro pro Schüler unterschritten! Fast alle der 23 Schulen hatten überflüssige Abfallbehälter abgemeldet. Insgesamt betragen die Einsparungen im Vergleich zum Vorjahr mehr als 55.000 Euro, das entspricht einer Kostenreduzierung von 29,2 Prozent. Dieses Geld floss zu 100 Prozent an die Schulen zurück und konnte dort für die Kernaufgabe der Schulen, für die pädagogische Arbeit, verwendet werden. ■

Ziele

- Reduzierung der Abfallkosten, um neue Finanzressourcen für die pädagogischen Aufgaben der Schulen zu erschließen

Vorgehensweise

- Bestandsaufnahme des Müllaufkommens an den einzelnen Schulen
- Motivierung der Schüler
- Entwicklung eines Systems, das finanzielle Anreize zum Einsparen von Müll bietet
- Verbesserung der Mülltrennung und Abmeldung der überflüssigen Sammelbehälter
- Durchführung von Klassen-Wettbewerben

Partner von Schulen und Verwaltung

- Entsorgungsbetrieb, Abfallberatung

Perspektiven

- Weitere Reduzierung vermeidbarer Kosten bei der Gebäudeunterhaltung

Erfolgsfaktoren

- Große Schulen haben es leichter, die Kosten im Müllbereich zu senken, denn allein durch die separate Entsorgung von Papier wird ein großes Müllvolumen gespart. Dafür ist die Einführung der Mülltrennung an kleinen Grundschulen oder Sonderschulen einfacher als in einem großen System.

Kontakt

📞 **Susanne Köhler**

Kai Raglewski

Bereich Schule

☎ 0 23 05 - 1 06-24 13

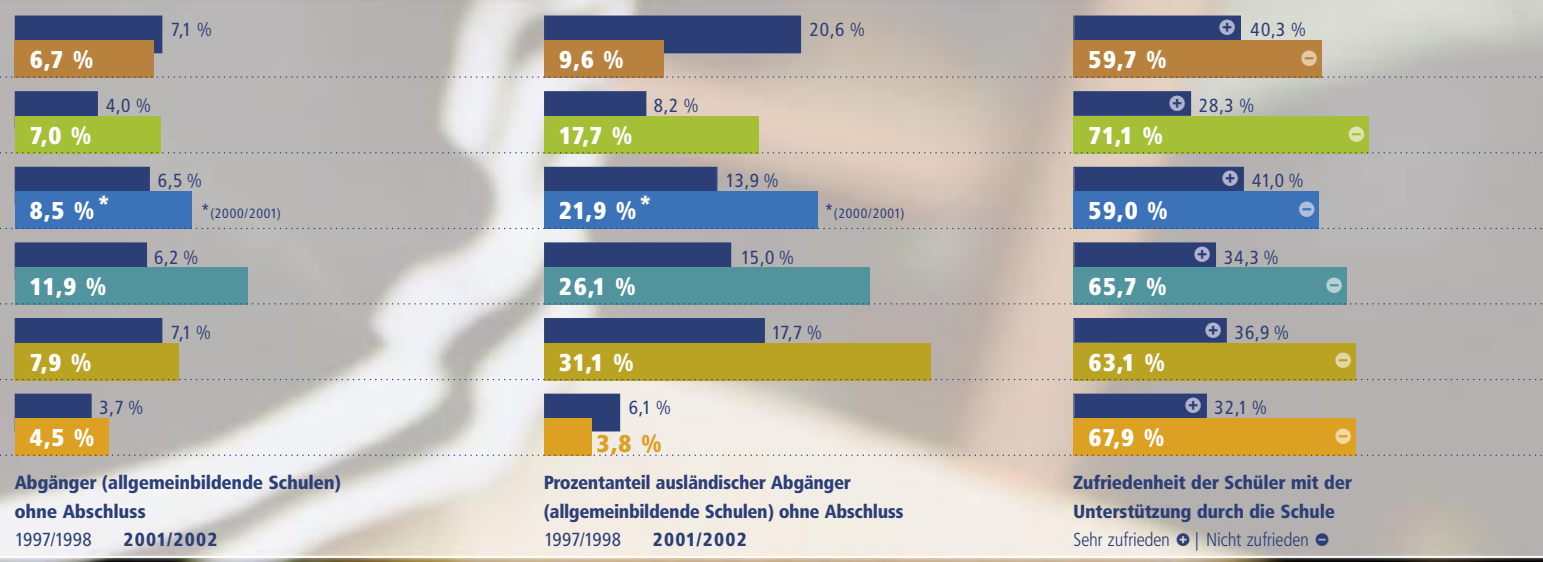
📧 schulverwaltung

@castrop-rauxel.de



ziel 2

Bildungsbenachteiligungen abbauen und Zugang zu Bildung ermöglichen



Abgänger (allgemeinbildende Schulen) ohne Abschluss
1997/1998 2001/2002

Prozentanteil ausländischer Abgänger (allgemeinbildende Schulen) ohne Abschluss
1997/1998 2001/2002

Zufriedenheit der Schüler mit der Unterstützung durch die Schule
Sehr zufrieden (+) | Nicht zufrieden (-)

Bildung als Zukunftschance

Bildung entscheidet darüber, wie die Zukunft eines jeden Einzelnen aussieht. Sie ist die Grundlage für die private wie auch die berufliche Entwicklung – und damit Voraussetzung für eine erfolgreiche Lebensgestaltung. Fakt ist: Nicht jedes Kind startet mit den gleichen Voraussetzungen und Chancen. Benachteiligungen müssen abgebaut und ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung muss gewährleistet werden.

Denn Bildung ist nicht nur für die individuelle, sondern auch für die gesellschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Ziel muss es sein, Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, als aktive Bürger in einer demokratischen Gesellschaft ihr persönliches, berufliches und gesellschaftliches Leben verantwortungsbewusst zu gestalten.

Doch nicht jeder erhält in unserem Schulsystem seine Chance. Der Bildungsreport und die PISA-Studie zeigen, dass Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund schlechtere Bildungschancen haben.

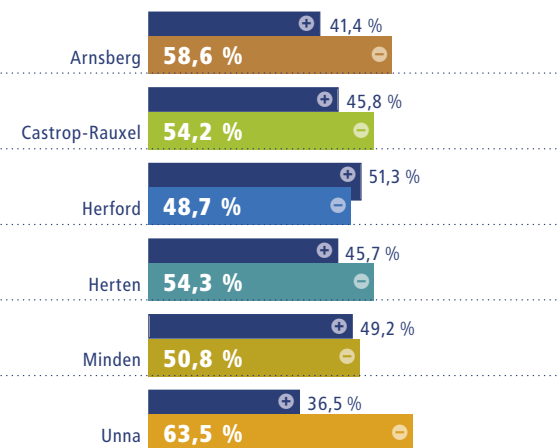
Trotz aller Fortschritte bleiben die Schulerfolge für Kinder ausländischer Herkunft unbefriedigend – sie zählen auch in den sechs Projektstädten zu den Bildungsverlierern. Vielen ausländischen Jugendlichen werden damit Wege in die Berufsausbildung verbaut und die soziale Integration erschwert. Wie wichtig wirkungsvolle Maßnahmen in diesem Bereich sind, verdeutlichen Zahlen aus der Stadt Herten. Hier wie in anderen Städten auch steigt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiter an: Etwa 12 Pro-

zent der Jugendlichen in Herten haben ausländische Eltern, und in der Altersgruppe der 0–6-Jährigen beträgt ihr Anteil über 25 Prozent. Mit den Sprachkenntnissen dieser Kinder steht und fällt ihre Chancengleichheit im Bildungssystem. Denn eine wesentliche Ursache von Bildungsbenachteiligung sind fehlende Deutschkenntnisse. Bei der Förderung von sprachschwachen Kindern gilt der Grundsatz: Je früher, desto besser! So werden in Herten ausländische Eltern schon direkt nach der Geburt ihrer Kinder für dieses Thema sensibilisiert und wie auch in Arnsberg in die Förderung ihrer Kinder einbezogen. In Herford wurde die vorschulische Sprachförderung konsequent verbessert. Nur so können kulturelle, soziale und sprachliche Differenzen abgebaut werden.

Doch auch zahlreichen deutschen Kindern ist der Zugang zu Bildung verbaut – vor allem aufgrund einer sozial benachteiligten Herkunft. Beispiel Lesefähigkeit: Laut PISA ist mit fast 23 Prozent der Anteil der schwachen und extrem schwachen Leser in Deutschland ungewöhnlich hoch – in keinem anderen Land ist der Abstand zwischen sehr guten und sehr schlechten Lesern so groß. Leseförderung von Kindern ist deshalb eine der wichtigsten Herausforderungen, der sich die Stadt Arnsberg mit ihrem Projekt »Abenteuer Lesen« stellt.

Zugang zu Bildungschancen verbessern heißt aber auch, Angebote für besonders begabte Schüler zu machen. In den meisten Schulen werden diese Kinder noch immer vernachlässigt. So gab es bis zum Projektstart in keiner der sechs Partnerkommunen Förderung oder Angebote für diese Schüler – obwohl zwei bis drei Prozent der Kinder eines Geburtsjahrganges besonders begabt sind. Ein Beispiel aus Arnsberg zeigt neue Wege auf.

Bildung umfasst weit mehr als Sprach- und Wissensvermittlung. Kunst und Kultur tragen erheblich zur geistigen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bei. Auch hier sind insbesondere wieder diejenigen benachteiligt, deren Elternhaus wenig zur Förderung beitragen kann oder will. Die Stadt Minden arbeitet erfolgreich daran, Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur heranzuführen. ■



Information der Schüler über Kulturangebote in der Stadt
Sehr informiert + | Wenig informiert -

Interkulturelle Sprachförderung

Die Integration ausländischer Kinder hat sich in Herford zu einem der wichtigsten Themen der Schulpolitik entwickelt. Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben im Vergleich mit deutschen Kindern auch in Herford nicht die gleichen Chancen, im Schulsystem erfolgreich zu sein. Der Schlüssel für Verständigung und Teilnahme an Angeboten sowohl in der Schule als auch im vorschulischen Bereich ist die Beherrschung der deutschen Sprache und somit das wichtigste Mittel zur Integration.

In Herford kamen mehr als 50 Fachleute, Interessierte und Betroffene zum Thema »Leben und Lernen in Herford – Kinder, Jugendliche und Familien aus verschiedenen Kulturen« zusammen. In mehreren Arbeitstreffen entwickelten sie Unterstützungsangebote und Konzepte, an deren Umsetzung seit zwei Jahren intensiv gearbeitet wird.

Projekt »Interkulturelle Erziehung«

Kinder aus Zuwandererfamilien sind häufig damit überfordert, sowohl die Muttersprache als auch die deutsche Sprache gleichzeitig zu erlernen. Oft können Eltern ihre Kinder nur begrenzt unterstützen, weil sie selbst mit der Mehrsprachigkeit überfordert sind. Die Stadt Herford unterstützt deshalb diese Kinder in drei Tagesstätten mit dem Projekt »Rucksack«.

Fachleute sind sich darin einig, dass eine differenzierte Muttersprache eine wichtige Basis für das Erlernen einer Zweitsprache ist. Je besser das Kind also zu Hause in der Erstsprache gefördert wird, desto leichter fällt es ihm, die deutsche Sprache zu erlernen. Beherrschung und Wertschätzung der Muttersprache ist außerdem eine entscheidende Voraussetzung für die positive Identität der Kinder. Zunehmend wird jedoch von mehrsprachigen Fachkräften festgestellt, dass eine große Anzahl von Migrantenkindern nicht nur in der deutschen, sondern auch in ihrer Muttersprache

erhebliche Defizite haben: Es fehlen grammatikalische Strukturen, die Kinder verfügen über einen geringen Wortschatz, haben Schwierigkeiten mit der Aussprache und beim freien Erzählen, oder sie sprechen dauerhaft eine »Mischsprache«. Eine Konsequenz daraus: Das Projekt bezieht die Mütter als Expertinnen für die Vermittlung der Erstsprache aktiv mit ein und gibt ihnen Hilfestellungen – auch in alltäglichen Fragen der Erziehung.

Unter Anleitung einer interkulturellen Fachkraft treffen sich jeweils acht Mütter regelmäßig einmal pro Woche und erarbeiten die »Rucksack«-Themen, die sie zu Hause mit den Kindern anhand von Arbeitsblättern in ihrer Muttersprache durchgehen. Parallel dazu werden die selben lebensweltbezogenen Themen wie z.B. »Jahreszeiten«, »Familie«, »Mein Körper« oder »Mein Kindergarten« in der Kindertagesstätte mit den Kindern in Deutsch erarbeitet. Darüber hinaus werden in der Müttergruppe weitere Inhalte besprochen, etwa die Bedeutung von Sprache, Methoden und Inhalte zur Spracherziehung oder die Heranführung an Kinderbücher – auch in der jeweiligen Muttersprache.

Feste wie Weihnachten oder Karneval werden erklärt, und schließlich ergeben sich aus den regelmäßigen Treffen auch gemeinsame Unternehmungen außerhalb der Tagesstätte.



Zur Zeit ist das Projekt »Rucksack« zugeschnitten auf die Kinder von Aussiedlern und Mitbürgern türkischer Herkunft, weil ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung am größten ist.

Aber auch für Kinder anderer Nationalitäten sind Maßnahmen wie das Förderkonzept »Wir verstehen uns gut« entwickelt worden. In einer kleinen Gruppe erlernen die ausländischen Kinder spielerisch lebenspraktisches Sprachwissen. Dabei entwickeln sie sehr schnell mehr Selbstvertrauen und Mut zum Sprechen. Dieses Sprachprogramm ist flexibler einsetzbar, da es nicht auf eine Nationalität beschränkt ist, und auch die Sprachkompetenz deutscher Kinder kann hier gefördert werden. Auf der Basis des Sprachprogramms »Wir verstehen uns gut« arbeiten inzwischen auch andere Kindertagesstätten in Herford, die einen hohen Anteil an Migrantenkindern betreuen.

Die interkulturelle Pädagogik hat auch die Aufgabe, zu gegenseitigem Verständnis zu erziehen und Unterschiede deutlich wer-



Ziele

- ▶ Sprach- und Integrationsförderung für Migrantenkinder im Vorschulbereich

Vorgehensweise

- ▶ Entwicklung von Unterstützungsangeboten
- ▶ Weiterbildung von Fachkräften für diese Aufgabe
- ▶ Konzeptionelle Umsetzung in Kooperation mit Partnern
- ▶ Projekt »Rucksack«
- ▶ Kurse zur Sprachförderung
- ▶ Projekt »Interkulturelle Bildung für Fachkräfte«

Partner von Schulen und

Verwaltung

- ▶ Kindertagesstätten, Rotarier-Club, Innerwheel-Club, VHS, AWO-Betriebsverband OWL e.V.

Perspektiven


- ▶ Angebot von Deutsch-Sprachkursen für Eltern in den Kindertagesstätten
- ▶ Projekt »Muttersprachliche Assistenz«: Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Grundschule und Zuwandererfamilien durch den Einsatz fremdsprachiger Mitarbeiter

Kontakt

Regina Frodermann-Wilde


Stadt Herford
Dezernat Soziales


 0 52 21 . 1 89-4 52

 regina.frodermann-wilde@herford.de

Kai Wilkening

Stadt Herford
Dezernat Schule, Kultur
und Sport

 0 52 21 . 1 89-3 95

 kai.wilkening@herford.de

den zu lassen, sodass respektvolles Lernen voneinander möglich wird. Somit wendet sich das Projekt an alle Kinder, denn sowohl deutsche als auch ausländische Kinder müssen auf ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet sein.

Das Projekt ist von Kindern, Müttern und Erzieherinnen positiv aufgenommen worden. Schon nach kurzer Zeit war eine deutliche Steigerung der Sprachkompetenz der teilnehmenden Kinder sowohl in der Muttersprache, als auch in Deutsch zu erkennen. Ein weiterer Erfolg des Projektes: Es ist gelungen, die Mütter kontinuierlich in die Förderung und Eigenverantwortung der Sprachentwicklung mit einzubeziehen. Darüber hinaus haben sich Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Eltern ausländischer Herkunft und den Erzieherinnen in den Einrichtungen verbessert. Mittlerweile helfen die interkulturellen Fachkräfte den ausländischen Müttern in verschiedenen Lebensfragen wie bei Behördenbriefen oder bei der Arbeitssuche.

Kurse zur Sprachförderung

Kinder aus Zuwandererfamilien haben in Herford vor ihrer Einschulung die Möglichkeit, mehrwöchige Kurse zur Sprachförderung zu besuchen. Ziel ist es, die Kinder bis zum Besuch der Schule auf einen Sprachstand in Deutsch zu bringen, der es ihnen erlaubt, dem Unterricht zu folgen. In Zusammenarbeit mit den Schulleitungen wurden die Eltern der in Frage kommenden Kinder über das Angebot informiert und zur Teilnahme aufgefordert. Die Übersetzung der Schreiben in verschiedene Fremdsprachen erfolgte über die VHS.

An sechs Herforder Grundschulen wurden in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, der Schulaufsicht und der Volkshochschule etwa 100 Kinder im Vorschulalter in Deutsch unterrichtet. Den Kindern aus Migrantenfamilien konnten die notwendigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache für eine problemlosere Integration in die ersten Klassen vermittelt werden. Das Angebot stößt nach Aussage der

Schulleitungen in Schulen mit hohem Zuwandereranteil auf zunehmendes Interesse und soll fortgeführt werden.

Projekt »Interkulturelle Bildung für Fachkräfte«

Dieses Fortbildungsangebot richtet sich an Lehrer und Erzieher und andere Fachkräfte von Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien. Im Rahmen eines 30-stündigen VHS-Kurses werden Themen behandelt wie »Theorie und Praxis interkultureller Kompetenz« (Kenntnisse über unterschiedliche kulturelle, soziale und rechtliche Lebensbedingungen), »Anregung zur interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Diensten« oder »Entwicklung von Handlungsstrategien für den Alltag«. Den Mitarbeitern von Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten und allen anderen Teilnehmern werden so die notwendigen Qualifikationen für ein konstruktives Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft vermittelt. ■

»Mama muss auch Deutsch lernen!«



Kinder ausländischer Herkunft haben in Arnsberg schon länger die Möglichkeit, Deutsch zu lernen – ihre Eltern bislang nicht. Mangelnde Sprachkenntnisse der Erwachsenen

wirken sich jedoch auch auf den schulischen Erfolg ihrer Kinder aus. Um dem Unterricht folgen zu können, sollten die Kleinen so früh wie möglich schon zu Hause Deutsch lernen. Und die Mütter selbst können nur dann ihre Mitsprachemöglichkeit in der Schule wahrnehmen und an Elternabenden teilnehmen, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Sprachkurse für ausländische Mütter

Um Sprachbarrieren abzubauen, bietet die Stadt Arnsberg in Zusammenarbeit mit mehreren Institutionen Deutschkurse an: In Übergangsheimen, Grundschulen und im Kindergarten lernen ausländische Mütter wohnortnah die deutsche Sprache. »Die jungen Frauen stellen immer häufiger fest, dass sie ihre Deutsch sprechenden Kinder nicht mehr verstehen«, so die Dozenten der Sprachkurse. Diese üben mit den Müttern alltägliche Gegebenheiten, wie z. B. die Kommunikation bei Elternsprechtagen in der Schule, bei Arztbesuchen und bei Telefongesprächen. Wichtig ist dieses Angebot auch im Hinblick auf die sozialen Kontakte der Mütter. Einige haben inzwischen Freundschaften untereinander geschlossen und gestalten gemeinsam weitere Aktivitäten.

Bei Bedarf wird auch den Kindern parallel zum »Erwachsenenunterricht« die deutsche Sprache vermittelt. Fachkräfte für die vorschulische Sprachförderung betreuen die Kleinen, und durch pädagogische Spiel- und Bewegungsübungen lernen die Kinder die deutsche Sprache besser beherrschen.

Gute Schule funktioniert nur mit den Eltern. Dies gilt gerade auch in Bezug auf Eltern ausländischer Herkunft. Aus diesem Grund macht die Stadt Arnsberg den Schulen auch das Angebot, Briefe an die Eltern in verschiedene Sprachen zu übersetzen

und Dolmetscher zu Elternsprechtagen oder anderen schulischen Veranstaltungen hinzuzuziehen. Dieser Service, der Kommunikationsprobleme verhindern soll, wird rege in Anspruch genommen.

Sprachförderung hat in Arnsberg einen hohen Stellenwert bekommen. Die skizzierten Maßnahmen sind Teil eines Gesamtkonzeptes, das auch Sprachstandsmessungen umfasst.

Denn für die weitere Planung ist es für den Schulträger wichtig zu wissen, ob die initiierten Maßnahmen wirksam sind. An den Grundschulen wird die Sprachkompetenz der Erstklässler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, anonym durch die Klassenlehrer eingeschätzt. Nach der Erhebung aus dem April 2002 weisen immerhin rund 20 Prozent der ausländischen Schulanfänger mangelhafte bis ungenügende deutsche Sprachkenntnisse auf.

Verbesserungen im Bereich Spracherwerb sind immer langfristig angelegt, Erfolge nicht schnell und einfach zu messen. Doch schon jetzt ist abzusehen, dass Arnsberg auf dem richtigen Weg ist. An den seit dem Schuljahr 2000/2001 laufenden »Mütter-Sprachmaßnahmen« nehmen heute 72 ausländische Mütter teil. Auch die vorschulischen, schulischen und außerschulischen Sprachkurse sind stark erweitert worden.

750 Kinder nahmen im Schuljahr 2001/2002 an den einzelnen Maßnahmen teil. Die verstärkte Sprachförderung kommt Kindern und Müttern gleichermaßen zugute, denn so werden auch zu Hause Sprachbarrieren abgebaut. ■

Ziele

- Sprachförderung von Kindern und ihren Müttern
- Erhöhung des Bildungsniveaus von Schülern ausländischer Herkunft

Vorgehensweise

- Sprachkurse
- Unterstützung der schulischen Elternarbeit durch Übersetzung von Briefen, Informationsmaterialien und Bereitstellung von Dolmetschern
- Sprachstandeinschätzung

Partner von Schulen und Verwaltung

- Internationaler Arbeitskreis, Internationaler Bund, Flüchtlingsrat, Caritas

Erfolgsfaktoren

- Dezentrale Durchführung vor Ort

Kontakt

Beate Höllmann

Regionales Bildungsbüro
der Stadt Arnsberg

0 29 32 . 2 01-15 81

bildungsbuero@arnsberg.de



»Alle Kinder sollen in Herten die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie ihrem Begabungspotenzial entsprechend allgemeine Schulabschlüsse erwerben können.« Mit diesem Ratsbeschluss hat sich die Stadt ein anspruchsvolles Ziel gesetzt – denn im Vergleich zu den anderen fünf Projektkommunen steht Herten mit einem Ausländeranteil von 26,1 Prozent unter den 0–6-Jährigen an oberster Stelle. Und die Deutschkenntnisse der Schulanfänger, die ausländische Eltern haben, müssen erheblich nachgebessert werden.

Sprachkompetenz entwickeln

Von der Geburt bis zur Einschulung

Seit zwei Jahren werden die Grundschulen in Herten gebeten, eine Einschätzung über die Sprachfähigkeit der Erstklässler beim Eintritt in die Grundschule zu geben. Die Zahlen sind ernüchternd: Bezogen auf eine Skala von 1–6 (Schulnoten entsprechend) können rund 26 Prozent der Erstklässler mit Migrationshintergrund nicht oder nur unzureichend dem Unterricht folgen. Aus diesem Grund wird in Herten ein Projekt zur Förderung der Sprachfähigkeiten in der Erst- und Zweitsprache umgesetzt. Wichtigster Bestandteil ist das Stufenprogramm »Begleitung von der Geburt bis zur Einschulung«, das sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt.

► Information der Eltern direkt nach der Geburt ihrer Kinder

► Durchführung von Sprachstandserhebungen bei Aufnahme in den Kindergarten und gezielte Sprachförderung durch die Erzieherinnen

► Ein Jahr vor der Einschulung Durchführung erneuter Sprachstandserhebungen zur Festlegung des weiteren Förderbedarfs

► Wenn nötig: Verschiebung der Einschulung und intensive Förderung in Sprachgruppen

Sprachstandsmessungen

Für eine flächendeckende Erfassung der Kinder, die mangelnde Sprachfähigkeiten in der deutschen Sprache aufweisen, sind Sprachstandseinschätzungen notwendig. Um den Förderbedarf frühzeitig genau zu ermitteln, werden in Herten alle Kinder bei der Aufnahme in den Kindergarten oder auch im

Vorfeld »getestet«. Dabei wird das Kind mittels eines Beobachtungsbogens hinsichtlich Wahrnehmung, Wortschatz sowie Verhaltensmuster ganzheitlich betrachtet. Der Bogen wird mindestens einmal jährlich eingesetzt und gemeinsam mit den Eltern besprochen. Anhand der Beobachtungen werden die Kinder gezielt von Fachkräften in Kleingruppen gefördert. Damit wird die Grundlage geschaffen, dass Kinder mit sprachlichen Defiziten eine gezielte Förderung erhalten. Ein Jahr vor der Einschulung wird der Sprachstand erneut überprüft, und – wenn notwendig – werden weitere gezielte Fördermaßnahmen angeboten. Bei der Einschulung wird zum 3. Mal der sprachliche Status der Kinder festgestellt. Durch die Auswertung der individuell benötigten Förderbedarfe können auch die gesamtstädtischen erforderlichen Kapazitäten geplant und zur Verfügung gestellt werden.

Fördermaßnahmen für Kinder im Alter von drei bis sieben Jahren

Die allgemeine sprachliche Anreicherung des Kindergartenalltags ist für die Sprachentwicklung der Kinder sehr wichtig. Sie ist aber nicht ausreichend für ausländische Kinder ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen. Deshalb sind gezielte Förderung und das Angebot zusätzlicher Programme nötig. Im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen werden mit Erziehern und Lehrern Modelle und Techniken ein- →



→ geübt, die den Erwerb der deutschen Sprache im Kindergarten und in der Schule erleichtern. Die Qualifizierungsmaßnahmen finden stadtteilorientiert statt, sodass vorhandene Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen ausgebaut und praktisch genutzt werden können. Durch gemeinsame Fortbildungen wird insbesondere auch die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen gestärkt. Unterstützung erfahren die Erzieherinnen in den Tageseinrichtungen für Kinder durch den Einsatz von sogenannten »Entlastungskräften«. Diese schaffen Freiräume, damit sich die Erzieherinnen gerade in besonders belasteten Einrichtungen auf die Sprachförderung konzentrieren können.

Unterstützungs- und Beratungsangebote für Eltern

In Form von mehrsprachigen schriftlichen Erziehungsratgebern und in persönlichen Gesprächen werden die Eltern auf ihre besondere Verantwortung aufmerksam gemacht und über Möglichkeiten der Sprachförderung informiert. Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten müssen so früh wie möglich ansetzen, und an erster Stelle steht hier die Familie in der Verantwortung. So bekommen junge Väter und Mütter in Hertener direkt nach der Geburt ihres Kindes einen Brief, in dem sie für den Erwerb der Zweitsprache sensibilisiert werden. Dazu gibt es eine kleine Anleitung, wie sie das Interesse ihrer Kinder, die deutsche Sprache zu sprechen, mit Lob, Fragen und Anregungen unterstützen können. Gleichzeitig muss die Sprachkompetenz der Eltern und der Kinder in der Basissprache gestärkt werden, z. B. in Eltern-Kind-Gruppen. Denn nur wer seine Muttersprache beherrscht, kann eine Zweitsprache erlernen. Des Weiteren werden Familien mit Migrationshintergrund zu Hause besucht, deren Kinder zwar im Kindergartenalter sind, aber keinen Kindergarten besuchen. Mit dem »Hausbesuchprogramm« sollen Familien im Rahmen ihrer Ressourcen unterstützt und gestärkt werden. Die Eltern erhalten praktische Tipps, Anleitungen und Materialien zum Thema Erst- und Zweitspracherwerb.

Integration durch Begegnung

Sprachförderung definiert sich nicht alleine über Einzelförderung, sondern meint auch die Begegnung verschiedener Kulturen, das Mit- und Voneinander-Lernen. In Kindergärten und Grundschulen finden Projekte zu diesem Thema statt. Aber auch Eltern, Bildungseinrichtungen, freie Träger, Kulturvereine, Religionsgemeinschaften und öffentliche Einrichtungen arbeiten hier Hand in Hand. So führen z. B. Vertreter des Fachbereiches Schule und Jugend der Stadt Hertener in Kooperation mit dem Ausländerbeirat Informationsveranstaltungen in den sechs Hertener Moscheen durch.

Wissenschaftliche Begleitung und Koordination

Das Hertener Programm wird von der Universität Essen im Rahmen des Projekts »Wie Kinder in Kindergärten gefördert werden können« begleitet. Dabei werden Konzepte und Arbeitsmaterialien für Fachkräfte entwickelt. Darüber hinaus führt das Team der Universität maßgeschneiderte Fortbildungsangebote für die Erzieher vor Ort durch.

Eine Lenkungsgruppe begleitet das Projekt. Teilnehmer sind der Bürgermeister, die Gleichstellungsbeauftragte, Vertreter der Fachbereiche, der Schulen und der Kindergärten, des Ausländerbeirates und des Flüchtlingsrates, der Politik und der Regionalen Arbeitsstelle.

Über die Ergebnisse des Sprachförderkonzeptes wird der Ausschuss für Schule und Jugend regelmäßig informiert.

In einem Punkt sind sich die Verantwortlichen in Hertener einig: Der Struktureffekt, der von diesem Projekt ausgeht, ist in seiner Konsequenz kaum hoch genug einzuschätzen. Das Potenzial einer großen, wahrscheinlich der überwiegenden Zahl der ausländischen Kinder liegt in Bezug auf ihre qualifizierte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am deutschen Arbeitsmarkt völlig brach. Stattdessen empfangen immer mehr Ausländer soziale Transferleistungen. Das Projekt ist nicht nur dazu geeignet, diesen Trend zu stoppen, sondern auch das Begabungsreservoir für eine ganzheitliche Stadtentwicklung produktiv zu nutzen. ■



Ziele

- Förderung der Sprachfähigkeit von Migranten in der Erst- und Zweitsprache

Vorgehensweise

- Einrichtung einer Steuerungsgruppe
- Entwicklung des Stufenprogramms »Begleitung von der Geburt bis zur Einschulung« in einem partizipativen Prozess (Themenkonferenzen in Stadtteilen, Expertenhearings, gesamtstädtische Zukunftswerkstatt)
- Aufnahme des Rahmenkonzeptes »Sprachförderung ausländischer Kinder« in den Kindergartenentwicklungsplan und Verabschiedung durch den Rat der Stadt Hertener
- Begleitung durch die Universität Essen
- Gemeinsame Weiterbildung von Erziehern und Grundschullehrern
- Durchführung von Stadtteilkonferenzen

Partner von Schulen und

Verwaltung

- Ausländerbeirat, interessierte Bürger und Vertreter z. B. der Kirche und verschiedener Organisationen, Elternrat, Bildungseinrichtungen, freie Träger, Kulturvereine, Religionsgemeinschaften

Perspektiven

- Fortschreibung der Sprachstandseinschätzung
- Intensivierung der Elternarbeit
- Evaluierung der Einzelmaßnahmen

Erfolgsfaktoren

- Die Sprachfördergruppen werden ab dem Kindergartenalter durchgeführt. Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten müssen jedoch bereits früher ansetzen. Die Familien müssen sensibilisiert und eingebunden werden
- Der Übergang vom Kindergarten in die Schule beinhaltet Stolperfallen. Hier müssen Konzepte aufeinander abgestimmt und gemeinsam entwickelt werden

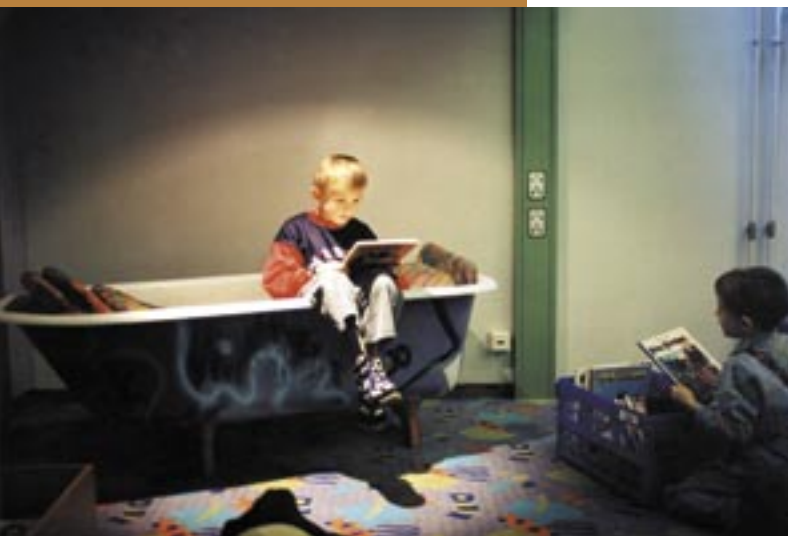
Kontakt

📍 **Sabine Pommerin**
Bereichsleiterin Jugendförderung
und Projektleiterin Sprachförderung

☎ 0 23 66 . 3 03-4 41

✉ s.pommerin@hertener.de





Das Lesen und damit die Fähigkeit, sich Wissen selbstständig anzueignen, ist grundlegend für die individuelle Entwicklung und Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulzeit. Kinder frühzeitig an die Welt der Bücher heranzuführen, sie für Geschichten zu begeistern und für das Abenteuer »Lesen« zu gewinnen ist deshalb eine Kernaufgabe der Bildungsförderung. Damit wird der Grundstein dafür gelegt, dass aus wissbegierigen Kindern gute und neugierige Schüler werden.

Abenteuer »Lesen«

Die Arnberger Stadtbüchereien haben ein Konzept für die Leseförderung von Kindern entwickelt, um den selbstverständlichen und selbstständigen Umgang mit Büchern und damit die Entwicklung von Medienkompetenz zu fördern. Dabei haben sie auf die Verzahnung von Schule und Bibliothek gesetzt und machen Schülern und Vorschulkindern spezielle Angebote.

Die »Vorlesestunde« unter pädagogischer Leitung soll Vorschulkinder an Vorlese- und Bilderbücher heranzuführen. Von den Büchereien werden in Absprache mit Grundschullehrern und Kinderbetreuungseinrichtungen kostenlos Büchereiausweise ausgestellt, Bücherkisten in Klassenstärke gepackt und zur Abholung bereit gestellt. Der Inhalt der Kisten richtet sich nach dem jeweiligen Bedarf der Klassen und Gruppen: Sachbücher zur Unterrichtsbegleitung und Projektarbeit oder Bücher mit Erzählungen zum freien Lesen. Auf Wunsch wird das Angebot um CD-ROMs und andere Medien ausgeweitet. Bei Klassenführungen, die jeweils auf die 1./2. und die 3./4. Grundschulklassen ausgerichtet sind, lernen die Kinder auf spielerische Art und Weise die Bücherei und ihr Medienangebot kennen: Bekannte Kinderbuchfiguren sind zwischen den Regalen versteckt und müssen in einer Art Rallye gesucht werden. Die Größeren erkunden die Bücherei als unbekannte

Dschungel-Pirateninsel. Erweitert wurde das Angebot um eine »Märchen-Führung« und eine Bibliotheksführung für Vorschulkindergruppen. Danach erhalten auch diese Kinder mit Zustimmung der Eltern einen eigenen Büchereiausweis.

Der Erfolg gibt den Stadtbüchereien recht: Die Ausleihe an Kinder- und Jugendbüchern ist innerhalb von einem Jahr um 10 Prozent gestiegen. Allein im ersten Halbjahr 2002 sind insgesamt 97 Bücherkisten ausgeliehen und 42 Klassenführungen durchgeführt worden. Das bedeutet, dass jede 4. Grundschulklasse eine Bücherei besucht hat. An den Vorlesestunden für Vorschulkinder haben innerhalb von einem knappen halben Jahr 560 Kinder teilgenommen, und auch die Nachfrage nach allen an-

deren Angeboten der Arnberger Büchereien ist stetig steigend. Dies ist zum einen auf die Anschaffung zeitgemäßer Erzählungen und Sachbücher für Vorschulkinder sowie Kinder und Jugendliche von sechs bis sechzehn Jahren zurückzuführen. Zum anderen hat die begonnene neue und attraktivere Präsentation der Bücher in Themenbereichen zu dem großen Erfolg beigetragen.

Begleitet wurde das Projekt durch Informationsbroschüren und Presse-Berichterstattung – hierdurch und durch die gezielte Zusammenarbeit mit den Schulen haben die drei Arnberger Stadtbüchereien sehr an Bekanntheit und Ansehen bei Schülern, Lehrern sowie Eltern und Kindern gewonnen. ■

Ziele

- ▶ Leseförderung und Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen

Vorgehensweise

- ▶ Konzeptentwicklung zur engeren Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken
- ▶ Durchführung von Vorlesestunden und Klassen- und Gruppenführungen
- ▶ Zusammenstellung von Bücherkisten für den Grundschulunterricht

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Kindergärten, Stadtbibliothek

Perspektiven

- ▶ Klassenführungen für die Sekundarstufen

Kontakt

📍 **Sigrid Engler**
 Stadtbücherei Neheim
 ☎ 0 29 32 . 2 96 80
 📧 buecherei.neheim@arnsberg.de

Unterstützung von besonders begabten Schülern



»Mein Sohn hat keine Freunde und ist fast immer allein. In der Schule gilt er als Außenseiter, und weil er sich ständig langweilt, passt er nicht auf und muss das Schuljahr wiederholen ...«. So oder ähnlich klingen die Hilferufe von Eltern hochbegabter Kinder – Verzweiflung und Ratlosigkeit spiegeln sich darin wider. Denn überdurchschnittliche Intelligenz grenzt Kinder und Jugendliche zunächst einmal aus: Oft werden ihre besonderen Begabungen nicht erkannt, sie werden ständig unterfordert und kommen mit ihren Mitschülern nicht zurecht. Selten stoßen die betroffenen Kinder und ihre Eltern auf Verständnis, vielfach gelten sie sogar als arrogant und überheblich.

In der Stadt Arnsberg haben alle städtischen Gymnasien die Förderung von besonders begabten Kindern und Jugendlichen in ihre Schulprogrammarbeit aufgenommen. Das Konzept besteht aus mehreren Angebotsbausteinen, die von den einzelnen Schulen mit unterschiedlicher Gewichtung umgesetzt werden:

Fachprofilklassen

Leistungsstärkere Schüler haben die Möglichkeit, in Fachprofilklassen eine vertiefte sprachlich oder mathematisch-naturwissenschaftlich orientierte gymnasiale Ausbildung zu durchlaufen.

Arbeitsgemeinschaften

Es werden anspruchsvolle außerunterrichtliche Arbeitsgemeinschaften in den Bereichen Sprache, Naturwissenschaften und Informatik angeboten, in denen das Wissen dem Leistungsniveau der Teilnehmer entsprechend vermittelt wird.

Förderung von individuellem vertieftem Lernen

Besonders begabte Schüler können den planmäßigen Unterricht verlassen, um in dieser Zeit selbstständig und vertieft in selbst gewählten Projekten zu lernen. Dieses sogenannte »Drehtürmodell« wird in enger Absprache zwischen Fachlehrern, Schülern und Eltern praktiziert, da die regulären Unterrichtsinhalte ggfs. nachgearbeitet werden müssen. Die Schulen stellen hierfür Räume mit besonderer Ausstattung als »Selbstlernzentren« zur Verfügung.



Schulzeitverkürzung

Leistungsstärkere Schüler mit einem in der Regel guten Notendurchschnitt haben die Möglichkeit, die Jahrgangsstufe II zu überspringen und somit die Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen oder alternativ das gewonnene Jahr im Ausland zu verbringen. Zur Vorbereitung wird in der Klasse 10 eine »Springergruppe« gebildet, der in regelmäßigem Zusatzunterricht wichtige Methoden und Inhalte aus verschiedenen Lernbereichen der Jahrgangsstufe II vermittelt wird.

»Werkstatt ohne Widerstand – WoW«

Im Rahmen der »Werkstatt ohne Widerstand – WoW« bietet der Internationale Bund e. V. in Arnsberg eine außerschulische Fördermöglichkeit für Jugendliche und Kinder mit besonderen Begabungen an. Dazu hat der Internationale Bund Fördermittel in Höhe von 86.000 Euro bereit gestellt. Die Kinder und Jugendlichen erhalten in einem fortlaufenden Kursprogramm in Kleingruppen eine Förderung ihrer individuellen Begabungen, soziale und emotionale Fähigkeiten werden gestärkt, Kreativität wird gefördert und Ausgleich durch Bewegung angeboten. Derzeit finden sechs Kurse mit jeweils 5–6 Teilnehmern von vier bis 16 Jahren statt. Das Kursangebot umfasst die sprachliche und kognitive Förderung, Musik-Theater-Tanz, Naturwissenschaften

und Technik sowie verschiedene Gruppen, die sich mit zwei- und dreidimensionaler Kunst beschäftigen. Für die Zukunft sind Sprachkurse und EDV-Angebote geplant, die sich nach den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen richten.

Die Zusammenarbeit und der Austausch mit Eltern, Schulen und Kindergärten ist wichtiger Bestandteil der Arbeit in der Werkstatt ohne Widerstand. Aus diesem Grund veranstaltet der Internationale Bund ein Fachforum, in dem Aufbau und Entwicklung der Werkstatt dokumentiert werden und zu verschiedenen Themen referiert, informiert und diskutiert wird.

Die Stadt Arnsberg unterstützt ihre Schulen dabei, eine frühzeitig einsetzende zusätzliche Förderung von besonders Begabten zu ermöglichen. Sie ebnet Eltern den Weg, ihre Kinder zu fördern, und schafft ein ortnahe Beratungs- und Diagnostikangebot. Seit Sommer 2002 ist in Kooperation mit einem Fürsorgeträger eine halbe Psychologenstelle eingerichtet worden. Inhalt der Arbeit ist insbesondere die Schulung von Erzieherinnen an Tageseinrichtungen mit dem Programm »Hören, Lauschen, Lernen« zur Früherkennung und Bearbeitung von Verhaltensauffälligkeiten. Darüber hinaus werden Standards zur Erkennung von drohender seelischer Behinderung als Folge von nicht anerkannter Begabung entwickelt. Hier finden Eltern,

Kinder, Erzieherinnen und Lehrer kompetente Beratung bei besonderer Begabung, Teilleistungsstörungen und den daraus resultierenden Fragestellungen und Problemen – damit eine unerkannte Hochbegabung nicht zu einem Fall für die Jugendhilfe wird. ■

Ziele

- Förderung von besonders Begabten / Hochbegabten

Vorgehensweise

- Informationsveranstaltungen für Schüler, Eltern, Lehrer und Kindertageseinrichtungen
- Entwicklung der Konzeptbausteine in einer Arbeitsgruppe
- Einrichtung von Selbstlernzentren und Schaffung von Freiräumen für eigenverantwortliches Lernen durch das »Drehtürmodell«
- Außerunterrichtliche Arbeitsgemeinschaften
- Einrichtung einer »Werkstatt ohne Widerstand«
- Beratungs- und Diagnostikangebot

Partner von Schulen und

Verwaltung

- Schulaufsicht, Schulpsychologische Beratungsstelle, Internationaler Bund, VHS


Perspektiven

- Sukzessiver Ausbau der Selbstlernzentren

Kontakt

Beate Höllmann

Regionales Bildungsbüro
der Stadt Arnsberg

 0 29 32. 2 01-15 81

 bildungsbuero@arnsberg.de

Kultur – Ein Baustein der Bildung

Kulturell-ästhetische Bildung wirkt sich positiv auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus. Im Mindener Kulturentwicklungsplan haben deshalb verschiedene kommunale Träger die Kinder- und Jugendkultur als einen besonderen Arbeitsschwerpunkt definiert und ihn in den Kontext eines komplexen Systems schulischer und außerschulischer Bildung gestellt. Folgerichtig hat sich im Bildungsnetz Minden eine Themenkonferenz Kultur etabliert, die die aktuelle Angebotsstruktur analysiert und darüber hinaus innovative Ideen neu und weiter entwickelt hat. Drei Beispiele zeigen die Vielfalt und die Qualität der kommunalen Arbeitsansätze.

Mindener Museum für Geschichte, Landes- und Volkskunde

Die pädagogische Abteilung des Mindener Museums, die ursprünglich eher unspezifisch auf ein breites Publikum ausgerichtet war, wurde deutlich stärker auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche ausgerichtet. Es ist gelungen, die in der Regel an den jeweiligen Lehrplänen orientierte Bedarfslage der Schulen in neue Projektzusammenhänge und damit auch in die Angebotsstruktur des Museums zu integrieren. Zwei Projektbeispiele dokumentieren diese Entwicklung:

Die »Schülerkunst im Museum« bietet Kunstklassen und -kursen regelmäßig ein Forum, eigene Arbeiten in einer professionellen Ambiente zu präsentieren. Die Museumspädagogen bieten zunächst bei Besuchen in den Schulen Einführungen in professionelles Ausstellungsmanagement an. Ausgestattet mit dem theoretischen Know-how, realisieren die Schüler im Museum ihr eigenes Projekt und durchlaufen den gesamten musealen Umsetzungsprozess. Die bislang realisierten Aus-

stellungen mit Schülerkunst sind überaus positiv angenommen und rezipiert worden. Ausstellungseröffnungen mit teilweise über 100 Besuchern und Schulklassen, die sich auch für den eigenen Kunstunterricht inspirieren ließen, zeigen, dass Museum und Schulen hier einen zukunftsfähigen gemeinsamen Weg beschritten haben.

Das Ziel, den Zugang zur traditionellen Kulturinstitution Museum zu erleichtern und eine effektive und systematische Nutzung und Einbeziehung des Museums in den jeweiligen Fachunterricht zu ermöglichen, verfolgt das Mindener Museum auch mit dem Projekt »Das Frühstück des Händlers«. Hier steht nicht der Kunst-, sondern der Geschichtsunterricht im Mittelpunkt. Es geht um die gemeinsame Entwicklung von Unterrichtsbausteinen für die Jahrgangsstufe 7 zu den Themen »Museum und Mittelalter« und »Frühe Neuzeit«. Das Projekt umfasst drei Phasen: Am Anfang steht der Unterrichtsbesuch der Museumspädagogin, die anhand von unterschiedlichen Exponaten die Institution Museum und

deren spezifische Aufgaben und Arbeitsweisen vorstellt. Diesem »Expertenbesuch« in der Schule folgt der Besuch der Schüler im Museum, wobei Themenbausteine zum Mittelalter und zur Frühen Neuzeit bearbeitet werden. Am Ende steht »Das Frühstück des Händlers«, ein historisches Spiel, bei dem eine Zeitreise in das Jahr 1600 unternommen wird und alltägliche Haushaltsarbeiten erledigt werden. Das Projekt hat dazu beigetragen, die Grenzen und Möglichkeiten der jeweiligen Partnerinstitution auszuloten, Vorbehalte abzubauen und Motivation für die Arbeit zu gewinnen.





Stadttheater Minden

Auch das Stadttheater Minden hat sein Interesse auf den Kinder- und Jugendbereich gelenkt und daran gearbeitet, jungen Menschen das »Medium« Theater zu erschließen. Damit wird ihnen der Zugang zu der traditionellen Bildungs- und Unterhaltungsinstitution und wesentlichen Vermittlungseinrichtung für kulturelle Bildung eröffnet. Ausgehend von der Idee, dass über die Schulen alle Jugendlichen erreicht werden können, wurde das Projekt gemeinsam mit den weiterführenden Schulen gestartet. »Theaterpaten« in der Lehrerschaft wirken vor Ort als Mittler zwischen Theater und Jugendlichen. Um kompetent informieren zu können, werden die Paten vor Beginn der Spielzeit über das komplette Programm umfassend in Kenntnis gesetzt. Begleitet wird das Projekt von einer Plakatserie, die das Programm altersgemäß umsetzt. Im Hinblick auf das Freizeitverhalten und das Budget der Jugendlichen gibt es weitere Neuerungen, wie ein Theaterticket zum halben Preis. Darüber hinaus wurde ein Wahlabonnement kreiert, das nach individuellen Wünschen zusammengestellt werden kann. Gleichzeitig sind spontane Theaterbesuche nicht nur möglich, sondern besonders attraktiv: Das Last-Minute-Ticket kostet eine Viertelstunde vor Veranstaltungsbeginn weniger als vier Euro. Das Projekt ist im Stadttheater erfolgreich angelaufen. Eine von den Theaterpaten an den Schulen durchgeführte Zufriedenheitsbefragung hat unter den Schülern hohe Bekanntheits- und Akzeptanzwerte ergeben.

Volkshochschule

Die Volkshochschule Minden ist die erste Weiterbildungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen, die ein eigenes Programm für Kinder und Jugendliche herausgegeben hat. Die VHS bietet im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe »Junge VHS« zahlreiche Kurse speziell für ein junges Publikum an. Die Angebote zielen auf eine intensive und vielseitige Förderung von Kindern und Jugendlichen in differenzierten Angebotsbereichen. Das Rahmenprogramm umfasst fast alle Sachgebiete von Literatur, Kunst über Sprachen bis hin zum EDV-Bereich. Die gleich bleibend hohe Nachfrage hat gezeigt, dass die Öffnung der Volkshochschule für ein junges Publikum eine richtige Entscheidung war. Was bislang nur den Erwachsenen in der Volkshochschule vorbehalten war, ist jetzt auch für Kinder und Jugendliche zur Selbstverständlichkeit geworden. Pro Jahr nehmen mehr als 800 junge Menschen regelmäßig an den Kursen der »Jungen VHS« teil, und weit über 3000 Kinder besuchen deren Theaterveranstaltungen.

Durch das Bildungsnetz Minden ist das kulturelle Leben in der Stadt für Kinder und Jugendliche transparenter und reicher geworden. Bereits bestehende Ansätze, wie z. B. die »Junge VHS«, haben Bestätigung gefunden und wurden weiterentwickelt. Schulen und Institutionen sind aufeinander zu gegangen und haben außerschulische Kulturarbeit mit ihren vielfältigen Ansätzen und Ausdrucksformen sinnvoll in die Ar-

Ziele

- ▶ Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kultureinrichtungen ermöglichen und Hemmschwellen abbauen

Vorgehensweise

- ▶ Vernetzung von Schule und kulturellen Institutionen
- ▶ Ausbau der Museumspädagogik, Projektarbeit
- ▶ Intensivierung der Zusammenarbeit von Schulen und Theater
- ▶ Entwicklung von speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche im Rahmen der »Jungen VHS«

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Stadtbibliothek, Mindener Museum, städtische Musikschule, Stadttheater, Kommunalarchiv, Kulturzentrum BÜZ, Volkshochschule

Perspektiven

- ▶ Evaluation der Projekte zur Weiterentwicklung der Angebote
- ▶ Durchführung regelmäßiger »Planungskonferenzen« im Bereich der außerschulischen Jugendkultur, um Synergien zu schöpfen und Ressourcen zu bündeln

Kontakt

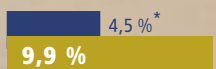
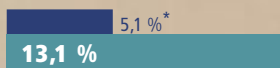
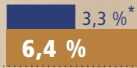
- ▶ **Dr. Ulrike Faber-Hermann**
Stadt Minden, Kulturbüro
- ▶ 05 71 8 97 33
- ▶ u.faber-hermann@minden.de

beits- und Lernansätze der Schulen eingefügt. Das kulturelle Netzwerk ist engmaschiger geworden: Die themen- und zielgruppenorientierte Vernetzung mit Schulen, Kulturinstituten, Vereinen und sonstigen Partnern ist deutlich verbessert worden. So konnten wichtige kommunale Institutionen und freie Träger erstmals in Projekten zusammengeführt und Partnerschaften nachhaltig begründet werden. ■

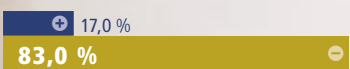
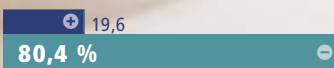
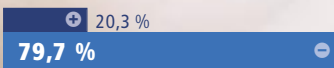
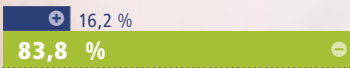
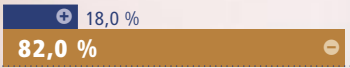


ziel 3

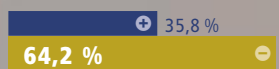
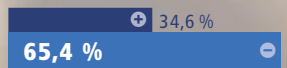
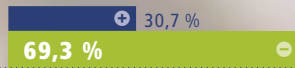
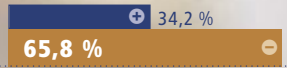
Förder-, Beratungs- und Betreuungsangebote entwickeln und ausbauen



Sozialhilfe-Quote 31. 12. 1999
Insgesamt* | unter 18-Jährige



Zufriedenheit der Schüler mit der Beratung an
Schulen bei persönlichen Problemen
Zufrieden + | Nicht zufrieden -



Zufriedenheit mit dem Umgang
der Schüler untereinander
Zufrieden + | Nicht zufrieden -

Kinder und Jugendliche begleiten

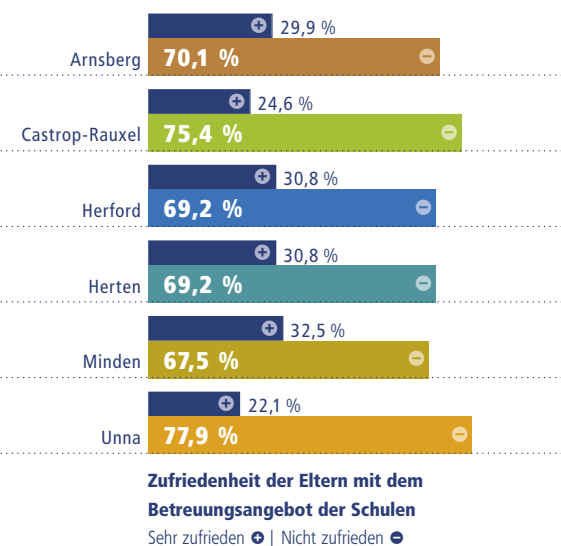
Junge Menschen wachsen heute deutlich anders auf als noch vor 20 oder 30 Jahren. Die Ursachen hierfür liegen in rasanten gesellschaftlichen Änderungen: von der Auflösung traditioneller Familienstrukturen über eine neue multi-kulturelle Vielfalt bis hin zur wachsenden Informationstechnologie. Was für die einen Chancen bietet, wirkt sich für andere oft nachteilig aus.

Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse bieten Kindern und Jugendlichen neue und vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten. Viele profitieren von einem hohen Lebensstandard und einem eher partnerschaftlichen Verhältnis zu den Eltern, nutzen eigenverantwortlich moderne Wissenszugänge und neue Möglichkeiten, z. B. im Freizeitbereich.

Die geänderten Bedingungen des Aufwachsens wirken sich jedoch für viele Kinder auch belastend aus: Sie leiden unter der fehlenden häuslichen Unterstützung durch die Berufstätigkeit beider Elternteile oder unter deren Scheidung. Alltagshektik und mangelndes Interesse verhindern die Vermittlung von Werten – dabei sind Zuwendung und Orientierung unerlässlich für die Entwicklung einer ausgeglichenen und eigenständigen Persönlichkeit. Statt

dessen verbringen Kinder und Jugendliche oft viele Stunden vor dem Fernseher oder mit Computerspielen. In den Städten fehlen Platz zum Spielen oder geeignete Treffpunkte. Dazu kommt die Gefahr von Verkehrsunfällen, die sie an der selbstständigen Erkundung und »Eroberung« des eigenen Lebensumfeldes hindert. Auch in der Schule hat sich einiges verändert. Die Klassen und Vorschulgruppen sind heute anders zusammengesetzt als früher: Es gibt einen erheblich höheren Anteil von Kindern ausländischer Eltern oder Aussiedlern mit zum Teil großen Sprachproblemen und unterschiedlichen Sozialerfahrungen.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Notwendigkeit individueller Unterstützung zu, um Benachteiligungen abzubauen und Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialkompetenz zu stärken. Insbesondere in einer pluralen Gesellschaft wird die friedfertige Lösung von Konflikten immer wichtiger, und nur stabile und selbstbewusste Persönlichkeiten können anderen mit Verständnis und Toleranz begegnen. Genau hier setzt die Stadt Castrop-Rauxel einen Schwerpunkt und unterstützt in zwei Projekten ein friedliches und soziales Zusammenleben. Defizite im Konfliktverhalten von Schülern werden hier aufgegriffen und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit stabilisiert, um sie zu einer eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Zukunft zu motivieren und zu befähigen. Spezifische Beratungsangebote geben Hertener Schülern Orientierung. An einem Ausgleich sozialer Benachteiligungen arbeitet das Herforder Projekt »Früh übt sich«, und gerade die Vielfalt ihres Einzugsgebietes hat eine Grundschule in Minden als Chance gewertet und ein besonderes reformpädagogisches Konzept entwickelt. Ein Beispiel aus Unna zeigt, dass Betreuungsangebote und die Schaffung neuer Lernmöglichkeiten sinnvoll miteinander verbunden werden können. ■



Das Internet-Café

Womit möchten sich Kinder und Jugendliche nach dem Unterricht in der Schule beschäftigen? Welche Freizeitangebote sind attraktiv? Und wer möchte Hilfe bei den Hausaufgaben? Fragen, die in Unna erstmals den Schülern selbst gestellt wurden. Ein Ergebnis war: Computer und Internet sind die klaren Favoriten, wenn es um die Freizeitgestaltung in der Schule nach Unterrichtsschluss geht.

Schüler-Bedürfnisse erkennen und umsetzen

Ob sich Kinder an ihrer Schule wohlfühlen, hängt in entscheidender Weise von ansprechenden Freizeit- und Pausenangeboten ab. Um diese bedarfsgerecht zu planen und das Schulprogramm der sechs teilnehmenden Schulen sinnvoll weiterzuentwickeln, startete die Projektgruppe »Schule und Schule« eine großangelegte Umfrage. Mehr als 2.000 Schüler zwischen sechs und 17 Jahren an Unnas Primar- und Sekundarschulen wurden um ihre Meinung gebeten. Danach wünscht sich jedes fünfte Grundschulkind ein warmes Mittagessen und eine Hausaufgabenbetreuung.

An den weiterführenden Schulen steht noch vor »Kletterwand« und »Inline-Skating« sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen die selbstbestimmte Nutzung der neuen Medien auf Platz eins der Freizeitwünsche.

Die einzelnen Schulen erhielten eine detaillierte Auswertung der Angaben ihrer Schüler als Anregung für ihre Schulentwicklungsarbeit. Wie diese Ergebnisse genutzt und Konsequenzen daraus gezogen wurden, zeigt das Beispiel der Peter-Weiss-Gesamtschule. Hier wurde binnen eines

Jahres von einer Gruppe aus Schülern und Lehrern ein Internet-Café eingerichtet. Der Computerraum ist täglich für die Schüler geöffnet und wird von einer Sozialpädagogin und einer Fachkraft für Informatik betreut. In der Mittagsfreizeit können die Schüler dort unter Anleitung Texte erstellen und E-Mails versenden, surfen und chatten, eine eigene Website erstellen, programmieren und Internet-Recherchen durchführen. Das angegliederte Café dient als Treffpunkt, um Tee zu trinken oder Zeitungen zu lesen. Um die Zugangsberechtigung zum Café zu erhalten, müssen die Schüler einen Internet-Führerschein erwerben. Die Qualifikation erreichen sie nach 4–6 Übungsstunden über ein Lern- und Prüfungsprogramm auf der Homepage der Peter-Weiss-Gesamtschule.

Das Internet-Café wird seit seiner Öffnung intensiv genutzt: In der Mittagszeit sind alle Arbeitsplätze besetzt, und 240 Kinder und Jugendliche haben bislang den Internet-Führerschein erworben. Bis zum 13. Lebensjahr nutzen Jungen und Mädchen etwa zu gleichen Teilen das Angebot – da-

nach treffen sich eher Schülerinnen in dem Internet-Café, um vorwiegend mit anderen Internet-Usern zu kommunizieren. Langsam, aber stetig nimmt der Nutzungsanteil im Bereich Internet-Recherchen zu, womit eine Rückbindung an den Fachunterricht hergestellt wird. Leerlauf in der Mittagszeit wird so pädagogisch sinnvoll genutzt, denn über die Einrichtung des Cafés hat eine beträchtliche Zahl von Schülern auf außerunterrichtliche und spielerische Weise eine Grundqualifikation im Umgang mit Computer und Internet erhalten, die sich laufend weiterentwickeln kann. ■

Ziele

- ▶ Entwicklung pädagogisch sinnvoller Freizeit- und Betreuungsangebote, die den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entsprechen

Vorgehensweise

- ▶ Bildung der Arbeitsgruppe »Schule und Schule«
- ▶ Entwicklung eines Befragungskonzeptes
- ▶ Erhebung der Bedürfnisse der Schüler in einer breit angelegten Umfrage
- ▶ Detaillierte Auswertung für die einzelnen Schulen
- ▶ Umsetzung einzelner Maßnahmen, z. B. Einrichtung eines Internet-Cafés

Erfolgsfaktoren

- ▶ Um die Arbeit der Projektgruppe zu erleichtern, fand eine numerische Auswertung der Fragebögen an den Schulen selbst statt

Kontakt

- ▶ **Uwe Ries**
Schulleiter
Peter-Weiss-Gesamtschule
- ▶ 0 23 03 . 25 45 10
- ▶ uwe.ries@cityweb.de
- ▶ www.pwg-unna.de



»Besser miteinander«

Regeln erstellen und einhalten, Selbstvertrauen entwickeln, zuhören können und Konflikte austragen – das sind Fähigkeiten und Eigenschaften, die schwerpunktmäßig im Elternhaus vermittelt werden sollten. Doch immer häufiger sind Schulen gefragt, wenn es um die Erziehung der Schüler geht.

Schüler in ihrer sozialen Kompetenz stärken

Immer mehr Kinder und Jugendliche müssen mit hohem finanziellem Aufwand von Bereichen der Jugendförderung betreut werden. Gerade hier ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Schule und Jugendhilfe erforderlich. Dies ist gleichzeitig die Basis für erfolgreiche Maßnahmen. Ein Arbeitskreis, zusammengesetzt aus Lehrern der weiterführenden Schulen, Vertretern der Jugendhilfe sowie der Polizei und des Gesundheitsamtes, erarbeitete ein gemeinsames Konzept für auffällige Schüler der Klassen 5 und 6.

Je ein Sozialarbeiter und ein Lehrer pro Schule bilden ein Team. Schulmüde Jugendliche, Schulverweigerer und Kinder, die durch aggressives Verhalten auffallen, werden von den Klassenlehrern benannt und einmal pro Woche für rund zwei Stunden in Form von Arbeitsgemeinschaften zusammen mit etwa 10 Schülern gefördert. Dies geschieht im Rahmen der »normalen« AG-Angebote der Schulen, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht zu stigmatisieren. Die Gruppen arbeiten orientiert an erlebnispädagogischen Ansätzen: Bei Sport und Spiel, Gesprächen, Aktionen und mit Hilfe von Entspannungs- und Stressbewältigungstechniken lernen die Kinder mit ihren Aggressionen besser umzugehen – sie »festzuhalten, ohne gleich hoch zu gehen«. Eigene Stärken und Fähigkeiten werden erkannt und gefördert, Vertrauen und das Zulassen von körperlicher Nähe geschult.

Das selbstständige Treffen von Entscheidungen, kooperative Zusammenarbeit und gewaltfreie Konfliktbewältigung stehen im Zentrum des Trainings.

Die Teilnahme an diesen Arbeitsgruppen ist keinesfalls freiwillig – die Eltern müssen dafür Sorge tragen, dass ihre Kinder pünktlich erscheinen und sich schriftlich zur Unterstützung der Arbeit verpflichten.

In der Pilotphase haben 30 Schüler an diesem Projekt teilgenommen. Die Rückmeldungen durch die Fach- und Klassenlehrer zeigen spürbare Erfolge. Danach hat sich das Verhalten einzelner Schüler deutlich verbessert, und alle Beteiligten stimmen überein: »Das Projekt soll fortgesetzt und ausgedehnt werden!« Mittlerweile arbeiten sechs Schulen nach dem entwickelten Konzept. Von dem rechtzeitigen Eingreifen und dem Versuch, intensiv auf negative Verhal-

tensweisen von Schülern einzugehen, versprechen sich die Pädagogen auf lange Sicht sehr viel: positive Auswirkungen auf die Schullaufbahn auffälliger Schüler und eine umfassende Stärkung der Sozialkompetenz. Ein weiterer Erfolg des Projekts zeigt sich in der engen Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Hier wurden viele alte Vorurteile überwunden, und die Erfahrungen aus der Kooperation in diesem Projekt wirken sich auch auf die weitere Arbeit aus.

Es ist für Schulen selbstverständlicher geworden, die Jugendhilfe zu kontaktieren. Und auch für die Verwaltung ist der Zugang zu den Schulen deutlich leichter geworden. Dieser gegenseitige Öffnungsprozess wird durch gemeinsame Fortbildung von Lehrern und Mitarbeitern des Jugendamtes weiter vertieft. ■

Ziele

- ▶ Abbau des Aggressionspotenzials bei Schülern und Stärkung ihres Selbstwertgefühls
- ▶ Förderung der Kommunikationsfähigkeit

Vorgehensweise

- ▶ Bildung eines Arbeitskreises zur Kooperation und Vernetzung von Schule und Jugendhilfe
- ▶ Erarbeitung eines Konzeptes für die Klassen 5 und 6
- ▶ Durchführung der Maßnahmen in Teams von je einem Sozialarbeiter der Stadt Castrop-Rauxel und einem Lehrer pro Schule
- ▶ Einrichtung von Arbeitsgruppen à 10 Schülern

- ▶ Erlebnispädagogische Angebote, Entspannungs- und Stressbewältigungstechniken

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Offene Jugendarbeit in den Jugendzentren, Polizei, Gesundheitsamt

Perspektiven

- ▶ Ausbau der Arbeit durch Einbeziehung weiterer Schulen
- ▶ Intensivierung des Erfahrungsaustausches
- ▶ Einbeziehung der Angebote außerschulischer Partner und der Klassen 7–10
- ▶ Fortbildungsmaßnahmen und Einbeziehung der Eltern

Erfolgsfaktoren

- ▶ Eine sinnvolle, aufeinander bezogene Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss wachsen und braucht Zeit

Kontakt

- 📍 **Martin Damberg**
Schulleiter Schillerschule
☎ 0 23 05 . 44 04 69
✉ hs_schiller_cr@surfeu.de
- 📍 **Volker Hilgenstock**
Stadt Castrop-Rauxel
Bereichsleiter Jugendhilfe
☎ 0 23 05 . 1 06-25 25
✉ jugendhilfe@castrop-rauxel.de

Sozialarbeit an Schulen

»Raus aus dem Rathaus, rein in die Schulen« – unter diesem Motto wurde in Herten eine Kooperation zwischen fast allen Schulen und der Jugendhilfe geschaffen, die Kindern, Eltern und Lehrern in schwierigen Situationen zuverlässige und kompetente Ansprechpartner bietet. Im Rahmen von festen Sprechstunden gehen die Bezirkssozialarbeiter in die Schulen, wirken präventiv und entwickeln Sozialarbeit so weg von der Funktion der »Feuerwehr« hin zu einem verlässlichen Kooperationspartner im Vorfeld oder der Frühphase erzieherischer Defizite.



Sozialarbeit an Grundschulen und weiterführenden Schulen ist eine sinnvolle Form präventiver Arbeit. Frühzeitiges Erkennen von Problemen und zeitnahe adäquate Hilfestellungen verhindern in aller Regel längerfristige Folgen für die Kinder und Jugendlichen, die z. B. durch gravierende schulische Leistungseinbrüche entstehen können.

Zoff zwischen den Schülern oder Ärger mit den Lehrern, Probleme im Elternhaus von »Stubenarrest« bis hin zu Gewalt und Vernachlässigung – es gibt (fast) nichts, mit dem sich die Sozialarbeiter in ihren Sprechstunden nicht beschäftigen. Dabei gab es anfangs große »Schwellenängste« bei den Kindern, und das im wahrsten Wortsinne. »Insbesondere die Jungen standen vor der Tür und trauten sich nicht rein«, so beschreibt Bereichsleiter Heinzjürgen Ertmer, der selbst intensiv eine Schule für Lernbehinderte betreut, die ersten Erfahrungen.

Um diese Ängste abzubauen und auch, um alle Kinder kennen zu lernen, stellten sich die Sozialarbeiter in den einzelnen Klassen vor. Langsam sprach sich herum, »dass die Leute vom Jugendamt eigentlich ganz in Ordnung sind«, und auch die Zusage, dass die Gespräche auf Wunsch vertraulich bleiben, hat dazu beigetragen, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. »Dabei erwarten die Kinder keine Wunder«, so Ertmer, »oft suchen sie einfach nur einen Ort zum Reden, einen Ort, an dem sie mit ihren

Problemen ernst genommen werden.« Doch es gibt auch konkrete Hilfen: So hat der Bereichsleiter beispielsweise mit mehreren Mädchen Strategien entwickelt und Verhaltensmuster trainiert, mit denen sie nicht länger Opfer von häuslicher Gewalt werden. »Schlagen ist verboten« – nicht nur zu Hause, sondern auch in der Schule. Solche und andere Regeln für den Umgang miteinander wurden entwickelt und umgesetzt. Oft nehmen die Sozialarbeiter eine Mittlerfunktion ein: Wenn Kinder zusammen mit ihren Eltern in die Sprechstunde kommen, weil es Ärger mit einem Lehrer gibt. Oder wenn im Gespräch mit dem Klassenlehrer vielleicht doch das Abschicken eines »Blauen Briefes« verhindert wird, weil das Kind so große Angst vor der Reaktion der Eltern hat.

Mittlerweile sind die Sprechstunden in allen Grund-, Haupt- und Realschulen fest installiert und werden gut angenommen. Die Nähe zu den Kindern sowie der Einblick in ihr Lebensumfeld und ihre Probleme haben sich zu einem Frühwarnsystem entwickelt: Der Zugang zu problembelasteten Familien wird viel früher möglich als sonst üblich. Und mehr Familien als früher vertrauen ihre Probleme den Fachleuten an. Die so geleistete Hilfe ist niederschwellig, kostengünstig und nachhaltig. Gleichzeitig baut sie einige der bestehenden Vorurteile zwischen Schule und Jugendhilfe ab. ■

Ziele

- ▶ Verbesserung der Hilfe für Kinder, Eltern und Lehrer durch zuverlässige, kompetente und frühzeitige Beratung

Vorgehensweise

- ▶ Kooperation zwischen Schule und Bezirkssozialarbeit
- ▶ Sprechstunden in der Schule, um als Ansprechpartner für Kinder, Lehrer und Eltern zur Verfügung zu stehen
- ▶ Zusätzliche Sprechstunden an Elternsprechtagen
- ▶ Teilnahme an Lehrerkonferenzen

Perspektiven

- ▶ Etablierung des Projektes als Standardangebot

Erfolgsfaktoren

- ▶ Bei Jungen ist es schwieriger, Vertrauen zu gewinnen
- ▶ Oft bestehen Vorurteile zwischen Schule und Jugendhilfe, die im Laufe des Projektes allerdings abgebaut werden konnten
- ▶ Jugendhilfe versteckt sich oft noch hinter datenschutzrechtlichen Bestimmungen

Kontakt

- 📍 **Heinzjürgen Ertmer**
Stadt Herten
Bereichsleiter Hilfen zur Erziehung
- ☎ 0 23 66 . 3 03-4 44
- ✉ hj.ertmer@herten.de

Mit Motivation zum Erfolg

An der Franz-Hillebrand-Hauptschule in Castrop-Rauxel ist der Anteil von Schülern mit gravierenden Schulproblemen in den 6. und 7. Schuljahren relativ hoch – so das Ergebnis einer Analyse. Diese Kinder wachsen fast durchgängig unter schwierigen familiären Bedingungen auf, dazu kommen permanente Misserfolgsereignisse, wiederholtes »sitzen bleiben«, Verlust gewachsener Klassenbeziehungen und zum Teil aggressives Verhalten. Für diese Schüler wurde eine Förderklasse eingerichtet – als Chance, den Teufelskreis von Resignation und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen.

Die Förderklasse

Die Förderklasse will vor allem eines: Sie will motivieren! Durch die Übersichtlichkeit der Klasse von etwa zehn Schülern, des Lehrerteams und der Unterrichtsinhalte wird Sicherheit geschaffen. Der stark handlungsorientierte Unterricht ermöglicht Erfolgserlebnisse – hier geht es vor allem darum, Selbstwertgefühl zu entwickeln und zu stärken. Neben vier »normalen« Schultagen verbringt diese Klasse einen Tag pro Woche im Werkstattbereich der örtlichen Volkshochschule und arbeitet unter Anleitung der jeweiligen Leiter in den Bereichen »Holz«, »Metall«, »Garten« und »Hauswirtschaft«. In der Förderklasse werden grundlegende Defizite aufgearbeitet. Dazu gehören vor allem Basisqualifikationen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, soziale Kompetenz, aber

auch fachliche Defizite – vor allem in den Hauptfächern. So wird eine veränderte Einstellung auch zur Arbeit in der Schule erreicht. Begleitet wird das Projekt von einer Sozialarbeiterin, die bei der Erstellung des Konzeptes und bei der Planung und Durchführung des Unterrichtes mitarbeitet. Sie ist der Klasse mit 10 Stunden pro Woche zugeteilt und wird unterstützt von einem Theaterpädagogen.

Ein praktisches Ergebnis der Zusammenarbeit mit der VHS ist die Innenhofgestaltung der Franz-Hillebrand-Hauptschule: Sträucher und Gestrüpp wurden zunächst von der »Gartengruppe« gerodet, die dann anhand eines Modells den Plan einer Neugestaltung entwarf. Die »Holzgruppe« erstellte Bänke und Tische, die »Metallgruppe« fertigte eine Sonnenuhr.

So wurde im Laufe eines Schuljahres aus einem unansehnlichen Innenhof ein attraktiver Bereich, der als Ruhezone vor allem in der Mittagsfreizeit genutzt wird. Dieses Beispiel zeigt, dass die Schüler durch praxisorientiertes Lernen ihr Selbstbewusstsein stärken können.

Doch wie wird sichergestellt, dass die Schüler diese Möglichkeit nutzen? Zum einen sind es die attraktiven Arbeitsformen und der überschaubare Klassenverband, die so manchen Schüler regelrecht »aufblühen« lassen und endlich wieder Erfolgserlebnisse ermöglichen. Zum anderen ist die Unterzeichnung eines Vertrages Bedingung für die Aufnahme in die Förderklasse. Darin verpflichten sich Schüler und Eltern, aktiv in dieser besonderen Klasse mitzuarbeiten. →





→ Die Teilnahme wirkt sich auch positiv aus, wenn es später um die mögliche Verlängerung der 10-jährigen Schulzeit geht. Denn die Förderklasse wird häufig von Schülern besucht, die bereits mehrmals »sitzen geblieben« sind. Bei diesen Schülern besteht die Gefahr, dass ihre Schulpflicht beendet ist, obwohl sie z. B. erst die achte Klasse besuchen. Nur durch einen Beschluss der Versetzungskonferenz hat dann der Jugendliche das Recht, weiterhin die Schule zu besuchen. Doch bei nicht günstiger Entwicklungsprognose wird der weitere Schulbesuch in der Regel abgelehnt – die Jugendlichen verlassen die Schule dann ohne Abschluss. Das erfolgreiche Durchlaufen der Förderklasse belegt dagegen die Motivation des Schülers, den Hauptschulabschluss nach der neunten Klasse zu erlangen und rechtfertigt einen weiteren Schulbesuch. Auch Schüler, die aufgrund von Überalterung den Abschluss an der Hauptschule nicht mehr erreichen können, werden unterstützt. Ihnen bietet die Förderklasse die Vorbereitung auf eine Externen-Prüfung.

Die Arbeit in der Förderklasse ist Pionierarbeit – auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern. Es handelt sich um eine Maßnahme, die früher ansetzt als die Förder-Konzeptionen anderer Hauptschulen: Dort wird in der Regel erst im 10. Schulbesuchsjahr in diesem Bereich gearbeitet.

Nach einem Jahr sollten die Schüler wieder eine Regelklasse besuchen – das kann im besten Fall die »alte«, sonst die nachfolgende Klasse sein. Nach dem ersten Projektjahr an der Franz-Hillebrand-Hauptschule gingen zahlreiche Schüler zurück in ihre Stammklasse oder besuchten die nachfolgende Regelklasse. Dass die Arbeit der Förderklasse Früchte trägt, zeigt auch das Beispiel einer Schülerin, die sich so positiv entwickelte, dass sie schon zum 2. Halbjahr in ihre Stammklasse zurück versetzt werden konnte. Anderen Schülern wurde der Gang zur Sonderschule erspart und auf diesem Wege der Schulabschluss ermöglicht. Die präventive Funktion steht im Vordergrund des Projektes und prägt die gesamte Arbeit. ■

Ziele

- ▶ Gezielte Förderung von Hauptschülern mit besonderen schulischen Problemen im 6. und 7. Schuljahr
- ▶ Reintegration in die Regelklassen

Vorgehensweise

- ▶ Einrichtung einer Förderklasse (9 – 12 Schüler)
- ▶ Handlungsorientierter Unterricht durch einen wöchentlichen Werkstatt-Tag
- ▶ Kleines Lehrerteam zur Gewährleistung persönlicher Kontinuität
- ▶ Unterstützung der Arbeit durch eine Sozialarbeiterin und einen Theaterpädagogen

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ VHS, Jugendzentrum »Trafo«, Griechische Gemeinde Castrop-Rauxel, Theaterpädagoge, Landesinstitut für Schule in Soest, Arbeitsamt, Schulaufsicht

Perspektiven

- ▶ Trotz aller Bemühungen können fehlendes Selbstwertgefühl und Orientierungslosigkeit nicht allein im Unterricht abgebaut werden. Deshalb werden weitere Unterstützungsangebote in Castrop-Rauxel im Zusammenspiel mit außerschulischen Partnern und unter Einbindung der Jugendhilfe entwickelt

Kontakt

📍 **Peter Brauckmann**

Franz-Hillebrand-Hauptschule

☎ 0 23 05 . 7 51 79

📞 0 23 05 . 8 07 23



»Früh übt sich«

Spätestens dann, wenn die Kinder eingeschult werden sollen, stellt sich bei der ärztlichen Untersuchung heraus: Viele Schulanfänger weisen erhebliche Defizite auf. Sie zeigen häufig bereits im Kindergartenalter Entwicklungsauffälligkeiten, die zu einem späteren sonderpädagogischen Förderbedarf führen können. An diese Kinder im Vorschulalter richtet sich das Projekt »Früh übt sich«. In Kooperation mit dem Kindergarten, dem Schulkindergarten und der aufnehmenden Grundschule wird der gelungene Start in das System Schule vorbereitet.

Für einen besseren Start in die Schule

An dem Projekt beteiligt sind der Kindergarten Schobeke, der Schulkindergarten Falkstraße und die benachbarte Grundschule. Zwei Sozialpädagogen, das Team von »Früh übt sich«, arbeiten an drei Vormittagen im Kindergarten und einmal wöchentlich im Schulkindergarten für je zwei Stunden. Dabei werden insgesamt rund 20 ausgewählte Kinder mit besonderen Problemen in Einzel- oder Kleingruppen in den erforderlichen Bereichen unterstützt. Im Vordergrund stehen die Förderung der sozialen Kompetenz, das Erleben von Erfolg und Anerkennung, Spielfähigkeit und sprachliche Förderung. Den Kindern, denen zu Hause oft die nötige Unterstützung fehlt, werden zur bewussteren Wahrnehmung ihrer Umwelt angeregt. Nach der Einschulung bleiben die Sozialpädagogen bei Bedarf Ansprechpartner für Kinder und Eltern und halten Kontakt zu den Grundschullehrern. Sie können so bei mancher Startschwierigkeit helfend eingreifen. Die Eltern werden von Anfang an in das Projekt einbezogen, um auch hier eine positive Sicht von Schule und notwendiger Unterstützung des Kindes zu entwickeln. Dabei wird versucht, die Eltern »für ihr Kind zu gewinnen«. Mit den Kleinen Bilderbücher anzuschauen, gemeinsam zu singen und mehr. Und auch klar zu machen, dass sie als Eltern

an erster Stelle für die positive Entwicklung des Kindes verantwortlich sind, dass Pausenbrote wichtig sind und Schule schwänzen nicht in Ordnung ist.

Nach der Einschulung der ersten Gruppe rücken kontinuierlich neue Kinder in die Einzel- oder Kleingruppenförderung nach.

Im Rahmen projektbegleitender Veranstaltungen wurde den Leitern mehrerer Grundschulen das Arbeitspapier »Optimale Einschulung« vorgestellt, das von der Präventionsstelle der Stadt Herford entwickelt wurde. Der Arbeitskreis »Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche« dieser städtischen Einrichtung arbeitet vermehrt zu den Themen Schulkindergärten und Einschulungsvoraussetzungen.

Die Präventionsstelle der Stadt Herford begleitet das Projekt in allen Phasen und koordiniert die Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen. Insbesondere wird das Projekt auch dokumentiert, um in Zukunft die Evaluation des Ansatzes zu ermöglichen.

Das Projekt verläuft erfolgreich und findet die erforderliche Akzeptanz bei den Familien und in den beteiligten Einrichtungen. Neben den sozialpädagogischen Fachkräften werden auch pädagogisch ausgebildete studentische Honorarkräfte mit in das Projekt einbezogen. Dadurch wurde es möglich, das Projekt mit guter fachlicher Qualität auszuweiten und in drei weiteren Kindertagesstätten anzubieten. ■

Ziele

- ▶ Förderung von benachteiligten Vorschulkindern zur Optimierung des Starts in die Grundschule

Vorgehensweise

- ▶ Einsatz von Sozialpädagogen im Vorschulbereich
- ▶ Arbeit in Kleingruppen bzw. Einzelförderung
- ▶ Einbeziehung der Eltern
- ▶ Bei Bedarf Fortsetzung der Begleitung in der Grundschule

- ▶ Projektbegleitende Informationsveranstaltungen
- ▶ Evaluation des Projektes

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Kindergarten Schobeke, Schulkindergarten Falkstraße

Perspektiven

- ▶ Ausdehnung auf weitere Kindergärten und Schulen

Erfolgsfaktoren

- ▶ Um diese Arbeit als präventive Maßnahme sinnvoll evaluieren zu können, ist eine Begleitung der Kinder bis zum ersten Grundschuljahr erforderlich. Von daher ist eine Mittelbewilligung für mehrere Jahre notwendig

Kontakt

📍 Doris Hellweg
Stadt Herford

☎ 0 52 21. 98 14 94

✉ doris.hellweg@herford.de

Reformpädagogik in der Grundschule

Die Grundschule Rodenbeck liegt in einem »sozialen Brennpunkt« – das bedeutet u.a. eine Aussiedler- und Ausländerquote von rund 40 Prozent. Der übrige Schüleranteil setzt sich weitgehend aus Kindern der Mittelschicht aus den angrenzenden Neubaugebieten zusammen. Die Eltern dieser Kinder treten mit hohen Leistungserwartungen an die Schule heran. Aus der Unterschiedlichkeit der Herkunft der Schüler ergibt sich eine Vielzahl religiöser und kultureller Prägungen, Erwartungen und Anforderungen.



Zusammen lernen, gemeinsam wachsen

Kollegium und Elternschaft haben nach neuen Wegen in der Schulentwicklung gesucht, um »Schule für Grundschul Kinder in Rodenbeck zu machen«. Und sie haben »aus der Not eine Tugend« gemacht: Ausgehend von den oben beschriebenen Lernvoraussetzungen wurde in Minden der Weg gewählt, die Verschiedenheit der Kinder in Leistung, Lernfähigkeit, sozialer und kultureller Herkunft sowie persönlicher Individualität als Chance zu begreifen und für den Unterricht zu nutzen.

In enger Zusammenarbeit wurde hier ein reformpädagogisches Konzept entwickelt, das die Lernvoraussetzungen der Kinder des Stadtteils als Basis für die Unterrichtsorganisation nimmt.

Diese stützt sich u. a. auf offene Unterrichtsformen in jahrgangsgemischten Gruppen und bezieht reformpädagogische Prinzipien ein: Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten steht im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Anspruch an die Schüler, das »Lernen zu lernen«. Das bedeutet, dass die Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft bei jedem Kind erhalten bzw. geweckt und gefördert wird. Deshalb findet Unterricht stark differenzierend statt. So kann ein Aussiedler-Kind mit Verständnisproblemen im sprachlichen Bereich besser in den jüngeren Jahrgängen mitarbeiten – und sich beispielsweise in Mathematik höheren Anforderungen stellen.

Auch im sozialen Umgang wirkt sich die Jahrgangsmischung bereichernd aus. Die Schulanfänger übernehmen von den Älteren sehr schnell die Ordnungs- und Schulrituale, und durch ein Paten- und Helfersystem verkürzt sich die Eingewöhnungsphase erheblich. Die älteren Kinder wiederum lernen von Anfang an, auf die Jüngeren Rücksicht zu nehmen. Auch erleben sie sich gegenüber den Kleineren als reifer, was sie in ihrem Verantwortungsbewusstsein stärkt. Da sich die Kinder in einer jahrgangsgemischten Klasse in ihrer Unterschiedlichkeit und Individualität kennen und akzeptieren lernen, entfällt die Wettbewerbs- und Konkurrenzsituation beim Lernen und damit eine Quelle wachsender



Aggression. In der Grundschule Rodenbeck geht es auffällig ruhig zu, obwohl Kinder in freien Lerngruppen im ganzen Schulgebäude selbstständig arbeiten. In den Spielpausen kommt es auf dem Schulhof sehr selten zu Übergriffen oder Prügeleien.

Dieses Integrationskonzept der Schule wird durch die inhaltlichen Schwerpunkte gestützt. Die Grundschule Rodenbeck präsentiert ein überzeugendes musisch-ästhetisches Konzept, das gerade den vielen sozial benachteiligten Kindern des Einzugsgebietes Chancen einer ganzheitlichen Persönlichkeitsförderung bietet und große integrative Wirkung zeigt.

Die gemeinsame Entwicklung des pädagogischen Konzeptes hat eine hohe Identifikation der Eltern mit der Entwicklung ihrer Schule und zur Mitarbeit daran bewirkt. Sie bringen ihre Kontakte zu Firmen, per-

sönliches Know-how und öffentliches Engagement ein. Die Grundschule ist in ihrem Stadtteil integriert und erfährt ein hohes Maß an Akzeptanz, und Engagement bei Kindern, Eltern, Anwohnern und dem Schulträger. Ein deutliches Indiz dafür ist, dass es kaum Zerstörungen am Gebäude und im Außengelände gibt – trotz der Lage in einem »sozialen Brennpunkt«. Firmen zeigen eine große Bereitschaft, sich durch Sponsoring zu engagieren, da klare

Konzepte mit Ziel- und Zweckbestimmung vorliegen. Deutlich profitiert hat die Schule von der im Rahmen des Projektes »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« initiierten engeren Kooperation zwischen Schulen und örtlicher Jugendhilfe. Die Zusammenarbeit bei »Problemfällen« hat sich spürbar intensiviert, weil die Partner sich besser kennen und Vorbehalte auf beiden Seiten abgebaut werden konnten. ■

Ziele

- ▶ Verbesserung der Lernsituation der Schüler durch pädagogische Schulentwicklung
- ▶ Etablierung der Grundschule Rodenbeck als Stadtteilzentrum
- ▶ Ausbau der Kooperation Schule und Jugendhilfe

Vorgehensweise

- ▶ Erarbeitung pädagogischer Ziele auf der Basis der den Stadtteil kennzeichnenden sozialen Strukturen
- ▶ Umsetzung eines reformpädagogischen Konzeptes mit offenen Unterrichtsformen in jahrgangsgemischten Gruppen
- ▶ Intensivierung der Zusammenarbeit der Schule mit städtischen und außerschulischen Partnern und Etablierung dauerhafter Netzwerkstrukturen
- ▶ Projektentwicklung nur gemeinsam mit den Beteiligten

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Bezirksausschüsse, Firmen als Sponsoren für Projekte

Perspektiven

- ▶ Weiterentwicklung zur »Selbstständigen Schule« durch die angestrebte Teilnahme an dem von der Bertelsmann Stiftung und dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW initiierten Projekt gleichen Namens

Kontakt

👤 **Doris Dockhorn**

Schulleiterin

Grundschule Rodenbeck

☎ 05 71. 50 99 86

✉ info@gs-rodenbeck.de

🌐 www.gs-rodenbeck.de

Ziel 4

Übergang in den Beruf unterstützen



»Ich werde Rennfahrer oder Fernseh-Moderator!«

Mit solchen Träumen und überzogenen Vorstellungen müssen sich heute immer öfter Berufsberater, Eltern und Personalchefs auseinander setzen. Falsche Selbsteinschätzung, Orientierungslosigkeit und fehlende Motivation, aber auch mangelnde Chancen durch Jugendarbeitslosigkeit und unzureichende Berufsberatung sind weitere Gründe, weshalb viele Jugendliche keinen guten Einstieg in das Berufsleben finden.

Eine der wichtigsten Weichenstellungen für den jungen Menschen ist der Eintritt ins Berufsleben. Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit ist der Übergang von Schule in den Beruf immer häufiger eine Gratwanderung: Erfolg und Perspektive auf der einen, Arbeitslosigkeit und soziales Abseits auf der anderen Seite.

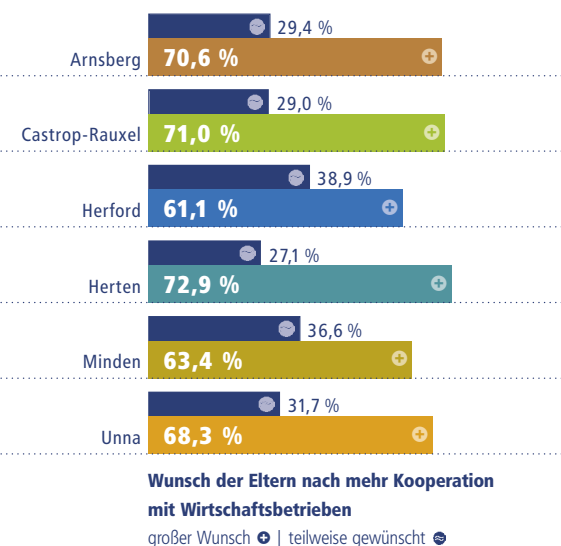
Belastet wird dieser Übergang zum einen durch äußere Faktoren, die der Berufseinsteiger selbst überhaupt nicht beeinflussen kann. So gibt es immer weniger Ausbildungsplätze. Die Folge ist ein starker Verdrängungswettbewerb – gute Abschluss-Zeugnisse werden damit immer wichtiger.

Hinzu kommt ein Ungleichgewicht auf dem Ausbildungsmarkt: Einer großen Zahl von suchenden Bewerbern stehen verfügbare Ausbildungsplätze gegenüber, die dennoch unbesetzt bleiben. Eine Ursache dafür sind die mangelnde Orientierung und Information

der Jugendlichen darüber, wie ihre berufliche Zukunft aussehen könnte. Auch nach einem dreiwöchigen Praktikum, das vielerorts noch den einzigen Einblick bietet, bleibt es jungen Menschen oft unklar, wie es in der realen Arbeitswelt wirklich aussieht. Eine Konzentration der Bewerber auf wenige Modeberufe ist nur eine Folge.

Oft sind die Berufsanfänger auch minderqualifiziert, haben keinen oder nur einen geringwertigen Schulabschluss. Sie sind auf dem Ausbildungsmarkt so gut wie chancenlos. Andere Jugendliche haben große Defizite sowohl im Wissensbereich als auch bei der Sozialkompetenz – ein weiterer Grund dafür, dass viele beim Eintritt in diesen neuen Lebensabschnitt scheitern und zahlreiche Ausbildungen vorzeitig abgebrochen werden.

Aus diesen Problemlagen ergeben sich vielfältige Handlungsansätze, die in den sechs Projektkommunen ganz unterschiedlich aufgegriffen wurden. Jugendliche Berufsanfänger in ihrer Handlungskompetenz zu stärken beginnt damit, dass sie sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden und umfassend über ihre Möglichkeiten beraten werden. Der Bildungsreport zeigte in diesem Bereich erhebliche Mängel auf, und alle teilnehmenden Kommunen haben deshalb an der Verbesserung ihrer Ausbildungs- und Studienberatung gearbeitet. Darüber hinaus wird in Herten besonders benachteiligten Jugendlichen eine Perspektive gegeben und die Vermittlung in vorhandene Ausbildungsplätze deutlich verbessert. In Unna setzen sich die Schulabgänger intensiver mit ihren eigenen Fähigkeiten auseinander, und in Arnsberg wird erfolgreich daran gearbeitet, Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Schließlich zeigt ein Beispiel aus Minden, wie wirkungsvoll Kooperationen zwischen Schule und lokaler Wirtschaft beim Übergang von der Schule in den Beruf sein können. ■



Fördern, betreuen und qualifizieren



Die Hertener Bürgerstiftung (1999 gegründet und als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt) beteiligt sich an der Gestaltung des Strukturwandels in Herten, indem sie ehrenamtliches Engagement für zivilgesellschaftliche Interessen mobilisiert. Mit ihren Projekten fördert sie vor allem Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und leitet sie zu gemeinschaftsfähigem Handeln an. Zudem werden insbesondere benachteiligte Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf durch Betreuungs- und Qualifizierungsangebote unterstützt.

Jugendhof Wessels der Hertener Bürgerstiftung

Im Mittelpunkt steht dabei der »Jugendbauernhof Wessels«: Nach dem Kauf eines brachliegenden Hofes errichtet die Hertener Bürgerstiftung dort einen ökologisch ausgerichteten, langfristig wirtschaftlich geführten landwirtschaftlichen Betrieb. Bereits jetzt dient er den Hertener Schülern als Erfahrungs-, Lern-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsort.

Von Kindern und Jugendlichen, die bislang eher durch eindeutige Misserfolge im schulischen, aber auch außerschulischen Bereich auffielen, wird der Wesselshof neben

Aufenthalten im Klassenverband oder im Rahmen von Praktika auch in der Freizeit als ein Anlaufpunkt für ihre speziellen Bedürfnisse und Probleme genutzt. Es werden vor allem diejenigen angesprochen, denen die Inhalte und »Koordinaten« für die eigenen Entwicklungen und Perspektiven nicht so klar sind, als dass sie sich ohne Weiteres im zukünftigen beruflichen und privaten Leben behaupten könnten. Zentrales Anliegen der Arbeit ist es, jungen Hertenern neue Anreize für eine positive Identifikation mit ihrer Lebenswelt zu schaffen, ihnen

eine tragfähige Lebens- und Arbeitsperspektive in der Region zu bieten und sie mit den hierfür erforderlichen Qualifikationen auszustatten. Auf dem Wesselshof werden Formen »neuer Arbeit« erprobt, die Menschen mit nur geringen Chancen auf dem traditionellen Arbeitsmarkt motivieren und ermutigen. Hier finden Kinder und Jugendliche durch eigene Initiative und Kreativität Arbeitsbereiche, in denen sie ihre Stärken entwickeln können.

Ziel ist es auch, langfristig den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern.



Dazu dienen u. a. Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Jugendliche, die die Schule beenden. Junge Menschen, die schulmüde sind und aufgrund von Problemen im sozialen und emotionalen Bereich kaum in Ausbildungsverhältnisse vermittelt werden können, machen auf dem Wesselhof auf begleitetem Wege erste wichtige Erfahrungen mit der Berufswirklichkeit. Zur Auswahl steht eine breite Palette von einfach strukturierten bis hin zu äußerst komplexen Arbeitsabläufen. Sogar an Planungs- und Gestaltungsaufgaben können sich junge Hertener beteiligen und auch Verantwortung übernehmen. Die Infrastruktur und das zuständige Personal sind überschaubar – so gibt es eine feste Anbindung an nur wenige Personen. Soweit wie möglich wird die Zielgruppe bereits an der Sanierungs- und Umbauphase des Hofes beteiligt. Im Laufe der Renovierung anfallende Arbeiten, die nur Fachbetriebe ausführen können, werden ausschließlich an Firmen vergeben, die zur Zusammenarbeit mit den Jugendlichen bereit sind. Zentrale Zielsetzung dieses Ansatzes ist auf Dauer die Vermittlung der meisten Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt sowie die mittelfristige Weiterbeschäftigung auf dem Hof für diejenigen, die nicht unterzubringen sind.

Der Wesselhof bietet sich darüber hinaus in besonderer Weise für Schülerpraktika aller Art an, die von Hertener Schulen in unterschiedlichem Umfang auch schon genutzt werden. Diesen Praxiseinheiten kommt eine wachsende Bedeutung für einen gelungenen Übergang von der Schule in den Beruf zu, und zwar längst nicht mehr ausschließlich für die Hauptschüler. Eine

besonders problematische Gruppe sind in diesem Zusammenhang die Jugendlichen, die vor Erreichen des 9. Schuljahres die Schule verlassen und denen dennoch ein Praktikum angeboten werden sollte. Allerdings ist es äußerst schwierig, für diese jungen Menschen einen geeigneten Platz zu finden. Denn herkömmliche Betriebe sind kaum imstande, diese Jugendlichen in einen normalen Berufsalltag zu integrieren und auf die deutlich fehlenden Kompetenzen pädagogisch zu reagieren. Auf dem Wesselhof können jedoch Schüler aller Schulformen ihre Praktika absolvieren, egal ob im Block oder tageweise über ein Jahr verteilt. Jugendliche, die sich bereits in der Chancenlosigkeit eingerichtet zu haben scheinen, können hier in einen lebendigen Austausch und zur Zusammenarbeit mit anderen Schülern gebracht werden – ein großer Schritt zu ihrer Integration.

Angedacht sind hier Projekte, in denen Schüler der gymnasialen Oberstufe die Hofpraxis in ihren Leistungskurs Wirtschaft

einbeziehen, oder aber gemeinsam mit einem lernbehinderten Schüler planen, welchem Anbauprodukt aus welchen Gründen der Vorzug zu geben ist.

Die Bürgerstiftung will einen Rahmen schaffen, der grundsätzlich allen Hertener Kindern und Jugendlichen bereits ab dem Grundschulalter zur Verfügung steht, und zwar als Ort der Identifikation und des ganzheitlichen praxisbezogenen Lernens. Auch für den Jugendhof wünscht sich die Bürgerstiftung eine aktive Beteiligung seitens der Bevölkerung, denn, so die Vorstandsvorsitzende Dr. Elisabeth Nilkens: »Nur mit dem Engagement der Hertener Bürger sind die großen Herausforderungen des strukturellen Wandels in dieser Stadt zu bewerkstelligen.« Schon jetzt werden auf dem Jugendhof Wessels in enger Kooperation mit Hertener Schulen frühzeitig Wege ins Berufsleben aufgezeigt, Basisqualifikationen vermittelt und insbesondere eigenverantwortliches Handeln und unternehmerisches Denken erprobt und erlernt. ■

Ziele

- ▶ Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Entwicklung fördern und zu gemeinschaftsfähigem Handeln anleiten
- ▶ Benachteiligte Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf unterstützen durch Abbau von Qualifizierungsdefiziten und Beschäftigungshemmnissen

Vorgehensweise

- ▶ Kauf eines renovierungsbedürftigen Hofes im Jahr 2000
- ▶ Mobilisierung der Hertener Bürgerschaft und Gewinnung von Sponsoren

- ▶ Aufbau von Netzwerken und Kooperationen
- ▶ Aufbau eines ökologisch ausgerichteten landwirtschaftlichen Betriebs
- ▶ Schaffen von Orientierungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- ▶ Praktika/»Schnupperkurse« im Übergang von Schule in den Beruf

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Hertener Bürgerschaft, Arbeitsamt, Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, Landesregierung NRW, Kindergärten, Projekt Ruhr GmbH, LEG, lokale Handwerksbetriebe, Schweisfurth-, Freudenberg-, RWE-, Aral-, WestLB-Stiftung

Perspektiven

- ▶ Marmeladenproduktion und Cafébetrieb in Planung
- ▶ Anbindung des Jugendhofs an den Ruhrtourismus

Erfolgsfaktoren

- ▶ Identifikation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- ▶ Akzeptanz in Bevölkerung und Öffentlichkeit
- ▶ Gewinnung von Unterstützern

Kontakt

Dr. Elisabeth Nilkens
Vorstandsvorsitzende
der Bürgerstiftung

☎ 0 23 66 . 93 73 46
☎ 0 23 66 . 93 73 48

Initiative Berufsvorbereitung

In Unna gibt es einen erheblichen Mangel an Ausbildungsplätzen und einen hohen Beratungsbedarf auf Seiten der Schulabgänger – das sind die Ergebnisse des Bildungsreports und gleichzeitig Auslöser für das Engagement der Stadt in diesem Bereich. »Qualifizierte Berufswahlvorbereitung« lautet das Motto, unter dem Schüler die Schwelle zwischen Schule und Berufsleben besser meistern sollen.



Für dieses Vorhaben wurde eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller relevanten Schulen und Institutionen sowie teilweise unter Einbeziehung von Schülern gebildet. Ermöglicht hat diese Initiative die »Stiftung Zukunft« der örtlichen Sparkasse, die nicht nur die erforderlichen Ressourcen bereitstellt, sondern auch die gesamte Koordination der Arbeit übernimmt. So konnte ein umfassendes Konzept mit folgenden Bausteinen entwickelt und umgesetzt werden.

Berufseignungstests zu Beginn der Klasse 9

Alle Schüler der neunten Klassen der Stadt Unna und der Gemeinde Holzwickede unterziehen sich einem umfangreichen vierstündigen Eignungstest des Gefa-Instituts München. Das Institut nimmt die Auswertung des Tests vor und liefert jedem Teilnehmer eine mehrseitige individuelle Rückmeldung mit ausführlicher Interessen- und Fähigkeitsanalyse, die in eine Empfehlung für bestimmte Berufs- bzw. Studienfelder mündet. Die Schulen beziehen die Ergebnisse des Eignungstests in ihr Curriculum der Berufswahlorientierung ein und entwickeln über ihre Fachlehrer, Beratungslehrer und Schullaufbahnberater gemeinsam mit den Schülern Perspektiven für die berufliche Zukunft. Ein erstes flächendeckendes Feedback durch die betroffenen Schüler über den Test und seine Auswer-

tung erbrachte eine sehr hohe Zufriedenheit: 80 Prozent äußerten sich positiv über diesen besonderen Baustein im Prozess der Berufsorientierung. »Ich wusste erst überhaupt nicht, in welche berufliche Richtung ich will. Der Test hat mir interessante Vorschläge gemacht, an die ich überhaupt nicht gedacht hatte«, so ein Schüler.

Begegnung mit Praktikern

Parallel zu diesen Tests werden Tagesveranstaltungen an den Schulen durchgeführt: Handwerksmeister bringen ihre Auszubildenden mit, die praxisnah aus dem Berufsleben erzählen. Oder Personalchefs erklären den Schülern, worauf es bei der Bewerbung und im Vorstellungsgespräch wirklich ankommt.

Betriebspraktika für Pädagogen

Insgesamt zwei Wochen (zwei Blöcke á sieben Tage) pro Jahr verbringen auch die Pädagogen in Unna in einem Betrieb. Auf diesem Weg bekommen die Lehrer einen besseren Einblick in neue Berufsfelder. Diese Lehrerbetriebspraktika werden ergänzt durch Besuche von überbetrieblichen und betrieblichen Ausbildungsstätten. Durch die entwickelten Maßnahmen wer-

Ziele

- ▶ Qualifiziertere Berufswahlvorbereitung für Schüler

Vorgehensweise

- ▶ Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Konzeptentwicklung
- ▶ Berufseignungstests
- ▶ Tagesveranstaltungen an den Schulen
- ▶ Betriebspraktika für Pädagogen

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Sparkasse Unna, IHK, Kreishandwerkerschaft, Einzelhandelsverband, Unternehmerverband, Arbeitsamt, Schulaufsicht und Schulverwaltung, Hellweg Berufskolleg, Gefa-Institut München

Perspektiven

- ▶ Berufsinformationstag
- ▶ Ausbildungsplatzbörse
- ▶ Ausweitung der Berufspraktika für Schüler

Kontakt

 **Carola Schöfisch**
Stadt Unna

 0 23 03 . 1 03-4 02

 schulverw.stadt.unna
@t-online.de

den Jugendliche auf ihrem Weg ins Berufsleben unterstützt. Gleichzeitig wird durch Qualifikationsangebote für Lehrer die Beratungskompetenz in den Schulen deutlich verbessert. ■



Projekt Berufsstart

Herten befindet sich wie andere Revierstädte in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Der Rückzug des Bergbaus und eine hohe Arbeitslosenquote machen es Jugendlichen hier ganz besonders schwer, Perspektiven für die Zukunft und einen gelungenen Start ins Berufsleben zu finden. Um ihnen dabei »unter die Arme zu greifen«, wurden in Herten Angebote entwickelt, die über die üblichen institutionellen Hilfen hinausgehen.

Ziel des 1999 gegründeten »Kommunalen Arbeitskreises Schule und Wirtschaft« ist es, Ausbildungsplatznot und Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und durch bessere Verzahnung von Schulen und Betrieben noch mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wegweisend für die gesamte Arbeit sind die von Arbeitsamt und Jugendberufshilfe vereinbarten »Neuen Wege in der Berufsberatung«.

Dabei richtet man sich in einem ersten Schritt an alle Schulabgänger und informiert die Jugendlichen u. a. in Form von Veranstaltungen:

Die »Palaverrunden« der Jugendberufshilfe JOKER und des Kinder- und Jugendzentrums Herten-Nord stehen unter dem Motto »Palaver soll Mut machen«. Dabei kommen die Veranstalter mit den Jugend-

lichen ins Gespräch, zeigen ihnen die Situation auf dem Arbeitsmarkt auf und motivieren sie, selbst aktiv zu werden.

In einem nächsten Schritt finden sogenannte »JOB TALKS« mit Jugendlichen statt, die wiederum von JOKER und der Beschäftigungsförderung der Stadt Herten organisiert werden. In den moderierten Gesprächsrunden zwischen jeweils einem Berufspraktiker und 8–10 Schülern der 10. Klasse haben Jugendliche die Möglichkeit, sich im persönlichen Gespräch mit erfahrenen Ausbildern und Berufspraktikern über die Anforderungen zu informieren, die an sie als künftige Auszubildende gestellt werden. Anstatt darauf zu setzen, dass die Schüler Beratungsstellen aufsuchen, kommt die Beratung zu den Schülern und ihren Eltern. In anderen Veranstaltungen unter dem Titel »Was

kommt nach der Schule?« werden Eltern und Schüler sowie interessierte Bürger von Beratern vom Arbeitsamt und der Stadt sowie Vertretern aus Betrieben informiert.

Zu dem Konzept gehört auch, dass gezielt diejenigen Schulabgänger begleitet werden, die größere Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche haben – sei es wegen schlechter Zeugnisse oder weil sie zu wenig Eigeninitiative entwickelten. Durch eine Abfrage bei den Schulen wird geklärt, welche Schüler besonderen Unterstützungsbedarf haben. Jugendliche, die in den Monaten vor Verlassen der Schule noch keine berufliche oder auch weitere schulische Perspektive entwickelt haben, werden von den Mitarbeitern der Jugendberufshilfe »an die Hand genommen«. Bei Bedarf werden auch Hausbesuche gemacht und das Verfassen von Bewerbungen unterstützt.

Die Evaluation des Projektes hat Mut für eine Fortsetzung und einen Ausbau der getroffenen Maßnahmen gemacht. Zu allen Schulabgängern wurden Kontakte geknüpft, und schon im ersten Projektjahr konnten fast alle (96,4 Prozent) in eine Ausbildung, einen schulischen Bildungsgang oder eine berufsvorbereitende Maßnahme vermittelt werden. Angesichts dieser Erfolge wurde die Initiative von den Städten Arnsberg und Castrop-Rauxel übernommen. ■

Ziele

- ▶ Bekämpfung der Ausbildungsplatznot und Jugendarbeitslosigkeit

Vorgehensweise

- ▶ Gründung des »Kommunalen Arbeitskreises Schule und Wirtschaft« (u. a. Schulleitungen, Arbeitsamt, Berufshilfe, Handwerkskammer)
- ▶ Kooperation von Arbeitsamt und Jugendberufshilfe
- ▶ Durchführung von Informationsveranstaltungen in den Schulen
- ▶ Niederschwellige und aufsuchende Beratungsangebote
- ▶ Begleitung bei der Ausbildungsplatzsuche

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Arbeitsamt, Jugendberufshilfe JOKER, Kinder- und Jugendzentrum Herten-Nord

Perspektiven

- ▶ Aufgrund des hohen Erfolges bei gleichzeitig andauerndem Problemdruck wird das Projekt auch in den Folgejahren fortgesetzt werden

Kontakt

Heidi Wiecha
Christine Schröder
Stadt Herten

- ☎ 0 23 66 3 03-195
- ✉ h.wiecha@herten.de
- ✉ c.schroeder@herten.de



Viele Wege führen zum Ziel

Arnsberg »Fit für den Job«

Auch in Arnsberg liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Begleitung von Schülern beim Übergang in das Berufsleben. Dabei setzt die Stadt auf die konzeptionelle Vernetzung von Einzelmaßnahmen, um den verschiedensten Notwendigkeiten in diesem wichtigen Handlungsfeld Rechnung zu tragen. Gezielt werden passgenaue Angebote entwickelt, die sich einerseits an besondere Problemgruppen richten und andererseits die Berufswahl aller Schulabgänger unterstützen. Ziel ist es, die Jugendlichen in ihrer Eigenverantwortung zu stärken und sie zu motivieren, ihre berufliche Zukunft aktiv zu gestalten. Die Kooperation und das Engagement von zahlreichen Partnern haben die Umsetzung des Konzeptes in Arnsberg möglich gemacht.

»Job-fit« – Ein Programm zur Stärkung von Selbst- und Sozialkompetenz

Zielgruppe dieses Projekts sind Schüler der 8. Klasse der Städtischen Hauptschule Binnerfeld, die mit Hilfe des katholischen Jugendzentrums in Arnsberg-Neheim »fit« für den Einstieg in das Berufsleben gemacht werden. Über den Zeitraum eines Jahres kann jeweils eine Klasse an Zukunftswerkstätten und Projekttagen teilnehmen, die die Stärkung von Selbst- und Sozialkompetenz beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zum Ziel haben. Die Angebote sind entsprechend vielfältig: Selbstbehauptungskurse, Kanufahrten und Kletterkurse gehören ebenso dazu wie eine »Behördenrallye« oder die Berufsbörse

»Creativa« im Jugendzentrum. Abgerundet wird das Programm von Projekttagen zum Thema »Bewerbung/Vorstellungsgespräch« und Betriebsbesichtigungen.

Bei Schülern und Lehrern ist die anfängliche Skepsis u. a. angesichts der erforderlichen Mehrarbeit auch außerhalb der Unterrichtszeiten mittlerweile in Begeisterung umgeschlagen.

Die Lehrer haben im Verlauf des Projektes bei den bisher insgesamt rund 70 teilnehmenden Schülern positive Veränderungen festgestellt: Sie sind nun mutiger, gelassener und selbstsicherer.

Ebenso wichtig sind die im Verlauf der Projekte entstandenen bzw. intensivierten Kontakte zwischen den Beteiligten. Sie

haben zu einem besseren Kennenlernen und zu größerem gegenseitigem Respekt und zu Akzeptanz der Beteiligten untereinander geführt. Dies wirkt sich nachhaltig positiv auf die weitere Zusammenarbeit aus.

»JOB – Jugend ohne Berufsperspektive«

In enger Kooperation mit dem Arbeitsamt Arnsberg und dem städtischen Jugendtreff Moosfelde zielt »JoB« darauf ab, Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern bzw. zu beseitigen. Unter dem Motto »Ihr könnt es schaffen! Zukunft mit Beruf – Mit Beruf in die Zukunft« wendet sich das Projekt an Jugendliche im Alter von 14–21 Jahren, die vor einer Berufsentscheidung stehen, ihre Ausbildung abgebrochen haben oder bereits



arbeitslos sind. Diesen Jugendlichen werden umfassende Betreuungs- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen angeboten: Informationsveranstaltungen (auch für Eltern und Lehrer), eine Berufsbörse im Jugendtreff, Beratung beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen, fachlich begleitete Bewerbertrainings (Testverfahren, Gespräche), individuelle Berufsberatung »vor Ort«, Exkursionen zu regionalen und überregionalen Ausbildungsbetrieben, Hilfen bei der Suche nach Praktikumsstellen und Motivationsseminare für Spätaussiedler. Pro Jahr nehmen bis zu 20 Jugendliche regelmäßig an dem freiwilligen Angebot der offenen Jugendarbeit teil. Fast alle Jugendlichen schafften durch diese Unterstützung den Weg in das Berufsleben.

»Job-Coaching«

Es hat sich herausgestellt, dass vielen Schulabgängern nicht nur bei der Arbeitsplatzsuche selbst geholfen werden muss, sondern vor allem auch dabei, die Ausbildung überhaupt durchzuhalten. So werden im besonderen Einzelfall Jugendliche per »Job-Coaching« während der Praktikumszeit, der ersten Phase der Ausbildung oder auch im Rahmen einer weiterführenden schulischen Maßnahme begleitet – sozusagen »trainiert« für den Übergang und Verbleib im Berufsleben. Durch engen persönlichen Kontakt mit Betrieb und Schule wird die Integration im Berufsleben gesichert.

Berufswahlwerkstatt

Um alle Jugendlichen auf ihrem Weg in den Beruf zu unterstützen, hat sich die Stadt Arnsberg auch für den Einsatz des Internets entschieden. Unter dem Motto »Internet ist kein Beruf – aber ein Weg dorthin« hat der im Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« initiierte Arbeitskreis »Schule – Wirtschaft« alle Informationen und Möglichkeiten der Berufswahlorientierung in der Stadt Arnsberg gebündelt. Mit einem gezielten Klick zur www.berufswahlwerkstatt-arnsberg.de können sich nun alle Schüler umfassend über sämtliche Institutionen, die bei der Berufswahl helfen, informieren. Bis heute haben fast 17.000 Besucher dieses moderne Orientierungsportal angeklickt.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Übernahme des von Hertel entwickelten Konzeptes zur Unterstützung von Schulabgängern ohne greifbare berufliche Perspektive. Ebenso wie in der Ruhrgebietsstadt wird diesen Schülern durch niederschwellige und aufsuchende Beratung beim Übergang in das Berufsleben geholfen.

Die Rückmeldungen von Schülern, Lehrern und Betrieben zeigen, dass der in Arnsberg eingeschlagene Weg zur Unterstützung der Berufswahlorientierung sehr positiv aufgenommen wird. Frühzeitige und passgenaue Angebote helfen den Schülern mit besonderem Förderbedarf, während die Verbesserung der Information über die Berufswelt allen zugute kommt. ■

Ziele

- ▶ Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit
- ▶ Hilfe bei der Berufswahl

Vorgehensweise

- ▶ Vernetzung aller Beteiligten im Arbeitskreis »Schule – Wirtschaft«
- ▶ »Job-fit« – Programm zur Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz
- ▶ »JobB« – Unterstützung von Jugendlichen ohne Berufsperspektive
- ▶ »Job-Coaching« – Begleitung von Schulabgängern in der ersten Phase der Ausbildung
- ▶ »Berufswahlwerkstatt online« – Bündelung aller beruflichen Informationsangebote in Arnsberg
- ▶ »Berufstart« – niederschwellige Beratungsangebote für Schulabgänger ohne Berufsperspektive

Partner von Schulen und

Verwaltung

- ▶ Arbeitsamt, Unternehmensverband, Kreishandwerkerschaft, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Landesinitiative »Jugend in Arbeit«, Kolpingbildungswerk, Kontaktstelle Frau und Beruf, städt. Jugendtreff Moosfelde, kath. Jugendzentrum Arnsberg-Neheim, Arbeitsverwaltung, Berufsinformationszentrum, regionale und überregionale Betriebe, Bildungszentren, freie Träger der Jugendhilfe

Perspektiven

- ▶ Die Erfahrungen aus den Projekten fließen in das vom Fachbereich »Schule und Jugend« neu erarbeitete Konzept »Flexible Schulsozialarbeit« ein, das allen Haupt- und Sonderschulen im Stadtgebiet als Präventionsprojekt seit dem Schuljahr 2002/2003 angeboten wird

Kontakt

f Elmar Dransfeld
 Stadt Arnsberg
 Fachbereich »Schule
 und Jugend«
 ☎ 0 29 32 . 2 01 15 35
 @ jugendhilfeplanung
 @arnsberg.de

Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben



Ganze Branchen sind auf der Suche nach qualifizierten Auszubildenden, insbesondere das Handwerk, die Industrie und der Dienstleistungssektor. Praxisferner Unterricht und fehlendes Basiswissen lassen so manchen Ausbilder regelrecht verzweifeln. So haben gerade auch Unternehmen ein großes Interesse daran, dass Schüler intensiv auf das Arbeitsleben vorbereitet werden.

In Minden haben deshalb acht von insgesamt zehn weiterführenden Schulen dauerhafte Partnerschaften mit ortsansässigen Unternehmen gebildet. Übernommen wurde diese Vorgehensweise von dem Projekt »Schule & Co.« der Bertelsmann Stiftung. Ziel der Partnerschaften ist es, Inhalte und Bedingungen der Arbeitswelt an konkreten Beispielen in den Unterricht einzubringen und erfahrbar zu machen. Interessante Möglichkeiten dazu gibt es genug: So wird z. B. im Fach Erdkunde das Thema »Infrastruktur« nicht anhand eines abstrakten Unternehmens in Bayern behandelt, welches das Fachbuch vorschreibt. In Minden beschäf-

tigen sich die Schüler gemeinsam mit dem Partner-Unternehmen mit den Standortfaktoren der eigenen Stadt. Gleichzeitig werden Bezüge zu anderen Fächern, beispielsweise Geschichte, hergestellt: Wie sahen die Rahmenbedingungen aus, als unser Partner-Unternehmen gegründet wurde?

Die Partnerschaft zwischen der BASF PharmaChemikalien GmbH und der Käthe-Kollwitz-Realschule zeigt beispielhaft die Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit. An der Schule gibt es einen Kooperationsmanager für den Bereich »Schule und Wirtschaft«, zu dessen Aufgaben die Ent-

wicklung der Inhalte, die Prüfung ihrer Realisierbarkeit und eine »Kosten-Nutzen-Abwägung« gehören. Im Mathematik-Unterricht werden z. B. aus den Geschäftsvorgängen der BASF Aufgaben erarbeitet. Am Ende der Klasse 9 bereiten sich die Schüler mit Hilfe der Eignungstests des Unternehmens auf ihre Bewerbungen vor. Im Biologieunterricht steht ein Besuch bei dem Chemieunternehmen an: Unter ernährungswissenschaftlichen Aspekten wird das Kantinenessen untersucht. Andererseits besuchen die Auszubildenden den Chemieunterricht, für den sie zu unterschiedlichen Themen Einheiten entwickeln. Im Fach »Gesund-



heitserziehung« berichtet ein Vertreter der BASF über Schichtarbeit, über verschiedene Arbeitszeitmodelle und deren Auswirkung auf den Krankenstand. Das Projekt ist darauf ausgelegt, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Unternehmen kontinuierlich auszuweiten. Geplant sind u. a. die Erstellung eines Videofilms über den Betrieb und ein Firmenplanspiel zum »Gang an die Börse«, bei dem die Erfahrungen der BASF in diesem Bereich durch entsprechende Experten-Interviews eingeholt werden.

Doch Kooperationen dieser Art bieten noch mehr. Bewerbungstraining im Deutsch-Unterricht ist viel spannender und lehrreicher, wenn ein »echter« Personalchef in die Klasse kommt und erklärt, worauf es beim Vorstellungsgespräch wirklich ankommt. Und einige Mindener Schüler durften sogar bei einer Unternehmens-Niederlassung in der Schweiz hospitieren.

Von solchen Partnerschaften profitieren beide Seiten. Die Unternehmen erhoffen sich mehr qualifizierte Bewerber für ihr Unternehmen, und die Jugendlichen bekommen eine bessere Startchance für das

Leben nach der Schule. Auf lange Sicht wird so an der Sicherung von Wirtschaftsstandorten gearbeitet. Darüber hinaus ist das Mindener Projekt ein gutes Beispiel dafür, wie die Qualität von Bildung ohne hohe Kosten verbessert werden kann. Hier ist das Engagement von Schülern, Lehrern, Unternehmen, Angestellten und nicht zuletzt der Stadt der ausschlaggebende Faktor.

In Minden hat die Entwicklung von Kooperationen dieser Art gezeigt, dass die beteiligten Schulen und Unternehmen heute unvoreingenommen aufeinander zugehen, sich über die Aufgaben und Probleme der jeweiligen Seite informieren und gemeinsame Arbeiten und Projekte vereinbaren. Insgesamt sind Arbeitgeberverband, IHK und Stadt mit dem bisher Erreichten sehr zufrieden: Sowohl den beteiligten Schulen als auch den heimischen Kooperationsunternehmen ist es gelungen, die initiierten Kooperationen tatsächlich mit Leben zu füllen. Sie sind besonders geeignet, neue Formen der Berufsorientierung und -vorbereitung zu entwickeln und die Berufsausbildung insgesamt zu verbessern. ■

Ziele

- ▶ Orientierungshilfe für die Berufswahl
- ▶ Praxisnahe Vermittlung von Wissen durch Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen
- ▶ Vermittlung von Inhalten und Bedingungen der Berufs- und Arbeitswelt im Unterricht

Vorgehensweise

- ▶ Zielformulierung im Rahmen einer Themenkonferenz mit allen Beteiligten
- ▶ Start einer gemeinsamen Initiative zwischen der Stadt Minden als Schulträger, dem Arbeitgeberverband Kreis Minden-Lübbecke e. V. und der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen
- ▶ Betriebserkundungen
- ▶ Praktiker in Schule und Unterricht
- ▶ Schülerbetriebspraktikum
- ▶ Einsatz betrieblicher Daten und Gegenstände als Lehr- und Lernmittel
- ▶ Bewerbungstraining
- ▶ Austausch Ausbilder – Lehrer

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Wago Kontakttechnik, Melitta Haushaltsprodukte, Hagemeyer, Rose Systemtechnik, BASF Pharma Chemikalien, Diakonisches Werk Minden, Karstadt, Sparkasse Minden-Lübbecke, Arbeitgeberverband Kreis Minden-Lübbecke e. V., Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen-Lippe e. V.

Perspektiven

- ▶ Intensivierung der Partnerschaften und Einbeziehung aller weiterführenden Schulen in Minden

Kontakt

Philipp Koch
Stadt Minden

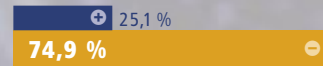
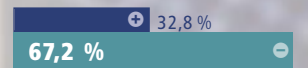
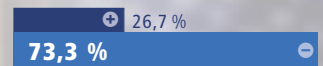
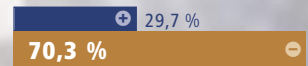
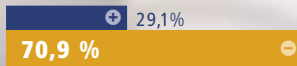
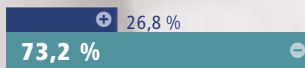
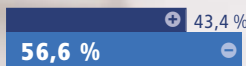
05 71. 8 97 01

p.koch@minden.de



Ziel 5

**Information und Kooperation stärken
– Engagement fördern**



Zufriedenheit der Schulleiter mit der Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung
Zufrieden + | Nicht zufrieden -

Zufriedenheit der Schüler mit den Freizeitangeboten in der Stadt
Sehr zufrieden + | Nicht zufrieden -

Information der Eltern über Beratungsstellen in der Stadt
Sehr informiert + | Wenig informiert -

»Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.«

Diese Redensart scheint auf den ersten Blick kaum einen Bezug zu unserer modernen Welt zu haben. Doch sie trifft genau das, was unsere Gesellschaft zum Leidwesen der nachwachsenden Generation aus den Augen verloren hat: Bildung und Erziehung sind eine Gemeinschaftsaufgabe! Sie sind nicht nur Aufgabe von Elternhaus, vorschulischen Einrichtungen und der Schule, sondern des gesamten Gemeinwesens.

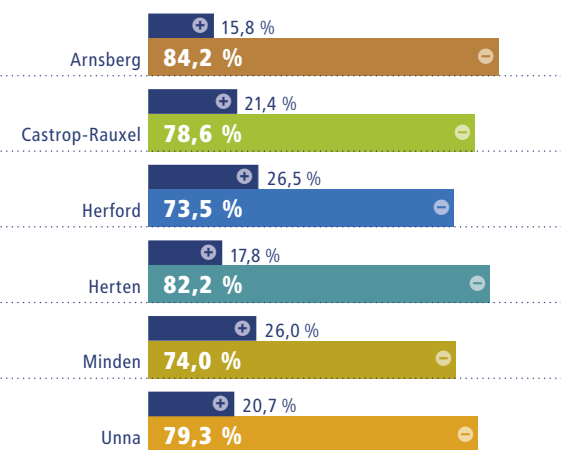
Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren, ist in großen Teilen der Bevölkerung vorhanden. Darum gilt es, Transparenz herzustellen und Anreize zu schaffen, die Zusammenarbeit der Institutionen zu stärken und Bürger aktiv einzubinden. Dazu gehört auch die Gewinnung von verlässlichen Kooperationspartnern, die sich bei der Gestaltung des Schullebens einbringen. Eine gute Schullandschaft ist so gut wie die Summe der Anstrengungen aller, die sich an ihrer inneren und äußeren Gestaltung beteiligen.

Doch oft scheitert eine konstruktive Zusammenarbeit daran, dass »die eine Hand nicht weiß, was die andere tut«. Notwendig ist die enge Vernetzung von Akteuren, also die Gründung von Verantwortungsgemeinschaften jenseits des gewohnten Denkens in Zuständigkeiten – nur so können Ziele und Wege optimal aufeinander abgestimmt werden.

»Früher wurden unsere Kinder und Jugendlichen zweigeteilt: Vormittags gehörten sie zum Fachbereich ›Kultur, Bildung, Sport, Schule, VHS und Stadtarchiv‹. Nachmittags war für den selben Schüler der Fachbereich ›Jugend, Soziales und Gesundheit‹ zuständig. Probleme wurden gerne hin- und hergeschoben«, so fasst Projektleiter Gerd Schmidt die Situation zusammen, die in Arnsherg niemand mehr hinnehmen wollte. Zug um Zug wurde hier wie auch in Herten die Verwaltung umgebaut und dabei die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt. Im Ergebnis wurde so die Kooperation der Bereiche »Schule« und »Jugendhilfe« erheblich verbessert und gleichzeitig eine neue Kultur der Zusammenarbeit entwickelt.

Unterstützung und Hilfe kann nur dann gegeben werden, wenn das Hilfsangebot auch bei allen Zielgruppen bekannt ist. Nur wer voneinander weiß, kann zusammen arbeiten. So wurde in allen Städten intensiv an der Verbesserung der Informationen gearbeitet, beispielsweise in Form von Fachtagungen, Broschüren, Workshops und Fortbildungen. Eine Kommune gibt in Elternbriefen wichtige Entscheidungshilfen zur Schullaufbahn-Entscheidung nach der 4. Klasse, und Schüler aus Castrop-Rauxel erstellten gar eine komplette Datenbank mit den sozialen Hilfsangeboten in ihrer Stadt, für jeden Bürger im Internet abrufbar. Mit den Sportangeboten von Schulen und Vereinen setzten sich Schüler in Minden intensiv auseinander – einer umfassenden Fragebogenaktion folgten konkrete Maßnahmen, um den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerechter zu werden.

Wie sich Schule und Umfeld öffnen und in einer Art Netzwerk zusammenwirken können, zeigt ein Beispiel aus Herford. Und in Arnsherg setzen sich engagierte Senioren zusammen mit Kindern mit der Geschichte ihres unmittelbaren Umfeldes auseinander. ■



Wissen der Schüler, an wen sie sich wenden können, wenn sie sich mehr engagieren wollen

Sehr informiert + | Wenig informiert -

»Soziales Forum online«

Castrop-Rauxel verfügt wie andere Städte auch über ein umfangreiches soziales Netzwerk: Öffentliche Sozialleistungsträger, Wohlfahrtsverbände, Vereine und viele Selbsthilfegruppen bieten ihre Hilfe an. Oft handelt es sich dabei um ein kompliziertes Geflecht stark spezialisierter Dienste, das sowohl für die Betroffenen als auch für die Anbieter nicht immer überschaubar ist.



Schüler erstellen eine Datenbank

Aus diesem Grund wurde das Projekt »Soziales Forum online« gestartet, das sämtliche nicht-kommerziellen Angebote aus dem sozialen Bereich sammelt, ordnet und allen Bürgern via Internet verfügbar macht. Die Aufarbeitung für das »world-wide-web« übernahm ein Informatik-Kurs der 8. Klasse der Fridtjof-Nansen-Realschule. Drei Stunden pro Woche beschäftigten sich die etwa 14-jährigen Schüler mit dem HTML-Programm für die Gestaltung von Internet-Seiten und der Bedienung und Gestaltung von Datenbanken – unterstützt von einem Informatiker des »Paritätischen Wohlfahrtsverbandes«, der die technische Seite des Projekts übernommen hat. Parallel dazu wurden von den Schülern mittels eines im Sozialwissenschafts- und Informatikunterrichtes erarbeiteten Frage- und Auswertungsbogens die Aktivitäten und Angebote von Selbsthilfegruppen erfasst und dokumentiert.

Im Rahmen eines Projektnachmittags bekam das »Soziale Forum online« den letzten Schliff. Allen Bürgern in Castrop-Rauxel stehen jetzt ein Navigationssystem und ein wertvoller Erfahrungsspeicher zur Verfügung: Per Such- und Ergebnisfunktion werden blitzschnell Adresse, Telefonnummer, Öffnungszeiten, Ansprechpartner und alles Wissenswerte gefunden. Verweise zu den Internetseiten der Anbieter und eine Forumfunktion für Berater und Betroffene

vertiefen die Informationen und ermöglichen eine Auseinandersetzung mit dem Beratungsangebot schon vor der ersten Kontaktaufnahme. Ein weiterer Vorteil: Informationen dieser Art sind aktuell – und bleiben es bei entsprechender Wartung.

In Zukunft wollen die Schüler diejenigen Dienste, die keine eigene Internetseite haben, bei Aufbau und Pflege eines eigenen Auftritts im »world-wide-web« unterstützen. Durch »Schülerteaching« könnten Selbsthilfegruppen in der Schule in die Nutzung der Datenbank eingewiesen werden. Auf diese Weise wird es zu einer Zusammenarbeit und Verzahnung von Schulen und Verbänden, Vereinen und Gruppen kommen – möglicherweise sogar zu einer Nachwuchsgewinnung bei den sozialen Institutionen.

Mit dem Projekt »Soziales Forum online« ist es gelungen, Schulentwicklung sowie Reform und Angebot kommunaler Dienstleistung auf ganz praktische Art und Weise miteinander zu verbinden. Schüler, Bürger und Verwaltung in Castrop-Rauxel profitieren gleichermaßen von dem Projekt: Schüler erleben einen praxisorientierten, fächerübergreifenden Unterricht und lernen gleichzeitig ihre Stadt besser kennen. Bürger bekommen eine Orientierungshilfe »frei Haus« geliefert, und die Verwaltung kann ein wünschenswertes Informationsangebot realisieren, das ohne diese Kooperation an den Kosten gescheitert wäre. ■

Ziele

- ▶ Fächerübergreifende und praxisbezogene Vermittlung von Medienwissen
- ▶ Frühzeitige Qualifizierung von Schülern in der Gestaltung von Internet-Seiten
- ▶ Erstellung eines nutzbaren Produkts durch die Gestaltung einer Internet-Seite zu sämtlichen nicht-kommerziellen Angeboten aus dem sozialen Bereich in Castrop-Rauxel

Vorgehensweise

- ▶ Erstellung einer Datenbank
- ▶ Erfassung und Dokumentation der Aktivitäten und Angebote von Selbsthilfegruppen mittels eines im Sozialwissenschafts- und Informatikunterrichtes erarbeiteten Frage- und Auswertungsbogens
- ▶ Projektnachmittage

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Perspektiven

- ▶ Unterstützung einzelner Dienste bei Aufbau und Pflege eines eigenen Auftritts im Internet
- ▶ Einweisung der Selbsthilfegruppen in die Nutzung der Datenbank im Rahmen von »Schülerteaching«

Erfolgsfaktoren

- ▶ Zu wenige Lehrer trauen sich und ihren Schülern dieses Projekt zu. Bei vielen Anbietern aus dem sozialen Bereich gibt es außerdem starke Berührungsängste mit dem Medium. Hier gilt es zu überzeugen

Kontakt

- ▶ **Rolf Trimborn**
Bereich Wirtschaftliche Hilfen
- ▶ 0 23 05 . 1 06 - 24 57
- ▶ rolf.trimborn@castrop-rauxel.de
- ▶ www.soziales-forum-online.de

Kooperation im Stadtteil



Die Herforder »Grundschule Diebrocker Straße« liegt in einem schwierigen sozialen Umfeld. Bei nicht wenigen Kindern sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht nicht vorhanden: Sie erscheinen unregelmäßig zum Unterricht und sind zum Teil unausgeschlafen, mangelernährt oder nicht der Jahreszeit entsprechend gekleidet. Kinder, die sich mit massiven häuslichen Problemen auseinandersetzen müssen oder unzureichend Deutsch sprechen, sind nicht in der Lage, dem Unterricht zu folgen.

Gemeinsam haben sich Schule und Stadt auf den Weg gemacht, diese Kinder zu unterstützen. Hilfreich waren zahlreiche Kooperationspartner und die gleichzeitige Teilnahme an dem von der Bertelsmann Stiftung und dem Land NRW initiierten Reformvorhaben »Schule und Co.«.

1. Unterstützung/Förderung

Gleitende Einschulung – »Aller Anfang ist schwer«, und deshalb geht die »Grundschule Diebrocker Straße« früher als andere auf die zukünftigen Erstklässler zu, lädt Eltern und Kinder zur Anmeldung ein und überprüft schon früh in spielerischer Form Sprachstand, Sprechvermögen und Zahlerfassung des Kindes. So können durch die Früherkennung fehlender Fähigkeiten die entsprechenden Hilfen schon vor der Einschulung einsetzen. Elternabende, an denen ein türkischer Kollege als Übersetzer teilnimmt, »Schnupperunterricht« und ein »Tag der offenen Tür« machen den Schritt in das Leben als Schulkind leichter. 95 Prozent der Familien nehmen diese Angebote wahr.

»Schwierige Kinder« – Lehrer werden beim Umgang mit diesen Schülern nicht länger allein gelassen. Standardisierte Briefe informieren Eltern einfach und zeitnah über Auffälligkeiten ihres Kindes. In Beratungsgesprächen werden Regeln vereinbart und Grenzen aufgezeigt. Bei Bedarf wenden sich die Lehrer an externe Stellen wie das Jugendamt, den schulpsychologischen Dienst oder die Schule

für Erziehungshilfe. Eine Datei von Beratungsinstitutionen erleichtert den Zugriff auf geeignete Hilfsangebote.

Hausaufgabenhilfe – Mit Hilfe der Stadt und anderer Institutionen wurden acht Hausaufgabenhilfen etabliert. Diese Angebote richten sich an Kinder, die besondere Förderung benötigen. Voraussetzung für die Teilnahme ist, dass die Schüler regelmäßig erscheinen. Mit erledigten Hausaufgaben fällt das Lernen im Unterricht leichter und macht mehr Spaß.

Sonderpädagogische Fördergruppe – Hier wird Kindern geholfen, die aufgrund ihrer Verhaltensauffälligkeiten nicht in einer regulären Grundschulklasse arbeiten können. Gegenüber der Sonderschule für Erziehungshilfe, die diese Schüler normalerweise unterrichtet, hat die sonderpädagogische Fördergruppe zwei entscheidende Vorteile: Zum einen bleiben die Kinder in ihrem sozialen Umfeld und können weiterhin wohnortnah zur Schule gehen. Zum anderen erleichtern die räumliche Nähe und die Berührungspunkte mit der Grundschule bei gemeinsamen Aktivitäten wie Ausflügen die angestrebte Integration. Dies ist wichtigstes Ziel der sonderpädagogischen Fördergruppe, die außerordentlich erfolgreich arbeitet.

Schulsozialarbeit – Im Mittelpunkt der von Fachkräften der Stadtverwaltung geleisteten Arbeit stehen Familienhilfe und Prävention. Wöchentlich werden Sprechstunden nicht nur für Lehrer und Eltern, sondern auch für Kinder angeboten.

Ziele

- ▶ Lebens- und Lernbedingungen für Kinder verbessern
- ▶ Öffnung von Schule

Vorgehensweise

- ▶ Einrichtung einer Steuergruppe
- ▶ Gewinnung von Kooperationspartnern
- ▶ Netzwerkarbeit
- ▶ Einzelmaßnahmen bei Unterstützung/Förderung, Elternarbeit, Kooperation/Vernetzung
- ▶ Fortbildungen

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Kindergärten, Horte, verschiedene Freizeiteinrichtungen wie z. B. Sportvereine, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Beratungsstellen, Förder- und Therapieeinrichtungen, Gesundheitsamt, Kinderärzte, Kirchliche Einrichtungen, Kooperationspartner aus dem Stadtteil, Verein zur Betreuung von Grundschulkindern e. V.

Perspektiven

- ▶ Intensivierung der Kontakte mit den Außeninstitutionen
- ▶ Erweiterung der schulinternen Sozialarbeit
- ▶ Fortbildung des Kollegiums

Erfolgsfaktoren

- ▶ Um den zahlreichen Arbeitsgruppen Terminabsprachen zu erleichtern, werden an einem festgelegten Wochentag alle Klassen nach der fünften Stunde entlassen

Kontakt

- ▶ **Monika Isemann,**
Schulleiterin
- ▶ 0 52 21. 5 33 21
- ▶ 0 52 21. 91 13 50

→ 2. Elternarbeit

Auf die aktive Mitarbeit der Eltern wird an dieser Grundschule besonderer Wert gelegt. So tragen sie z. B. als Lotsen zur Sicherheit ihrer Kinder beim Busfahren bei und betreuen eine gemeinsam aufgebaute Schülerbücherei. Im Rahmen eines Projektes wurde der Schulhof verschönert und gleichzeitig das Zusammenwirken der Eltern untereinander intensiviert. In fast allen Klassen hat sich eine Stammelternschaft herausgebildet, die die Anliegen der Klasse vertritt und vorantreibt. Darüber hinaus wurden an dieser Schule weitere spezifische Maßnahmen entwickelt:

Elterntraining – Gemeinsam mit der Evangelischen Jugendhilfe wird ein zeitlich begrenztes Elterntraining angeboten: In zweistündigen Blöcken bearbeiten die Eltern Erziehungsfragen unter professioneller Anleitung.

Muttersprachliche Assistenz – Eltern ausländischer Herkunft, die sowohl ihre Muttersprache als auch Deutsch fließend sprechen, erhalten eine Ausbildung von INVIA (Kath. Bildungswerk) in den Bereichen Kommunikation und Konflikttraining. Sie erfahren alles Wissenswerte über Schule und finden anschließend dort ihren Einsatz als Übersetzer und Vermittler bei Elternabenden, Elternsprechtagen und anderen Veranstaltungen. Sie helfen Eltern der eigenen Nationalität bei Anmeldung und Einschulung und stehen ihnen für verschiedene Belange zur Verfügung.

3. Kooperation/Vernetzung

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern:

Kindergärten, Horte und weiterführende Schulen – Enge Kontakte zwischen Lehrern, Schulleitung und Erziehern aller Schul- und Betreuungsformen tragen dazu bei, Probleme besser zu lösen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Beispiel Kindergarten: Die Erzieher nehmen an Elternabenden in der Schule teil, die Lehrer besuchen »ihre neuen Kinder« im Kindergarten und umgekehrt die Schulanfänger den Unterricht.

Arbeiterwohlfahrt (AWO) – Dieser Kooperationspartner unterstützt die Grundschule durch die Beteiligung an der Hausaufgabenhilfe und bietet Sprachkurse für ausländische Eltern an. Dabei werden in erster Linie Mütter einbezogen, die nur wenig Deutsch sprechen. Die AWO übernimmt die Organisation, die Schule stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung. Um gezielt die Kinder zu fördern, deren Elternhäuser dazu nicht in der Lage sind, läuft das Projekt »INTERKID«: Zwanzig Kinder verschiedener Nationalitäten dürfen an zwei Nachmittagen für je zweieinhalb Stunden mit ausgebildeten Erziehern Hausaufgaben machen, spielen, basteln, kochen, schwimmen gehen, das Theater besuchen – sogar in den Schulferien. Die AWO hilft außerdem bei Elternabenden und Elternsprechtagen, um zu dolmetschen oder Eltern anderer Kulturen unser Schulsystem zu erklären.

Stadtteilkonferenz – Vierteljährlich treffen sich die Kooperationspartner aus dem Stadtteil: Vertreter von Vereinen, kirchlichen Einrichtungen, Beratungsstellen, freien Trägern, Kindergärten, Horten, der Polizei, der Politik und anderen Schulen kommen zusammen, um Probleme zu diskutieren, Lösungswege zu finden und gemeinsame Aktionen zu planen. Die Grundschule steht dabei jeweils im Mittelpunkt der Stadtteilaktivitäten – auch bei dem gemeinsamen Fest, das alle zwei Jahre stattfindet. Darüber hinaus entscheidet die Konferenz über die Vergabe von Geldern, z. B. für die Hausaufgabenhilfe.

Kooperation mit der »Albert-Schweitzer-Schule« – Ziel dieser Kooperation mit einer Schule für Lernbehinderte ist die Prävention. Bei Bedarf kann jede Woche für zwei Stunden ein Lehrer der »Albert-Schweitzer-Schule« angefordert werden. Dieser versucht gemeinsam mit den Grundschullehrern Lösungen zu finden und wenn möglich den Übergang zur Sonderschule zu verhindern. Er bietet Hilfen zur Lernfelddiagnose oder übernimmt auch direkte Fördertätigkeit. ■



Ziele

- ▶ Systematische Förderung von Kindern und Jugendlichen
- ▶ Bündelung aller Verwaltungsleistungen für diese Zielgruppe

Vorgehensweise

- ▶ Bildung von Fachbereich und Ausschuss »Schule und Jugend«
- ▶ Einrichtung eines Bildungsbüros und einer kommunalen Steuerungsgruppe
- ▶ Koordination aller Projektaktivitäten zur Verbesserung der Schullandschaft
- ▶ Informationen in Form von Veranstaltungen und Broschüren

Erfolgsfaktoren

- ▶ Die Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltung, Schulen und Jugendhilfe muss schrittweise entwickelt werden, um gegenseitige Vorbehalte abzubauen. Die Zusammenführung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses zu einem neuen politischen Gremium ist nur möglich unter Nutzung der Experimentierklausel der Gemeindeordnung.

Kontakt

Gerd Schmidt

Fachbereichsleiter Schule und Jugend

☎ 0 29 32 . 2 01-12 35

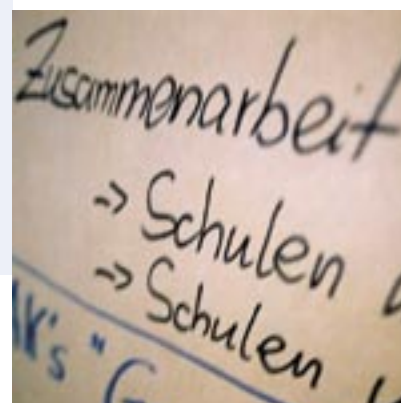
✉ Fachbereichsbuero3.0@arnsberg.de

Beate Höllmann

Regionales Bildungsbüro der Stadt Arnberg

☎ 0 29 32 . 2 01-15 81

✉ bildungsbuero@arnsberg.de



Umbau der Verwaltung

Die systematische Förderung von Kindern und Jugendlichen dient der kommunalen Zukunftssicherung. Darum wird Erziehung und Bildung in der Stadt Arnsberg als Gemeinschaftsaufgabe verstanden. Ein solches Verständnis erfordert, konsequent die Lebenslagen junger Menschen zum Bezugspunkt der Arbeit von Politik und Verwaltung zu machen. Um die Angebote für Kinder und Jugendliche zu verzahnen und qualitativ weiterzuentwickeln, hat die Stadt Arnsberg deshalb einen Fachbereich »Schule und Jugend« gebildet und diesem einen entsprechenden Fachausschuss an die Seite gestellt.

Schwerpunkt der Arbeit des Rates ist es, »Kinder und Jugendliche stark zu machen«. Schnell wurde jedoch deutlich, dass die neuen Anforderungen in den vorhandenen Strukturen nur schlecht umzusetzen waren. Leben und Lernen wurde auch in Arnsberg aus der Perspektive einzelner Zuständigkeiten gesehen und in traditionelle Ressorts aufgeteilt. Die neue ganzheitliche Sicht von Bildung und Erziehung führte zur grundlegenden Veränderung der Strukturen in Stadtverwaltung und -politik. Die Verwaltungsbereiche »Schulverwaltung« und »Jugendamt« wurden in einem neuen Fachbereich »Schule und Jugend« zusammengeführt, und auf politischer Ebene wurde – unter Nutzung der Experimentierklausel der Gemeindeordnung und mit einer entsprechenden Ausnahmegenehmigung des Landes NRW – ein gemeinsamer Ausschuss »Schule und Jugend« geschaffen.

Die Vorteile der Arnsberger Vorgehensweise liegen besonders in der erheblich verbesserten Kommunikation und Vernetzung der Bereiche, aber auch in der Zusammenführung von Personal- und Finanzressourcen. In Arnsberg wird im zuständigen Ausschuss »Schule und Jugend« das Budget nun gemeinsam beraten. Die Frage, wo die Ressourcen für Kinder und Jugendliche die maximale Wirkung erzielen können, wird jetzt im Dialog von Schule und Jugendhilfe entschieden.

Nicht nur für die Politik, sondern auch für die Verwaltung bedeutet diese neue Organisationsform eine erhebliche Arbeitserleichterung. Die räumliche Zusammenlegung der Verwaltungsbereiche und regelmäßige Treffen der Abteilungen führten zu einer eingespielten Zusammenarbeit. In den Leitungsrunden werden Bedarfe abgeglichen, Strategien entwickelt sowie Projekte geplant, in der Umsetzung begleitet und evaluiert. Mit Hilfe dieser neuen Struktur werden einzelne Aufgaben gezielter und besser gelöst, die in der Trennung zwischen »Schulverwaltungsamt« und »Jugendamt« nur schlecht zu bewältigen waren. Das neue Modell unterstützt gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit den verschiedenen Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe, der Jugendarbeit sowie den Familien und Sozialdiensten. Dies geschieht nicht nur, wenn es die individuelle Situation von Kindern und Jugendlichen verlangt, sondern auch bei der Entwicklung pädagogischer Rahmenkonzepte.

Die Ausrichtung auf die Arbeitsbedürfnisse der Schulen wird begleitet von einer Informationsoffensive. Über Angebote und Aufgaben des Fachbereiches »Schule und Jugend« gibt z. B. ein Informationsblatt Auskunft: Hier finden Schulen, Tageseinrichtungen und Freizeitstätten Adressen von Ansprechpartnern und Hinweise auf die Unterstützungsangebote des Fachbereiches.

Um die ambitionierte Projektarbeit mit hohem Informations- und Koordinationsaufwand zu ermöglichen, ist ein Bildungsbüro eingerichtet und mit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin besetzt worden. Die Gesamtsteuerung der Reforminitiative liegt in den Händen einer kommunalen Arbeitsgruppe, die sich aus Verwaltung, Vertretern aller Schulformen und den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen sowie engagierten Bürgern zusammensetzt – auch dies ein ungewohnter Schritt im Vergleich zu üblichen Verwaltungsabläufen.

Die Umstrukturierung von Verwaltung und Politik hat sich bewährt. Die Probleme von Kindern und Jugendlichen werden nun ganzheitlich betrachtet. Durch den Reformprozess wurden in Arnsberg Erziehung und Bildung verstärkt in das öffentliche und politische Bewusstsein gerückt. Nicht zuletzt hat dieser Prozess den Weg in das Projekt »Selbständige Schule« geebnet, denn von der Ernsthaftigkeit der eigenen Reformbemühungen hatte der Schulträger seine Schulen längst überzeugt. Diesen Weg – gemeinsamer Fachbereich, gemeinsamer Fachausschuss, gemeinsames Budget – geht neben Arnsberg auch die Stadt Herten. ■

Geschichte lebendig machen

»Früher war alles anders!« Wie es aber wirklich war, das erfahren Arnsberger Schüler im Rahmen zweier Projekte, die sich mit der Geschichte ihres unmittelbaren Umfeldes auseinander setzen. Dabei bringen Senioren ihre Erfahrungen und Erlebnisse ein und stellen sich der gemeinsamen Verantwortung für Schule, Bildung und Erziehung.

Schüler und Senioren arbeiten zusammen

Geschichtswerkstatt Unterhüsten

Bei regelmäßigen Treffen und gemeinsamen Exkursionen von Senioren und Grundschulern werden Themenbereiche wie »Schule früher und heute«, »Kindheit«, »Kirche«, »Arbeit« und »Kriegszeit« gemeinsam erarbeitet. Warum heißt eine Straße »Hüttengraben«? Wie wurde früher Weihnachten gefeiert? Was ist eine Lohntüte? Und wie haben die Senioren Krieg, NS-Zeit und Armut erlebt? Eine durch Zufall in einem Schrank der Ruhrschule gefundene Karteikarte des jüdischen Schülers Werner Grünewald intensiviert die bisherigen Arbeit der Geschichtswerkstatt: Schüler und Senioren gingen dem Schicksal des Jungen nach, der aufgrund seines Glaubens der Schule verwiesen wurde und mit seiner Familie im Konzentrationslager ums Leben gekommen ist. Die Kinder erfuhren, wo Werner seinen Sitzplatz in ihrer Schule hatte, und eine Frau, die damals in dem jüdischen Haushalt geputzt hatte, erzählte von dem Jungen. Schließlich wurde sogar der Onkel von Werner Grünewald in London aufgefunden gemacht. Er besuchte die Grundschüler in Arnsberg und brachte Briefe des Jungen mit, die Werner im KZ geschrieben hatte. Es wurde ein Gedenkbuch über Werner Grünewald erstellt, das, ins Englische übersetzt, sogar von dem Holocaustarchiv Yad Vashem in Israel angefordert wurde.

Das Projekt ist mit Preisen des Bundesbildungsministeriums und der Bezirksregierung Arnsberg ausgezeichnet worden.

»Fünfziger Jahre«

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Städtischen Fröbelschule, einer Sonderschule für lernbehinderte, erziehungsschwierige und sprachgestörte Kinder, gestalteten Jung und Alt gemeinsame Projekttag rund um die »Fiftys«.

Zunächst berichteten die Senioren über ihre Erfahrungen aus dem Alltagsleben der 50er Jahre. Dann trugen alle gemeinsam 50 Jahre alte Exponate wie hölzerne Stundenpläne, Schiefertafeln, Möbel, Kleidung und Musik zusammen. Auch alte Spiele und Tänze wurden wieder ausprobiert und zum Jubiläumstag vorgeführt, an dem es sogar eine »Schulspeisung« wie früher gab.

Alt und neu gingen in diesem Projekt »Hand in Hand«: auf der einen Seite die Beschäftigung mit Gebrauchsgegenständen der älteren Generation, auf der anderen Seite der Einsatz moderner Medien zur Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit des Projekts in Form von Plakatentwürfen und Presseberichten. Hier gaben die berufserfahrenen Senioren als »Fachexperten« ihr Wissen an die Schüler weiter oder profitierten von den Erfahrungen der Jüngeren.

Im Vordergrund beider Projekte stand das Gemeinschaftserlebnis. Über die Generationen hinweg wurde Schulgeschichte aufgearbeitet. Dabei waren Schüler frei von kognitiven Leistungsanforderungen, sie erfuhren ihre Schule als neuen Lebensraum – und ihre Schule öffnete sich zum Stadt-



Ziele

- ▶ Generationsübergreifende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
- ▶ Öffnung von Schulen

Vorgehensweise

- ▶ Fachübergreifender Projektunterricht
- ▶ Geschichtswerkstatt
- ▶ Erstellung einer Dokumentation über einen jüdischen Schüler der Stadt
- ▶ Projekttag und Jubiläumsveranstaltung zu den 50er Jahren
- ▶ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- ▶ Ausdehnung der Zusammenarbeit auf weitere Kooperationsfelder, z. B. Fotokurse

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Koordinationsstelle Seniorenarbeit »Wendepunkt«, Seniorengruppe Aktiv 55 plus, Förderverein »Wendepunkt e. V.«, Freiwilligenzentrale

Perspektiven

- ▶ Partnerschaft mit der Michael Sinai Sobell Schule bei London (größte europäische jüdische Grundschule)
- ▶ Erstellung eines Heimatlesebuches für den Ortsteil Hüsten

Erfolgsfaktoren

- ▶ Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust muss dem Alter der Kinder entsprechen und hat klare Grenzen

Kontakt

Marita Gerwin

Stadt Arnsberg, Koordinationsstelle für Seniorenarbeit

☎ 0 29 32 . 52 90 54

✉ wendepunkt@arnsberg.de

teil hin. Dieser praxisnahe Schulunterricht ermöglichte es, dass sich die Generationen näher kamen – ein Beitrag zu mehr Verständnis, Akzeptanz und Aktivierung zu bürgerschaftlichem Engagement. ■

Schüler als Meinungsforscher

Untersuchung der Sportangebote

Der hohe Stellenwert des Sports bei Kindern und Jugendlichen ist unumstritten. Jedoch zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass kaum Daten zur Situation des schulischen und außerschulischen Sports, und erst recht nicht aus Sicht der betroffenen Zielgruppe vorliegen. Hier setzt eine Kooperation zwischen dem »Arbeitskreis Sport« und dem Ratsgymnasium Minden an.

Um Aufschluss über die Sportsituation in Schule und Verein sowie über die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Minden zu bekommen, hat sich der »Arbeitskreis Sport« im Rahmen der Bildungsnetzarbeit für eine Schülerbefragung entschieden. Es wurde ein entsprechender Fragebogen erarbeitet, der Schülern der 4., 6., 8. und 10. Jahrgangsstufe jeder Schulform vorgelegt wurde. In Kooperation mit dem Mindener Ratsgymnasium erfolgte die Auswertung. Die Befragung wurde zum Unterrichtsgegenstand zweier Informatikkurse der 9. Jahrgangsstufe, in dem über 600 Fragebögen von den Schülern ausgewertet wurden. Die Ergebnisse zeigen Trends auf und machen deutlich, wo Defizite im Schul- und Vereinssport aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen liegen. Hieraus ergeben sich Ansatzpunkte für die Entwicklung neuer Maßnahmen im Sport. Bei-

spielsweise sagten 91 Prozent der Befragten, dass Sport für sie »sehr wichtig« bzw. »wichtig« sei. Der Schulsport macht allerdings eher einen vernachlässigten Eindruck: 54 Prozent der Schüler gaben an, nur zwei Stunden Sport in der Woche erteilt zu bekommen – drei Stunden sind laut Lehrplan Pflicht.

Ein weiteres Resultat der Schülerbefragung ist die verbesserte Zusammenarbeit von Vereins- und Schulsport. Die Hauptschule Dankersen hat beispielsweise in Kooperation mit dem Kreissportbund Minden-Lübbecke, dem Kinderschutzbund und der Kanusportgemeinschaft der Gesamtschule an zwei Nachmittagen in der Woche eine verlässliche Betreuung nach der Unterrichtszeit bis 16.00 Uhr eingerichtet. Nach der Hausaufgabenhilfe steht Sport auf dem Programm – mit dem Schwerpunkt Kanufahren.

Ebenso wurden Kontakte zwischen dem Pool Billard Club und der Gesamtschule geknüpft. Weitere Kooperationsmöglichkeiten in Form von Projekttagen und freiwilligen Schülersportgemeinschaften sind in der Planung.

Die Schülerbefragung ergab auch, dass nach wie vor Inline-Skating die beliebteste Trendsportart ist. 55 Prozent der befragten Jungen und sogar 72 Prozent der Mädchen skaten regelmäßig. Aufgrund dieser eindeutigen Ergebnisse werden jetzt regelmäßig »Inliner-Events« veranstaltet. Und Schüler des Besselgymnasiums haben während einer Projektwoche Skaterstrecken im Stadtgebiet erarbeitet, die interessierten Inlinern zur Verfügung gestellt werden.

Die Einschätzungen, Bedürfnisse und Wünsche von Kindern und Jugendlichen zu dem für sie wichtigen Thema Sport werden in zukünftigen Maßnahmen der Stadt Minden Berücksichtigung finden. Mit der Förderung der Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen wurde ein Schritt getan, um den Defiziten im Sport entgegenzuwirken und die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen zu intensivieren. Die Arbeit im Bildungsnetz zeigt auch, dass Vernetzung den Informationsfluss fördert und die Kooperationsbereitschaft verstärkt. ■



Ziele

- ▶ Verbesserung der Sportangebote
- ▶ Stärkung der Medienkompetenz durch Einführung in Access und Excel

Vorgehensweise

- ▶ Ermittlung der Sportsituation in Schulen und Vereinen sowie der Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in Form einer Umfrage unter Schülern
- ▶ Auswertung der Umfrage in einem Informatikkurs
- ▶ Einbeziehung der Ergebnisse in die Schul- und Sportentwicklungsplanung

Umsetzung erster Maßnahmen:

- Sportangebote im Rahmen von Betreuungsprogrammen am Nachmittag
- »Inliner-Events«
- Erarbeitung von Skaterstrecken im Stadtgebiet im Rahmen einer Projektwoche

Partner von Schulen und Verwaltung

- ▶ Arbeitskreis Sport, Kreissportbund Minden-Lübbecke, Kinderschutzbund, Kanusportgemeinschaft, Pool Billard Club Minden

Perspektiven

- ▶ Förderung von freiwilligen Schülersportgemeinschaften
- ▶ Durchführung von Projektwochen mit sportlichen Schwerpunkten in Kooperation mit Verbänden und Sportverwaltung

Kontakt

📞 Annette Amann

Stadt Minden; Sportbüro

📞 05 71. 8 96 39

✉ a.amann@minden.de

Inter



Cay Süberkrüb
Stadtrat in Herten



Hans-Josef Vogel,
Bürgermeister der Stadt Arnberg

Vieles ist im Rahmen des Projektes »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« auf den Weg gebracht worden, Verbesserungsmaßnahmen wurden konzipiert und umgesetzt. Profitiert haben alle davon: Eltern, Lehrer, Schüler und letztlich die ganze Stadt. Eine im Dezember 2001 durchgeführte Befragung von Vertretern aus Verwaltung, Politik, Schulen und Bürgerschaft belegt die Richtigkeit des Ansatzes und das Erreichen der bei Projektstart vereinbarten Zielsetzungen. So melden 66 Prozent der Befragten zurück, dass durch die größere Beteiligung der Betroffenen inhaltlich bessere Lösungen erarbeitet werden, weitere 24 Prozent sehen hier wichtige Fortschritte. Fast identisch sind die Ergebnisse auf die Frage, ob die Kommunikation in der Schul- und Bildungslandschaft nachhaltig verbessert wurde.

Besonders positive Rückmeldungen erhielten die Städte Arnberg und Herten: Hier sind 87 Prozent bzw. 83 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Problemstellungen im Bildungsbereich in ihren Städten jetzt verstärkt aufgegriffen werden, weitere 13 Prozent bzw. 17 Prozent vertreten die Auffassung, dass wichtige Teilerfolge erzielt wurden.

In einem Rück- und Ausblick geben der Arnberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel und der Hertener Stadtrat Cay Süberkrüb einen Einblick in die vielfältige Arbeit in den Kommunen – und warum sie aus ihrer Sicht so erfolgreich dabei sind.

view

»Voneinander lernen«

Grundlage für die Weiterentwicklung der kommunalen Schullandschaft ist die Erarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen. Können Sie uns die wichtigsten Ziele Ihrer Kommune nennen?

Cay Süberkrüb † Herten ist in einer besonderen und strukturell äußerst schwierigen Lage durch den kompletten Wegfall der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Wir haben es hier mit Menschen zu tun, die ihre Traditionen – auch im Bildungsbereich – oft aus dieser Bergbauorientierung herleiten. Das Hertener Zukunftsprogramm nennt deshalb drei große Zielfelder für die Stadt: »Strukturwandel und Wirtschaftsförderung«, »Kinder und Jugendliche besonders im Bildungsbereich fördern« und »Soziale Hilfen reformieren«.

Hans-Josef Vogel † In Arnsberg haben wir uns vier umfassende Ziele gesteckt. Zum einen wollen wir ungleichen Bildungschancen begegnen. Stichwort »individuelle Förderung«, zum Beispiel wenn es um Migrantenkinder, aber auch um Hochbegabte geht. Ein weiterer Schwerpunkt ist die bessere Beratung von Eltern und Schülern in allen Lebenslagen. Unser drittes Ziel heißt: »Jugendliche insbesondere bei dem wichtigen Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf unterstützen«. Und nicht zuletzt wollen wir Information, Kommunikation und Kooperationen ausbauen. Das heißt: Schule soll weitaus intensiver als bisher mit Jugendhilfe, Kultur, Sport und vielen anderen Bereichen vernetzt werden.

Die Schullandschaft zu verändern erfordert die Einbindung vieler Partner. Wie konnte in Ihrer Kommune ein Konsens über diese Ziele hergestellt werden?

Hans-Josef Vogel † Wichtig ist, dass alle Akteure von Anfang an dabei sind: bei der Erstellung des Leitbildes, bei der Erarbeitung von Zielen und Indikatoren, bei der Entwicklung von gemeinsamen Problemsichten. Diesen Prozess haben wir in Arnsberg auf Verständigung und das Gewinnen von Unterstützung angelegt. Hinzu kamen neue Beteiligungsformen, Offenheit und Transparenz. Und immer wieder eine strikte Ergebnisorientierung.

Wie und wo haben Sie notwendige Kooperationen aufgebaut?

Cay Süberkrüb † In Herten gibt es verschiedene Herangehensweisen. Der direkte Kontakt mit den Bürgern läuft über die jährlichen Zukunftswerkstätten »Schule«, die offen sind für alle Interessenten und vielfältigste Themen behandeln. Die Arbeit zu spezielleren und eher überschaubaren Fragestellungen wird in eigens für diesen Zweck gebildeten Gruppen geleistet. Außerdem haben wir institutionalisierte Gruppen wie die Schülersprecherrunde, die Schulleiterkonferenzen und die Arbeitsgruppe »Betrieb Schule« als ständige Partner des Ausschusses für »Schule und Jugend« und des Fachbereichs »Schule und Jugend« einbezogen.

In all diesen Foren habe ich gelernt, dass es für Veränderungsprozesse drei Erfolgsfaktoren gibt: »Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation«.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Schulen, Bürgern und anderen wichtigen Akteuren, und wie gelingt es, diese zu motivieren?

Hans-Josef Vogel † Die Zusammenarbeit muss so früh wie möglich beginnen! Es dürfen auf keinen Fall Maßnahmen vorgegeben und erst danach um Unterstützung und Kooperation gebeten werden. Wenn die Partner – und dazu zählt auch die Stadt – Handlungsnotwendigkeiten gemeinsam erarbeiten, dann beteiligen sich auch alle aktiv an der Umsetzung und bringen ihre Möglichkeiten und Mittel ein: Kontakte, Beratung, Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen. Und dann entsteht Neues, z. B. neue Praktikumsplätze, Betriebsbesichtigungen, gemeinsame Unterrichtsprojekte usw. Die Partner sollten klar vor Augen haben, dass sie von einer Beteiligung profitieren, und sei es indirekt über die Förderung der Entwicklung ihrer Stadt. Und schließlich ist Rechenschaft geben eine wichtige Voraussetzung erfolgreicher Kooperationen. →



→ *Wie stellen Sie in Ihrer Kommune Akzeptanz für die gemeinsame Aufgabe her und zwar sowohl nach innen, als auch nach außen?*

Cay Süberkrüb | Die Indikatoren im Städtevergleich waren für fast alle eine Art »Augenöffner«: Defizite waren nun nicht mehr zu verstecken. Trotzdem ging es nicht darum, einen Schuldigen zu suchen, sondern vielmehr eine gemeinsame Herausforderung anzunehmen. Die Bereitschaft der türkischen Gemeinde etwa, mit dem Thema »Nachholbedarf im Bildungsbereich« in die Moscheen zu gehen und dort für Sprachförderung zu werben, ist dafür ein Beispiel.

Welche Rolle spielt dabei die Verwaltungsführung?

Hans-Josef Vogel | Die Verwaltungsführung muss diese neuen Wege wollen und selbst mitgehen. Also: Freiräume geben, Transparenz der Sachverhalte und Daten schaffen, sich an den besten Ergebnissen der Vergleiche orientieren, daraus intelligentes Lernen ermöglichen, neue Kooperationen entwickeln, Netzwerkarbeit unterstützen, die eigene Organisation darauf ausrichten, Widerstände überwinden und lang andauernde, grundlegende Prozesse durchhalten.

Cay Süberkrüb | Bei uns in Herten hat Bürgermeister Klaus Bechtel das Thema Bildung an die Spitze der Agenda gesetzt – ganz persönlich für sich selbst und für die ganze Stadt. Das hat Schule und Bürgerschaft beeindruckt, und ohne diese Promotorenfunktion wäre das alles viel holperiger gelaufen.

Welche organisatorischen Strukturen tragen zu einer besseren Zusammenarbeit der Akteure bei?

Hans-Josef Vogel | Ganz eindeutig das Zusammenführen der Themenbereiche »Schule« und »Jugend« auf operativer Ebene innerhalb der Verwaltung und auf politischer Ebene in einem Fachausschuss. Weiterhin die Netzwerkarbeit und die Geschäftsführung der Netzwerkarbeit durch die Verwaltung. Aktive Bürger sowie die lokalen Akteure müssen sich auf eine solche Geschäftsführung verlassen können.

Wie müssen sich Verwaltung und Politik verändern, um erfolgreich zusammenzuarbeiten?

Cay Süberkrüb | Politik und Verwaltung haben gelernt, dass das »Schwarzer-Peter-Spiel« nur Ärger und Verdruss, aber keinesfalls inhaltliche Erfolge bringt. Ein konstruktiver Dialog dagegen befähigt uns, trotz unterschiedlicher inhaltlicher Positionen zum Thema »Bildung« ohne Scheuklappen zusammenzuarbeiten.

Hans-Josef Vogel | Das sehe ich genauso – Verwaltung und Politik müssen neue Wege finden, ihre Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Und nur wenn sie ein Stück »Macht«, also Verantwortung und Zuständigkeit, an die Bürger abgeben, gewinnen sie neue Gestaltungsräume und Ressourcen. Hilfreich war in Arnsberg, dass wir unsere Verwaltung neu strukturiert und sie an den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen orientiert haben. Hier also, im Fachausschuss oder im Rat, bilden die in den Netzwerken getroffenen Vereinbarungen die Grundlage für unsere Arbeit.

Haben sie ein Beispiel für den Erfolg neuer Formen der Zusammenarbeit?

Cay Süberkrüb | Ja, ein ganz beeindruckendes: In Herten sind die Schulen seit mehreren Jahren bereit, Geld in einem Projekttopf zusammenzulegen und selbstorganisiert darüber zu entscheiden, für welche Projekte aus diesem Topf eine Ko-Finanzierung erfolgt.

Hans-Josef Vogel | Bildung und Erziehung haben in Arnsberg einen neuen Stellenwert bekommen. So stellen wir trotz erheblicher Einsparzwänge zusätzliche Finanzmittel im Bereich Bildung zur Verfügung. Inhaltlich heißt das: Wir praktizieren heute unter Einbeziehung der Eltern Sprachförderung in Vorschulen und Kindergärten mit spürbar verbesserten Ergebnissen. Die Schüler können bereits in der Eingangsklasse der Grundschule dem deutschsprachigen Unterricht besser folgen. Schule und Jugendhilfe haben zu einer effektiveren Form der Schulsozialarbeit gefunden. Auf der anderen Seite haben wir die Quote von Migrationskindern, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, noch nicht nachhaltig senken können. Hier braucht es längere Wirkungszeiträume.



Welche Bedeutung hat das Berichtswesen?

Cay Süberkrüb | Ohne zu wissen, wo man steht, kann man keine Ziele setzen. Das Berichtswesen stellt eine Transparenz her, die zu einer Versachlichung der Diskussion führt und dann eine zielgenaue, wirkungsorientierte Maßnahmenplanung ermöglicht. Außerdem verstärkt das Berichtswesen deutlich den Wunsch und den Zwang, zielorientiert zu arbeiten. Im Projekt ging es allerdings nie um ein Ranking nach dem Muster »Wer hat die besten Daten«, sondern es fand ein Vergleich auf Grund echten Interesses statt, mit dem Ziel, voneinander zu lernen.

In Zeiten knapper Kassen stellt sich natürlich die Frage, wie eine bessere Bildungslandschaft finanziert werden kann?

Hans-Josef Vogel | Hier zeigt sich eine weitere Stärke des Berichtswesens: Es ermöglicht einen besseren Mitteleinsatz und das Setzen von Prioritäten im Budget des Themenbereichs oder im Haushalt der Stadt. Programme und Maßnahmen, die nicht zielführend sind oder keine Wirkung zeigen, werden gestrichen und ermöglichen Einsparungen. Davon unabhängig geht es hier um Zu-

kunftsinvestitionen. Bildung und Erziehung sind ein Thema von übergeordneter Bedeutung für die Entwicklung einer Stadt in allen wichtigen Bereichen. Lernen wir unsere Lektionen aus den internationalen Berichten: Mehr als ein halbes Prozent Wirtschaftswachstum einiger Länder in den 90er Jahren geht auf Verbesserungen im Bildungswesen zurück – so die jüngste OECD-Bildungsstudie vom Herbst 2002. Auch aus diesem Grund müssen wir mehr für die Verbesserung von Erziehung und Bildung unserer Kinder tun.

Cay Süberkrüb | Auch in Herten haben die gewonnenen Daten für offene Ohren und für die Bereitschaft zu helfen gesorgt. Ein Beispiel ist die Unterstützung durch die Hertener Stadtwerke für die Internetzugänge. Das Berichtswesen hat vor allem dazu geführt, dass eindeutige Prioritäten gesetzt wurden, um finanzielle Mittel zielgenauer einzusetzen. Das hat sich niedergeschlagen in einer äußerst zurückhaltenden Beteiligung an der strengen Haushaltskonsolidierung und in der Investition von mehreren Millionen in die Schulgebäude.

Inwiefern profitieren die Städte von der Zusammenarbeit untereinander?

Cay Süberkrüb | Wir durften sehr viel von unseren Partnerstädten lernen. Das Besondere lag darin, dass Städte mit ganz unterschiedlichen Stärken zusammenkamen. Anders als im Bereich der Industriespionage haben Städte ja den Vorteil, nie der jeweils anderen zu schaden, wenn sie voneinander lernen. Und die Bereitschaft, offen zu zeigen, was man kann, und beeindruckt zuzugeben, wenn man gelernt hat – genau das hat viel Freude gemacht.

Hans-Josef Vogel | Wir lernen schneller, wenn wir voneinander und miteinander lernen. Das ist ein enormer Gewinn an Innovation, an Wissen für eine Stadt. Wir sparen Entwicklungskosten, kürzen Wege ab, werden schneller und präziser. →



→ Die Ziele der Initiative waren sehr hoch gesteckt. In welchem Umfang konnten Sie diese in Ihrer Stadt erreichen? Wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf?

Cay Süberkrüb | Dranbleiben ist angesagt. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht, wie die in dieser Broschüre dargestellten Beispiele zeigen. Viele Projekte brauchen allerdings mehr Zeit, z. B. die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Hans-Josef Vogel | Wir haben zu dieser Frage unsere Partner, aber auch unsere Mitarbeiter und politischen Vertreter befragt. Das Ergebnis freut uns: Über 80 Prozent aller Akteure sehen die Ziele des Projektes als erreicht an. Danach haben wir einen neuen Stellenwert für Bildung und Erziehung geschaffen, Unterstützungsnetzwerke für Schule aufgebaut und die Entscheidungsfindung durch die erhobenen Daten verbessert.

In Zukunft wollen und müssen wir das Berichtswesen allerdings einfacher gestalten. Wir werden das Selbstmanagement der einzelnen Einrichtungen und die Netzwerkarbeit durch verbesserte Kommunikation fördern. Und natürlich müssen wir unsere Ziele ständig überprüfen und anpassen.

Wie geht es in Ihrer Stadt jetzt weiter?

Hans-Josef Vogel | Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt jetzt darin, die Projektstrukturen und -prozesse in der Verwaltung und in der Stadt zu verankern: die Bereitstellung von steuerungsrelevanten Informationen im Berichtswesen, die Netzwerkarbeit, den Kreislauf kontinuierlicher Verbesserung unserer Schullandschaft durch die lokalen Akteure. Gleichzeitig unterstützen wir – auch ein Ergebnis unseres Projektes – unsere Schulen auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit bei Personalgewinnung und -entwicklung, bei den Sachmitteln sowie der Ausgestaltung und Evaluation des Unterrichts im Rahmen des NRW-Modellvorhabens »Selbstständige Schule«. Bei uns geht es weiter im Städtevergleich, es geht weiter mit dem Thema Bildung, mit sehr viel Engagement an den Schulen und dem festen Willen des Schulträgers, dieses Engagement zu stützen und im Interesse der Hertener Kinder und Jugendlichen lebendig zu erhalten.



Good

Bildung zukunftsfähig gestalten – dieser Herausforderung haben sich die beteiligten Kommunen in dem Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« gestellt. Wenn auch Sie in Politik und Verwaltung gemeinsam mit Bürgern, Wirtschaft, Vereinen und natürlich den Schulen Verantwortungsgemeinschaften und damit neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln wollen, so empfiehlt Ihnen die Bertelsmann Stiftung das Konzept der Good Governance. Dieser Ansatz steht in unserem Verständnis für mehr Demokratie und weniger Staat, für Partnerschaft, Wirksamkeit und Transparenz im Dreieck von öffentlichem, privatem und drittem Sektor.

Die Bertelsmann Stiftung hat einen Kriterienkatalog für das Gelingen von Good Governance auf der kommunalen Ebene entwickelt.

Zum Weiterlesen

Marga Pröhl (Hrsg.)

Good Governance für Lebensqualität vor Ort.

Internationale Praxisbeispiele für Kommunen,
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2002

Zum Weiterklicken

www.cities-of-tomorrow.net

www.kompass-modellkommunen.de

Local Governance

Kriterien

Gemeinsame Verantwortung für Demokratie und Lebensqualität

Good Local Governance hat die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität zum Ziel. Good Local Governance steht dabei für eine lebendige Demokratie. Denn Politik, Verwaltung, Bürger und alle anderen kommunalen Partner planen und gestalten gemeinsam. Der Staat trägt in dieser Verantwortungsgemeinschaft nach wie vor die demokratisch legitimierte Verantwortung für das Gemeinwohl. Der Staat wird zunehmend zum Partner von Bürgergesellschaft und Wirtschaft, Initiator und Moderator öffentlicher Planungs- und Diskussionsprozesse sowie Interessenvertreter von Minderheiten und sozial Benachteiligten.

Gemeinsame politische Ziele für die Zukunft

Die Zukunftsfähigkeit einer Kommune hängt von ihrer Fähigkeit ab, eine von den Bürgern getragene Vision für das Gemeinwesen zu erarbeiten und die darin formulierten Ziele gemeinsam mit den Bürgern zu verwirklichen.

Partnerschaften für gemeinsame Lösungen

Die Kooperation von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung mit den Partnern innerhalb und außerhalb der Kommune wird zum zentralen Erfolgsfaktor für gemeinsame und Zukunft sichernde Lösungen. Dabei ist die zentrale Frage, ob durch Netzwerke, Partizipation und Delegation von Verantwortung die Problemlösungsfähigkeiten der Kommune und ihrer Verwaltung wie auch der Partner unterstützt werden.

Effiziente Verwaltung und effektive Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung

Good Local Governance braucht eine leistungsfähige, transparente, wettbewerbs- und dienstleistungsorientierte Verwaltung. Eine Verwaltung, die sich durch partnerschaftliche Führung intern und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit externen Akteuren auszeichnet. Dazu gehört auch Rechenschaft über Qualität und Effizienz der von ihr und anderen erbrachten Dienstleistungen.

Transparenz durch strategisches Management

Die gemeinsam erarbeiteten Ziele werden in einem für alle Beteiligten transparenten Prozess eines strategischen Management umgesetzt. In einer Bilanz für Demokratie und Lebensqualität bewerten Indikatoren die Lebensqualität vor Ort. Diese Ergebnisse werden veröffentlicht, und es werden Konsequenzen für die Zukunft gezogen.

Zielgerichteter Mitteleinsatz in einem transparenten Haushalt

Die Verantwortung für Entscheidungen über den kommunalen Haushalt liegt bei der Kommunalpolitik. Ergebnistransparenz und die frühzeitige Einbeziehung der Bürgerschaft erhöhen jedoch die Akzeptanz für Haushaltsentscheidungen. Zur Realisierung gemeinsam getragener Ziele können Synergien zwischen den einzelnen Partnern genutzt und sowohl öffentliche als auch private Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Gemeinsam lernen

Kommunikation über Ziele und Ergebnisse der Entwicklung, der Vergleich mit anderen Kommunen sowie Netzwerkarbeit im nationalen und internationalen Kontext sind die Basis für gemeinsame Lernprozesse und die Innovationsfähigkeit vor Ort.

Die

Arnsberg

Einwohner: 79.460

Schulen: 33

Schüler: 11.200

Die Stadt Arnsberg ist die größte und wirtschaftlich stärkste Stadt im Hochsauerlandkreis. Sie ist Sitz der Bezirksregierung mit einer Vielzahl weiterer Behörden, Gerichten und Organisationen und ist damit überörtliches Verwaltungszentrum. Die Stadtteile Neheim, Hüsten und Oeventrop sind dagegen industriell geprägt – insgesamt bietet die Region etwa 37.500 Arbeitsplätze. Arnsberg ist eine Stadt mit einer starken Wirtschaft und die Heimat zukunftsorientierter Unternehmen. Obwohl Arnsberg einen eher ländlichen Charakter aufweist, entspricht die Einwohnerdichte in etwa dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen. 7,4 Prozent der Bevölkerung sind ausländischer Herkunft.

Die Stadt Arnsberg zeichnet sich durch ein sehr ausgeprägtes Vereinsleben und ein überdurchschnittliches bürgerschaftliches Engagement aus. Der lebendige Gemeinsinn der Arnsberger bietet gute Voraussetzungen, die Lebensqualität in Arnsberg weiter zu verbessern. Dieser Gemeinsinn ist auch eine gute Grundlage für beteiligungsorientierte Projekte in der Stadt.

Seit dem Start des Projektes »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« im August 1998 wird in Arnsberg kontinuierlich und systematisch an der Verbesserung der kommunalen Schul- und Bildungslandschaft gearbeitet. Dabei sind Erziehung und Bildung verstärkt in das öffentliche und politische Bewusstsein gerückt. Diese Arbeit setzen wir im Rahmen des von der Bertelsmann Stiftung initiierten Projektes »KOMPASS« fort. Gleichzeitig hat Arnsberg die Chance ergriffen, an dem Modellvorhaben »Selbstständige Schule« mitzuwirken.

i Gerd Schmidt

*Fachbereichsleiter
Schule und Jugend
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg*

☎ 0 29 32 . 2 01-12 35

☎ 0 29 32 . 2 01-15 80

✉ fachbereichsbuero3.0@arnsberg.de

i Beate Höllmann

*Regionales
Bildungsbüro
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg*

☎ 0 29 32 . 2 01-15 81

☎ 0 29 32 . 2 01-15 80

✉ bildungsbuero@arnsberg.de

Castrop-Rauxel

Einwohner: 78.950

Schulen: 23

Schüler: 9.100

Castrop-Rauxel ist eine Stadt im östlichen Ruhrgebiet. Als ehemalige Bergbaustadt befindet sie sich auf dem schwierigen Weg des strukturellen Wandels – mit bisher gutem Erfolg. Neue moderne Gewerbegebiete sind entstanden, und der Dienstleistungssektor wurde entwickelt. Gleichwohl ist das Angebot an Arbeitsplätzen zu gering und die Arbeitslosenquote mit über 11 Prozent relativ hoch. Castrop-Rauxel bietet attraktive Wohngebiete für junge Familien. Typisch für die ehemaligen Industriestädte des Ruhrgebietes sind aber auch Wohngebiete aus der Wachstumszeit der 60er und 70er Jahre. Hier dominieren soziale und städtebauliche Probleme, die es noch zu lösen gilt. Seit mehr als 20 Jahren ist Castrop-Rauxel eine Gemeinde mit Haushaltssicherungskonzept. Gleichwohl gelingt es, Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Dies gilt insbesondere für die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Auch in Zukunft werden die Kooperationsnetze zwischen Schulen, Wirtschaft und Jugendhilfe durch die Zusammenarbeit in Arbeitskreisen gesichert. Einmal im Jahr macht eine stadtweite Bildungskonferenz die Projekte und Themen der Schulen öffentlich.

Das Ziel der Stadt Castrop-Rauxel ist einfach zu formulieren – und zugleich ehrgeizig: Kein Schüler soll die Schule in Castrop-Rauxel ohne Abschluss verlassen, keiner soll nach dem Schulabschluss ohne Perspektive bleiben.

Hierzu werden auch weiterhin die Kompetenzen und Ressourcen in der Stadt gebündelt und die Kooperationsstrukturen ausgebaut.

i Michael Dewender

*Projektleiter und
stellv. Leiter der
Janusz-Korczak-
Gesamtschule*

☎ 0 23 05 . 9 72 08-13

☎ 0 23 05 . 9 72 08-25

✉ mdewender@t-online.de

i Jochim Steinert

*Stadt Castrop-Rauxel
Bereich Schule
Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel*

☎ 0 23 05 . 1 06-24 11

☎ 0 23 05 . 1 06-24 44

✉ schulverwaltung@castrop-rauxel.de

Herford

Einwohner: 66.650

Schulen: 20

Schüler: 9.200

Die Stadt Herford liegt im Zentrum Ostwestfalens mit räumlicher Nähe zu den Städten Bielefeld und Minden. Der Ausländeranteil betrug in Herford Ende 2001 9,4 Prozent und lag damit nur geringfügig unter dem Landesdurchschnitt.

Herford versteht sich als ein moderner und leistungsstarker Wirtschaftsstandort für Gewerbe- und Industriebetriebe verschiedener Größen. Bei der Umsetzung neuer Konzepte stehen ökologische Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Der Anteil Arbeitsloser in der Stadt Herford entspricht in etwa dem des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit der Sozialhilfequote liegt die Stadt Herford jedoch erkennbar über dem Landesdurchschnitt.

Der Bildungsbereich hat in der Stadt Herford einen besonderen Stellenwert. Ein Leitziel wird es zukünftig sein, im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik die Attraktivität der Stadt Herford für junge Familien zu steigern.

Durch die Teilnahme an dem Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« wurden Schwerpunktthemen herausgearbeitet, wie z. B. die Förderung der Sprachkompetenz von Migrantenkindern und Ganztagsangebote in Schulen.

i Rainer Schewpe

*Stadt Herford
Abteilung Schule
Auf der Freiheit 23
32052 Herford*

☎ 0 52 21 . 1 89-3 42

☎ 0 52 21 . 1 89-7 02

✉ Rainer.Schewpe@herford.de

Städte

Herten

Einwohner: 66.500

Schulen: 18

Schüler: 7.700

Am nördlichen Rand des Ruhrgebiets liegt die ehemals größte Bergbaustadt Europas. Heute zeichnet sie sich durch die Dynamik des Strukturwandels aus, für den überall im Stadtgebiet Beispiele architektonischer, unternehmerischer und kultureller Art zu finden sind.

Den Schulen als Bildungseinrichtungen kommt in der Stadt Herten besondere Bedeutung zu. Die einzige zur Zeit verfügbare Ressource, die sich in Herten mehreren lässt, ist das Wissen. Leitsätze wie »Lebenslanges Lernen« sind in Herten Programm – das Politikfeld Bildung steht daher in der Prioritätenliste des Zukunftsprogramms der Stadt ganz oben.

Deshalb arbeitet die Stadt Herten als Schulträger mit allen an Schule Beteiligten und interessierten Gruppen an der Schaffung einer Schullandschaft, in der Effizienz und Solidarität, Leistungsförderung und Chancengleichheit, Öffnung von Schule und öffentlicher Bildungsauftrag vereinbar sind.

Dieser Prozess wurde mit der Teilnahme am Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« beflügelt und ist mit dem Projektende längst nicht abgeschlossen. Es wird angestrebt, mit den Projektpartnern auch weiterhin zusammenzuarbeiten und Erfahrungen auszutauschen, um sich so dem Ziel einer Schullandschaft anzunähern, in der sich die Kinder und Jugendlichen wohl fühlen und die die Lust am Lernen weckt. In diesem Sinne wurde schließlich das Hertener »Bündnis für Erziehung« geschlossen, an dem sich auch die Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen intensiv beteiligen.

Elke Münich

Fachbereichsleiterin
Schule und Jugend

 023 66.3 03-4 96

 023 66.3 03-2 26

 e.muenich@herten.de

Jörg Kersten

Leiter Fachdienst
Schule

 023 66.3 03-5 72

 023 66.3 03-3 43

 j.kersten@herten.de

Minden

Einwohner: 81.800

Schulen: 27

Schüler: 11.600

Die mehr als 1200-jährige Stadt Minden ist kultureller Mittelpunkt und Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum des Kreises Minden-Lübbecke.


Mit 850 Einwohnern/km² hat Minden im Vergleich zu anderen Regionen eine hohe Bevölkerungsdichte. Der Ausländeranteil betrug Ende 2001 rund sieben Prozent und lag damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die Stadt Minden hat sich zu einem Wirtschaftsstandort entwickelt, in dem ca. 4.170 Unternehmen und Betriebe mit unterschiedlichen Strukturen und Produkten ihren Sitz haben.

In der Stadt Minden besteht sowohl ein vielfältiges Sport- und Freizeitangebot als auch ein umfassendes Kultur- und Bildungsangebot. In dem Projekt »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« ist in der Projektstadt Minden zur Förderung und Unterstützung der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen das Leitbild »Bildungsnetz Minden« erarbeitet worden, nach dem sich Entscheidungen im Politikfeld Bildung ausrichten. In einem stark beteiligungsorientierten Prozess haben Bildung und Erziehung einen hohen Stellenwert in der Kommune bekommen.

Aufbauend auf bereits realisierte Projektziele und unter verstärkter Nutzung des kommunalen Bildungsreports arbeitet die Stadt weiterhin an der Umsetzung von Maßnahmen, die die Förderung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben.

Michael Buhre

Stadt Minden
Schulbüro
Kleiner Domhof 8a
32423 Minden

 05 71. 8 92 47

Unna

Einwohner: 63.100

Schulen: 20

Schüler: 9.300

Unna, die alte Hansestadt mit fast 1000jähriger Geschichte, liegt am östlichen Eingang des Ruhrgebietes. Heute bietet sie ein interessantes Neben- und Miteinander: Industrie, Logistikunternehmen, Handels- und Handwerksbetriebe, Dienstleister und Behörden, aber auch eine fruchtbare Landwirtschaft. Das Thema Bildung hat hier eine übergeordnete Bedeutung: Nicht allein der überregionale Einzugsbereich der Bildungsangebote, sondern vielmehr die Erkenntnis über die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung begründen den Anspruch und das Bestreben in Unna, Bildung nicht nur als Wort groß zu schreiben. Seit Start des Projektes im April 1999 ist es gelungen, durch engagierte Arbeit wichtige Themenfelder zu erkennen und zu formulieren, durch neue Kontakte Kräfte zu bündeln und wertvolle Projekte zu initiieren. Nach über vierjähriger Projektlaufzeit zieht Unna daher für sich eine positive Bilanz – nicht etwa, weil schon alle Ziele erreicht wären, sondern weil die Ergebnisse bestätigen, dass durch dieses Projekt wichtige Prozesse angestoßen werden konnten und weiterer Handlungsbedarf erkannt, konkretisiert und eingefordert ist. Die Rückmeldungen der Projektbeteiligten in Unna zeigen, dass das Instrument »Berichtswesen« geeignet und hilfreich ist, Handlungsnotwendigkeiten zu erkennen, zu kommunizieren, eine Positionsbestimmung im Städtevergleich vorzunehmen und öffentliche Diskussionen zu fundieren. Transparenz durch Datenerhebung und -analyse ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Projektes »Selbstständige Schule«, an dem sich Unna mit drei Schulen beteiligt. Die Fortsetzung der Projektarbeit mit Fortschreibung des entwickelten Berichtswesens stellt auch in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Ergänzung für alle Unnaer Schulen und die regionale Bildungslandschaft dar.

Carola Schöfisch

Stadt Unna
 0 23 03.1 03-4 02
 schulverw.stadt.unna@t-online.de

Uwe Ries

Schulleiter der Peter-Weiss-Gesamtschule
 0 23 03. 25 45 10
 uwe.ries@cityweb.de

Stadt
macht **Schule**



Herz Mo

süß

Liebe

www.kompass-modellkommunen
www.wegweiser-lebensqualitaet.de

Unna
Minden
Herten



Rauexel
Castrop
Arnsberg

macht
Stadt

| BertelsmannStiftung

Kontakt

Sigrid Meinhold-Henschel

Projektmanagerin

☎ 0 52 41.81 81 252

☎ 0 52 41.81 81 992

✉ s.meinhold-henschel@bertelsmann.de



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200
E-Mail dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

WINKLER & STENZEL GmbH
Postfach 1207 · 30928 Burgwedel
Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50
E-Mail info@winkler-stenzel.de
www.winkler-stenzel.de